

DRESDNER HEFTE

59

Beiträge zur Kulturgeschichte



»Wir treten aus unseren Rollen heraus«
Die Bürgerbewegung 1989/90 in Dresden

DRESDNER HEFTE · 2. unveränderte Auflage 2009
17. Jahrgang, Heft 59, 3/99, herausgegeben vom Dresdner Geschichtsverein e.V.



Jugendgottesdienst in der Kreuzkirche Mitte der 80er Jahre
Foto Giersch

Inhalt

- Seite 2 Herbert Wagner
Zum Geleit
- Seite 4 Maria Jacobi
Der Ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke in den 80er Jahren
- Seite 11 Michael Richter
»Ich will hier raus« – Die Unruhen am Hauptbahnhof
- Seite 20 Karin Urich
Von der Gruppe der 20 zum neuen Stadtparlament
- Seite 29 Manfred Artur Fellisch
Die Dresdner Kreuzkirche und die Bürgerbewegung
- Seite 36 Johannes Richter
»Wir treten aus unseren Rollen heraus« – Das Staatsschauspiel Dresden in der Wende
- Seite 45 Andreas Richter
Die Demokratisierung der Presse – das Beispiel UNION
- Seite 52 »So konnte es nicht weitergehen«
Redaktionsgespräch mit Wolfgang Berghofer
- Seite 60 Erich Sobeslavsky
Von der Arroganz zur Agonie – die Stasi in der Wende
- Seite 72 Jens Wonneberger
Die Bürgerbewegung ist tot, es lebe die Bürgerbewegung
- Seite 79 Steffen Heitmann
Der Gohrischer Entwurf einer neuen sächsischen Verfassung
- Seite 89 Erich Iltgen
Der Weg zum Freistaat Sachsen
- Seite 96 Gesamtverzeichnis Dresdner Hefte
- Seite 99 Autorenverzeichnis, Quellen
- Seite 100 Impressum

Vorbemerkung

Vielfältig sind in diesem Jahr 2009 die Projekte und Feierlichkeiten, die sich den revolutionierenden Ereignissen von vor zwanzig Jahren, dem Aufbruch des Herbstes 1989 widmen. Das Gefühl der Beteiligten will nicht recht glauben, was nüchterner Verstand bilanziert: zwanzig Jahre ist das schon her – eine Zeitspanne, fast gleichlang wie die »Zwischenkriegszeit« nach 1918 und knapp halb so lang wie die beiden deutschen Separatstaaten existierten: Wir wissen es, Historie misst sich in eigenen Kategorien.

Der Dresdner Geschichtsverein und die Dresdner Hefte sind an dieser Erinnerungsarbeit auf ihre Weise beteiligt, und nicht zum ersten Mal. Vor zehn Jahren erschien die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift – längst ist sie vergriffen und selbst ein Dokument. Wir folgen gern dem Wunsch des Buchhandels (und des Lesers), sie erneut vorzulegen; in unveränderter Fassung, also aus dem Horizont des Jahres 1999, der wohl nur partiell zu revidieren ist.

Juni 2009

Hans-Peter Lühr

Zum Geleit

Bereits ein Jahrzehnt liegt der Herbst '89, die erste geglückte und friedliche Revolution auf deutschem Boden, hinter uns. In der individuellen Erinnerung ist jedoch so mancher Tag von 1989/90 noch ganz nah, besonders für jene Dresdner, die damals aktiv Geschichte mitgeschrieben haben.

Damals geschah vieles in verwirrendem Tempo. Heute ist es Geschichte. Wir kennen ihre Chronologie und bemühen uns um die Deutung. Die permanente Krise des staatssozialistischen Systems war – spätestens seit Gorbatschow – in den 80er Jahren immer offener und unerträglicher geworden. Zur ökonomischen Misere der DDR, der desolaten Wirtschaft, dem Verfall der Städte, den ökologischen Mißständen kam die völlige ideologische Lähmung der SED, ihre rettungslose Verlogenheit. Es wuchs im Volk eine verzweifelte Wut.

Nach dem Wahlbetrug im Mai und der Solidaritätserklärung der Parteiführung mit dem Blutbad in China wuchs auch die Ausreisewelle im Sommer 1989 lawinenartig an und mit ihr die Opposition. Ab 3. Oktober kam es am Dresdner Hauptbahnhof zum offenen Ausbruch der Wut in einem Ausmaß, wie es das Land seit dem 17. Juni 1953 nicht mehr erlebt hatte.

»Wir wollen raus«, forderten die einen. Die staatlichen Sicherheitsorgane riegelten am 4. Oktober den Hauptbahnhof hermetisch ab. Es flogen Steine, Wasserwerfer und Tränengas kamen zum Einsatz, ein Polizeiauto brannte. Die aufgebrachte Menge war von Sicherheitskräften nicht niederzuzwingen, sie wurde im Gegenteil immer größer. Tausende skandierten dann am 7. Oktober »Wir bleiben hier – Reformen wollen wir«. Im Hintergrund stand die Armee. Es war, wie zwei Tage später in Leipzig, die große Konfrontation der abgelebten alten Macht mit einer ungeahnt kraftvoll gewordenen Bewegung der Bürger für das Ende der Lähmung, für eine Reform des Landes.

Nur eine »chinesische Lösung« hätte die Kraft aufhalten können, doch vor dem Blutbad bewahrten uns die strikte Gewaltlosigkeit der Demonstranten, die besonnene Vermittlung der Kirche und wohl auch Angst und beginnende, teilweise Einsicht der Funktionäre.

Die sieben Tage »Kriegsrecht« im Oktober endeten auf der Prager Straße mit der Gründung der Gruppe der 20 durch Kaplan Frank Richter. Den anschließenden breiten Dialog in der Dresdner Bevölkerung konnte keiner besser organisieren als Superintendent Christof Ziemer, der nicht nur für die Vorarbeiten zur Ökumenischen Versammlung steht, sondern auch für den Geist von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

So wurde dieser unser Umsturz zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine friedliche Revolution. Für Dresden, und ein bißchen wohl auch für das Land, kam die beglückende Entspannung mit dem ersten Gespräch der Gruppe der 20 mit dem damaligen Oberbürgermeister, Wolfgang Berghofer. »Es ist möglich, miteinander zu reden«, titelte tags darauf die UNION.

Die Bürgerbewegung kräftigte sich von Tag zu Tag. Unter dem Druck der Straße begann der Zusammenbruch des SED-Regimes. Die spontanen Demos, wie jene, die zur Besetzung der Staatssicherheit führten, trugen dazu ebenso bei wie die regelmäßigen Montags-Demonstrationen. Endlich war das Land frei für Selbstbestimmung in Demokratie und schließlich für die in überwältigender Mehrheit gewollte Wiedervereinigung Deutschlands. Genau ein Jahr nach der Revolte ausreisewilliger DDR-Bürger am Hauptbahnhof ist Dresden am 3. Oktober 1990 eine Großstadt der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Es ist aus vielen Gründen gut und wichtig, sich der Ereignisse von 1989/90 zu erinnern. Ich danke den »Dresdner Heften« dafür, Autoren ganz unterschiedlicher Herkunft zu diesem Versuch zusammengeführt zu haben, Beteiligte und Historiker, prominente Politiker und den Bürger »an der Basis«. Es kann nur eine Auswahl sein, sie sollte uns daran erinnern, woher unser heutiges parlamentarisches Gemeinwesen stammt. Demokratie ist kein selbstverständliches Geschenk. Es gilt sie täglich zu verteidigen, auch heute.

September 1999

Dr. Herbert Wagner
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden
1990–2001

MARIA JACOBI

Der Ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke in den 80er Jahren

Der Ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke (ÖAK) wurde 1980 von einer kleinen Gruppe engagierter Menschen ins Leben gerufen. Die Dresdner Kreuzkirche, Ausgangspunkt und Gründungsort, sollte in den nachfolgenden Jahren immer wieder eine wichtige Rolle bei Veranstaltungen und Ausstellungen des Arbeitskreises spielen. Superintendent Christof Zimmer, 1980 gerade an die Kreuzkirche nach Dresden berufen, unterstützte die Gründung des ÖAK und begleitete ihn beschützend und inspirierend.

Der ÖAK entstand aus dem Bedürfnis heraus, etwas gegen die zunehmende Umweltzerstörung und die Verharmlosung dieser Zerstörung in der DDR zu tun. Der Wunsch nach Veränderung stand dabei im Mittelpunkt: Veränderung in der Sichtweise der herrschenden Partei, Veränderung bei Verantwortlichen an entscheidenden wirtschaftlichen Schaltstellen, Veränderung innerhalb der kirchlichen Hierarchie und Denkweise, Veränderung beim Einzelnen und jedem Engagierten selbst.

Bei einem Rück-Blick auf die ersten Veranstaltungen und Programme des Ökologischen Arbeitskreises zeigt sich, daß am Anfang vor allem Aufklärung und Information der Arbeitskreis-Mitglieder selbst im Mittelpunkt stand. Der Wunsch, mit diesem Wissen sowohl ernsthaft als auch spielerisch in eine größere Öffentlichkeit zu gehen, folgte als nächster Schritt. Der Kirchentag 1983 bot dafür ein geeignetes Podium. Mit einer Ausstellung, Öko-Fernsehen, einem ausrangierten Trabanten als Informationsträger, mit Plakaten, Stempelaktionen u. a. machte der ÖAK auf dem Markt der Möglichkeiten auf sich aufmerksam. Das Podium in der Kreuzkirche mit dem Thema »Unsere Enkel wollen auch leben« gab den Mitgliedern des ÖAK erstmals die Gelegenheit, sich einer großen Öffentlichkeit vorzustellen und die eigenen Auffassungen zu diskutieren. Ein großes grünes Kreuz aus Salatköpfen über dem Altarplatz symbolisierte das Anliegen »Erste Hilfe für die Umwelt«. Kleine grüne Keramikkreuze zum Umhängen oder Annähen wurden an die Zuschauer verteilt.

Mit dieser ersten Veranstaltung wurden viele neue Interessenten für die Arbeit des ÖAK gewonnen. Ein weniger erfreuliches Ergebnis war freilich die darauf folgende dauerhafte Aufmerksamkeit der Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. In den folgenden Jahren wurde immer wieder versucht, neue Mitglieder in den ÖAK einzuschleusen, um an interne Informationen zu kommen und geplante Aktionen zu vereiteln. Die Aufgabenstellung des ÖAK war so öffentlich und zielte ja auf eine immer größere Öffentlichkeit, daß es wenig »interne« Informationen zu vermitteln gab. Um die Arbeit des ÖAK trotzdem zu unterlaufen, suchte der Staatssicherheits-

Die Kreuzkirche
während des Kirchen-
tages 1983 mit
dem Transparent
»Erste Hilfe
für die Umwelt«



dienst nach Wegen, um besonders engagierte Mitglieder im privaten Bereich zu verunsichern. So gehörten zu den Aufträgen der informellen Mitarbeiter auch persönliche Kontakte, um die Privatsphäre zu erforschen und zu belasten. Um das Vertrauen wichtiger Mitarbeiter im ÖAK zu gewinnen, arbeiteten einige der informellen Mitarbeiter sehr engagiert im Arbeitskreis mit.

Wirklich geschadet hat der Einsatz der IMs weder dem freundlichen, offenen und spirituellen Geist des ÖAK noch seiner öffentlichen Wirksamkeit. Erst die Kenntnis der Stasi-Akten offenbarte den zerstörerischen Geist des gesamten Systems, in dem viele der IMs allerdings ebenso Opfer waren wie Täter. Dieser Geist der Kontrolle, der Angst, der Macht, der Lügen hat letztlich

niemanden verschont. Die Auseinandersetzung damit ist eine der großen Herausforderungen, die uns das abgelebte System hinterlassen hat.

Nach dem Kirchentag 1983 begann der Ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke mit dem Angebot Offener Abende. Das grüne Kreuz wurde zum Symbol und Zeichen für Engagement. Einmal im Monat berichteten Mitglieder des ÖAK von ihrer Arbeit, Referenten wurden eingeladen, Diskussionen fanden statt, und Literatur konnte ausgeliehen werden. Wichtigste Aufgabe dieser Abende war, nicht nur gegen das Verschweigen von Umweltschäden oder Umweltdaten vorzugehen und Änderungen einzufordern, sondern selbst das Schweigen zu brechen. Diese Aufgabe ermöglichte den Mitgliedern des ÖAK vor allem ein inneres Wachstum, wie sich im nachhinein zeigte. Für viele Engagierte bedeutete der Mut zur Wahrheit etwas Besonderes, das Aufrichten aus einer gebückten Haltung, das Training des aufrechten Ganges. Diese Veränderung der inneren Haltung, für manche vielleicht eher ein Nebenprodukt des Engagements, hatte seine eigene Wirkung auf die Geschicke des ganzen Landes. Die Persönlichkeit von Menschen gewinnt an Kraft, wenn sie sich den Lügen widersetzt. Und diese Kraft teilte sich denen mit, die aus Angst lieber schwiegen, es aber dennoch wagten, an »unerwünschten« Veranstaltungen teilzunehmen.

Der Ökologische Arbeitskreis jedenfalls wurde größer. Aus anfangs vier Untergruppen wurden zehn und mehr. Diese Gruppen trafen sich in privaten Räumen, um an Themen wie Wasser, Energie, Verkehr, Umwelterziehung, Chemie im Haushalt, alternative Ernährung, Müll, Luft, ökologischer Landbau oder theologischen Fragen miteinander zu arbeiten. Die Arbeit fand Niederschlag in den Offenen Abenden, in Informationsblättern und Gemeindeveranstaltungen, in Eingaben und Ausstellungen. Besondere öffentliche Wirkung erzielte die »Woche der Verantwortung für Gottes Schöpfung«, die ab 1985 einmal jährlich vom Ökologischen Arbeitskreis durchgeführt wurde. In dieser »Woche« wurden die abendlichen Informationsveranstaltungen ergänzt durch Meditationen, Kinderprogramme, Ausstellungen, Büchertische und ein Öko-Café mit Kaffeehausmusik. Diese Mischung aus Ernst und Leichtigkeit brauchte viel Engagement, brachte aber am Ende nicht nur Anstrengung, sondern auch Freude und Genuß. Vielleicht ist es dieser Mischung zu verdanken, daß bisweilen aufkommende Resignation und Müdigkeit nicht wirklich Fuß fassen konnten.

Zwar wuchs die Zahl der engagierten Mitglieder des ÖAK, und es gab ein stetiges Anwachsen der Besucherzahlen, zwar wurden die Reaktionen von staatlicher Seite massiver und die Nervosität auf kirchlicher Seite größer, aber wirkliche Veränderungen im Umweltbereich gab es kaum. Im Laufe der Jahre führten FDJ-Gruppen die Baumpflanzaktionen des ÖAK fort. Die CDU gründete ein Umweltaktiv, im Kulturbund entstand eine Öko-Gruppe, aber die Gespräche des ÖAK mit staatlichen Stellen führten zu nichts. Immerhin gab es Gespräche. Auch das war eine »Errungenschaft« in einem System, in dem auch »Gespräche« nach einem hierarchischen System geführt wurden. Auf der Ebene des Rates des Bezirkes wurde nur mit der Leitung des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes in Sachsen verhandelt, die Ebene des Rates der Stadt war zuständig für die Superintendenten und Pfarrerschaft, und für die Ebene des ÖAK gab es einfach keine Gesprächspartner. »Verweise« erreichten den ÖAK von oben nach unten, d. h., nachdem die Information über eine »Aktion« des ÖAK über die IM beim Rat der Stadt angekommen und schließ-

Inneres der
Kreuzkirche
während des
Kirchentages
1983



lich beim Bezirk gelandet war, fanden entsprechend den Vorschlägen des Staatssicherheitsdienstes Gespräche mit der Leitung des Landeskirchenamtes statt, die ihrerseits die Superintendenten zu unterweisen hatte. Von dort gelangten die Informationen an die Mitglieder des ÖAK. Der Leitungskreis des ÖAK, der sich aus den Leitern der einzelnen Gruppen zusammensetzte, entschied dann über die nächsten Schritte oder Reaktionen. Obwohl ziemlich streng nach diesen Vorgaben verfahren wurde, war das Verfahren dennoch erst im nachhinein ganz offensichtlich, und viele gescheiterte Bemühungen des ÖAK um Gespräche und Dialog erklären sich daraus. Andererseits beruhten die Gespräche zum Beispiel zum Thema Verkehr oder zu den eigenmächtig durchgeführten Wasseruntersuchungen des ÖAK auf einer besonderen Erlaubnis, die auf allen Ebenen durchgestellt war.

Neben diesen Aktivitäten, vergleichbar mit dem Engagement anderer Umweltkreise der DDR, gab es auch Aktionen, die einmalig waren und über die Grenzen der Stadt hinausreichten. Die Aktion »Saubere Luft für Ferienkinder« wurde 1984 von der Gruppe Öko-Solidarität ins Leben gerufen. Dahinter stand der Wunsch, Kindern aus besonders umweltverschmutzten Gebieten einen Aufenthalt in Erholungsgebieten zu ermöglichen. Erfassung, Vermittlung und Organisation der Reise bedeuteten einen beträchtlichen Aufwand. Das Ziel war allerdings nicht nur, einzelnen Betroffenen zu helfen, sondern ein Zeichen zu setzen, dem Thema eine politische Dimension zu geben. Der Arbeitskreis engagierte sich für eine Aufgabe, die durch das System zu lösen gewesen wäre. Über 1000 Vermittlungen fanden im Zeitraum von 1984 bis 1991 statt.

Ebenfalls unter dem Motto Öko-Solidarität stand eine andere Aktion. Die Komplexität der Umweltthemen, d. h. der Zusammenhang zwischen der besonderen Umwelt-Belastung einiger Gebiete der DDR wie z. B. der Region um Espenhain und weniger verschmutzten Regionen spielte dabei eine Rolle. So war dem Leitungskreis des ÖAK das Engagement des Christlichen



Podiumsgespräch
der Ökumenischen
Versammlung am
13. Februar 1988
in der Versöh-
nungskirche,
Foto M. Creutziger

Umweltseminars Rötha schon lange bekannt. Zur Umweltwoche 1988 lud der ÖAK den Leiter des Umweltseminars als Referenten ein. Unter dem Thema »Unsere Zukunft hat schon begonnen« schilderte Pfarrer Walter Christian Steinbach den bisher vergeblichen Versuch, die unzumutbare Umweltsituation im Kirchenbezirk Borna zu ändern. Am Ende dieser Woche traf sich eine kleine Gruppe des ÖAK und entwarf den ersten Aufruf für die Aktion »Eine Mark für Espenhain«. Es entstand eine fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Arbeitskreise. Die Aktion wurde von rund 80 000 Unterschriften und der dazugehörigen Mark unterstützt. Sie fand weit über den kirchlichen Bereich hinaus Interesse und Aufmerksamkeit.

Auch die Ausstellung des Jahres 1986 »Das Auto – Fluch oder Segen« zeigte stadtüberschreitende Wirkung. Nachdem sie zunächst in der Kreuzkirche für Aufregung gesorgt hatte und das Gästebuch mit Diskussionsbeiträgen gefüllt war, wanderte die Ausstellung in den folgenden Jahren durch viele Kirchen der DDR. Im Oktober 1991 stand sie – wieder aufgefrischt – in Düsseldorf, gemeinsam mit der bundesdeutschen Ausstellung »Alptraum Auto«.

1986 war auch das Jahr, in dem das Engagement des ÖAK einfloß in einen DDR-weiten, schließlich weltweiten ökumenischen Prozeß. Von Dresden ging der Ruf aus nach einer »Ökumenischen Versammlung« in der DDR, in der die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung endlich auch von den offiziellen Kirchen des Landes bearbeitet werden sollten. Dieser Aufruf mündete in den »Konziliaren Prozeß«, einem gemeinsamen Weg von Christen und Kirchen, die brennenden Fragen der Zeit in Begegnungen, Gottesdiensten, Gesprächen, Konferenzen und gemeinsamen Aktionen aufzunehmen und miteinander zu klären. Unter dem Motto »Eine Hoffnung lernt gehen« wurden alle Gemeinden und Gruppen aufgefordert, Fragen und Themen zu nennen. Über 10 000 Zuschriften und Vorschläge bestätigten das Interesse und dienten als Grundlage für die Arbeit der »Ökumenischen Versammlung«. Von Februar 1988 an erarbeiteten Delegierte und Berater 13 Texte. In der dritten Vollversammlung

Ende April 1989 wurden die Texte von der Ökumenischen Versammlung verabschiedet und den beteiligten Kirchen im Abschlußgottesdienst in der Kreuzkirche überreicht.

Es besteht kein Zweifel daran, daß diese Texte mit ihren Forderungen und Anregungen später eine Grundlage der Programme verschiedener Bürgerrechtsgruppen und Parteien wurden. Dabei wurden die Inhalte verändert und den neuen Gegebenheiten angepaßt. Diese Fähigkeit der neuen Gruppierungen, Vorhandenes für sich zu nutzen, fehlte gerade den ökumenischen Gruppen, die solange an den Inhalten dieser Texte gearbeitet hatten und die ihr Engagement auch in die Übergangszeit einbringen wollten. Auch die Kirchen waren nicht in der Lage, angesichts der neuen politischen Verhältnisse, konstruktiv mit den Texten der Ökumenischen Versammlung umzugehen.

Für die Arbeit des ÖAK wurde das Jahr 1989 zu einer besonderen Herausforderung. Die wachsende Unzufriedenheit in weiten Bevölkerungskreisen und die Unsicherheit durch die vielen Ausreisewilligen, wirkten sich auch auf die Offenen Abende und die Veranstaltungen des ÖAK aus. Längst schon nahmen Hunderte von interessierten Bürgern an den öffentlichen Abenden teil, zur Umweltwoche über Tausend. Neue Gruppen entstanden. Die engagierte und kontinuierliche Arbeit des ÖAK trug immer mehr Früchte.

Als uns die Nachricht erreichte, daß im Süden der Stadt ein Reinstiliziumwerk entstehen sollte, entschloß sich der Leitungskreis, gegen dieses Vorhaben anzugehen. Auch hier ging es den Mitgliedern des ÖAK darum, nicht nur die direkt betroffenen Anwohner zu unterstützen, sondern die Dresdner auf der anderen Elbseite zum solidarischen Handeln zu ermutigen. So entstand die Zusammenarbeit des ÖAK mit den drei Superintendenturen der Stadt. Gemeinsam wurde für alle Veranstaltungen geworben und Informationen in der ganzen Stadt verteilt. Ein Trägerkreis wurde gebildet, um die Initiativen der Gemeinden und Gruppen vor Ort mit der Arbeit des ÖAK zu verbinden. Die Bittandachten gegen das Reinstiliziumwerk, die Informationsblätter zum aktuellen Stand, riefen heftigen Widerstand auf staatlicher Seite hervor. Bei allen diesbezüglichen »Gesprächen« wurde nicht mit Drohungen gespart. Diese Drohungen erzeugten Angst, nicht nur bei den kirchlichen Verantwortlichen, auch beim ÖAK. Es war eine wirkliche Herausforderung für alle Beteiligten, am Widerstand festzuhalten.



Demonstration gegen das Reinstiliziumwerk, 5. November 1989, Foto St. Giersch

Im Sommer 1989 kam es zu Übergriffen des Staatssicherheitsdienstes nach einer Bittandacht und zu Festnahmen von Beteiligten. Fotoapparate wurden konfisziert, Ordnungsstrafen über einzelne Teilnehmer der »Demonstration« verhängt. Doch die immer stärkere Beteiligung verschiedenster Menschengruppen an den Bittandachten und die Überweisung vieler Spenden zur Deckung der Ordnungsstrafen waren Ermutigung zum Weitermachen. Die Bittandacht Anfang Oktober 1989 wurde von der kleinen Kirche in Dresden-Gittersee in die Auferstehungskirche in Dresden-Plauen verlegt. Doch auch diese Kirche erwies sich als zu klein. Die gesamte Veranstaltung wurde vor der Kirche wiederholt.

Schon beim ersten öffentlichen Bittgottesdienst gegen das Reinstiliziumwerk im April 1989 in der Kreuzkirche entstand im ÖAK die Idee, mit Kerzen aus der Kirche auf die Straßen zu gehen. Das wurde auf Grund von Drohungen verworfen. Der Wunsch blieb und wurde wenige Tage nach der Bittandacht Anfang Oktober zur Wirklichkeit auf der Prager Straße. Für manchen brachte dieses Bekenntnis eine letzte bittere Erfahrung mit der Gewalt des Staates, mit seiner Willkür und seiner Bereitschaft, andere zu erniedrigen. In dieser Phase waren einige Mitglieder des ÖAK gemeinsam mit anderen Tag und Nacht beschäftigt, um die Angehörigen der Inhaftierten und die Inhaftierten selbst zu unterstützen, immer wieder auftauchende Panik und massive Angst zu besänftigen und alle möglichen Informationen zusammenzutragen. Täglich fanden in der Kreuzkirche Andachten statt, die einen bislang unbekanntem politischen Akzent trugen und den intensiven Wunsch nach Gewaltfreiheit vermittelten.

Von Anfang an baute die Arbeit des ÖAK auf dieser Trias: Information, Kontemplation und Aktion. Im Laufe der Jahre gab es häufig Ungleichgewichte, die Informationen überwogen, und Aktionen fehlten. In den Bittandachten 1989 flossen unsere Anliegen auf ideale Weise zusammen. Die Bittandachten selbst waren Aktionen, in denen die Informationen Raum hatten und immer eingebunden waren in ein geistiges Klima der Gewaltfreiheit und Dialogbereitschaft. In den kirchlichen Räumen entwickelte sich eine Kraft, die letztlich weit darüber hinaus Wirkung zeigte. Der starke Wunsch nach Veränderung im Umweltbereich mündete ein in die Forderung nach Veränderung einer ganzen Gesellschaft. Dabei überschritt die Wirkung unserer Wünsche bisweilen die Grenzen des Erwarteten.

 MICHAEL RICHTER

»Ich will hier raus« – Die Unruhen am Hauptbahnhof

Im Mai 1989 begannen ungarische Soldaten mit dem Abbau der Grenzanlagen zwischen Ungarn und Österreich. Viele DDR-Bewohner erkannten darin eine Chance zur Flucht in den Westen. Die Lockerung des Grenzregimes am »Eisernen Vorhang« löste im Sommer 1989 eine der größten Massenfluchtaktionen in der Geschichte der DDR aus und gipfelte in der Entscheidung der ungarischen Regierung, allen DDR-Bewohnern ab dem 11. September die Ausreise in »ein Land ihrer Wahl« zu gestatten. Die SED-Führung reagierte zwar mit Protesten und der Einstellung des Reiseverkehrs nach Ungarn, konnte aber nicht verhindern, daß zehntausende Ausreisewillige Zuflucht in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau suchten. Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit und auf Anraten der sowjetischen Führung gestattete die SED-Führung Anfang Oktober 1989 die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge mit Zügen der Deutschen Reichsbahn über das Territorium der DDR. Ihren Beschluß koppelte die SED-Führung mit der Entscheidung, die Grenze zur ČSSR und zur Volksrepublik Polen für den Reiseverkehr zu schließen. Damit erhoffte sie im Vorfeld des 40. Jahrestages der DDR, das imageschädigende Problem der Massenausreise endgültig aus der Welt zu schaffen. Am 3. Oktober wurde der visafreie Reiseverkehr in die Nachbarländer eingestellt. Am Vormittag des 4. Oktober weitete das Politbüro die Aussetzung des paß- und visafreien Verkehrs auch auf den Transitverkehr nach Bulgarien und Rumänien aus und ließ die Grenze zur ČSSR und zur Volksrepublik Polen durch Einheiten des MfS, des MdI und der NVA unter Kontrolle nehmen.¹⁾ Da bereits 1980 der visafreie Reiseverkehr nach Polen »vorübergehend« ausgesetzt worden war, rechnete die Bevölkerung mit einem Ende aller Reisen in die sozialistischen Nachbarstaaten. Das ließ kurz vor den Herbstferien die Unzufriedenheit der Bevölkerung weiter anwachsen; die Maßnahmen wurden allgemein als Bankrotterklärung der Regierung angesehen. In Diskussionen, über die das MfS der SED-Führung Meldung erstattete, hieß es, die Bevölkerung fühle sich nun endgültig und völlig eingesperrt; viele meinten, es bleibe nur noch die Ausreise. Noch am 3. Oktober machte das Regime klar, daß es ihm mit seiner Regelung ernst war. An diesem Tag wurde 2063 Personen die Einreise in die ČSSR verweigert. Nachdem an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau etwa hundert aus dem Zug geworfene Fahrgäste dessen Weiterfahrt in Richtung Budapest durch Sitzstreiks behinderten, ging die Volkspolizei gewaltsam gegen sie vor. Die Reisenden wurden schließlich mit Zügen und Bussen in das Hinterland abtransportiert.

Nach Bekanntwerden der Schließung der Grenze zur ČSSR versammelten sich bis zum Abend des 3. Oktober ca. zweitausend Menschen am Dresdner Hauptbahnhof. Zum großen Teil



Polizei räumt den Hauptbahnhof am 4. Oktober 1989
Foto R. Pohl

in den Hauptbahnhof einfuhr, der zum Abtransport der Flüchtlinge aus Prag gedacht war, wurde er von Ausreisewilligen gestürmt. Gegen 23.30 Uhr wurde der Bahnhof das erste Mal von Einsatzkräften der Volkspolizei geräumt. Volkspolizei, Mitglieder der Kampfgruppen und Mitarbeiter des MfS vertrieben die Demonstranten gewaltsam aus dem Gebäude. Vor dem Bahnhof kamen Wasserwerfer und Gummiknüppel zum Einsatz. Etwa vierhundert Personen bewegten sich daraufhin entlang der Gleise in Richtung Bad Schandau. Gegen 0.30 Uhr wurde das Bahnhofsgelände zum zweiten Mal durch »konzentrierten Kräfteinsatz mit Anwendung des Schlagstockes« von je zwei Kompanien der Offiziershochschule der Bereitschaftspolizei Dresden und der 8. VP-Bereitschaft gewaltsam geräumt.²⁾ Ab 2 Uhr kamen Einheiten der inzwischen herangeführten Transport-Polizei aus Neubrandenburg und Rostock zum Einsatz. Trotz polizeilicher Absperrmaßnahmen bewegten sich gegen 2.45 Uhr erneut etwa zweihundert Personen zu Fuß auf den Gleisen in Richtung Bad Schandau.

Am Nachmittag des 4. Oktober spitzte sich die Situation am Dresdner Hauptbahnhof weiter zu. Gegen 17.30 Uhr versuchte die Volkspolizei vergeblich, den Hauptbahnhof von etwa fünfhundert Menschen zu räumen, die auf die Durchfahrt der Sonderzüge warteten. Um 18.45 Uhr befahl das Innenministerium erhöhte Einsatzbereitschaft, und um 19.15 Uhr wurde der Hauptbahnhof erneut von etwa tausend Menschen geräumt. Bereits eine Stunde später hielten sich erneut etwa 2500 Menschen in der Kuppelhalle des Bahnhofs auf. Die Volkspolizei verbarrika-

handelte es sich um Personen, die nach Prag fahren oder auf die in Richtung Bundesrepublik fahrenden Züge aufspringen wollten. Die Ausreisewilligen, die aus allen Teilen der DDR kamen, verschmolzen mit dem Protestpotential aus der Region Dresden, in der die Unzufriedenheit mit dem SED-Regime über dem DDR-Durchschnitt lag und es besonders viele Ausreisewillige gab. Gegen Ende des Jahres 1988 hatten etwa 30 000 Dresdner einen Antrag auf ständige Ausreise aus der DDR gestellt. In den Monaten vor der friedlichen Revolution entfielen auf den Bezirk Dresden bei einem Bevölkerungsanteil der DDR von elf Prozent ein Viertel aller Ausreiseanträge. Im Jahre 1989 verließen ca. 18 000 Dresdner die DDR. Der größte Teil von ihnen war im Handel und im Gesundheitswesen beschäftigt.

Die Demonstranten in und vor dem Bahnhof riefen »Wir wollen raus«, sangen die »Internationale« und beschimpften die Sicherheitskräfte. Als gegen 21.45 Uhr ein Leerzug



Sperrung des Hauptbahnhofs in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober, Foto R. Pohl

dierte sich im Bereich der Bahnsteige, auf denen die Züge erwartet wurden und setzte trotz des kalten Wetters Wasserschläuche gegen die Demonstranten ein. Um 20.25 Uhr wurde eine zusätzliche Einheit der Offiziershochschule der Bereitschaftspolizei Dresden herangeführt, mit deren Hilfe der Bahnhof gegen 20.45 Uhr erneut geräumt wurde. Vor dem Bahnhof hielten sich zu diesem Zeitpunkt rund fünftausend Personen auf. Die Ansammlung im Umfeld des Bahnhofes wuchs im Laufe des Abends auf ca. zwanzigtausend Demonstranten an. Viele riefen »Wir wollen raus«, »Wir wollen Gorbatschow« sowie »Freiheit« und beschimpften die Sicherheitskräfte als »Faschisten« und »Knüppelpolizei«. Vor dem Hauptbahnhof kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen militanten Demonstranten, die mit Steinen und Fahrradketten bewaffnet waren, und Uniformierten. Dabei gab es auf beiden Seiten Verletzte. Einige Demonstranten bewarfen das Bahnhofsgebäude mit Brandflaschen und Pflastersteinen. Ein Funkstreifenwagen der Volkspolizei wurde umgekippt und geriet in Brand. Wehrpflichtige Bereitschaftspolizisten erhielten den Befehl, in Fünfergruppen in die Menge der Demonstranten vorzudringen, um Steinwerfer festzunehmen. Obwohl ihnen im Falle einer Befehlsverweigerung eine Haftstrafe drohte, verweigerten einige den Befehl, legten ihre Waffen nieder und wurden sofort abgeführt. Um 21 Uhr wurde der Eisenbahnverkehr eingestellt.³⁾ Der Stellvertreter des Innenministers und Chef des Stabes des MdI, Generaloberst Wagner, erteilte dem Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), Nyffenegger, die Genehmigung zum Ein-



Einsatzkräfte
der Volkspolizei
am 8. Oktober
am Fetscherplatz

satz von Wasserwerfern und Tränengas. Die Bestätigung für den Einsatz von Wasserwerfern, den nur der Innenminister selbst befehlen konnte, erhielt Dickel von Krenz, der seinerseits die Erlaubnis von Honecker einholte.⁴⁾ Das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte führte zur weiteren Eskalation. Die aufgebrachten Menschen zerschlugen im Eingangsbereich des Bahnhofs Scheiben und Schaukästen, demolierten ein Intershop-Geschäft, einen Verkaufskiosk und rissen Pflastersteine heraus. Nach Angaben Modrows wurden 320 Quadratmeter Fensterglas, 200 Scheiben in der Nordhalle, 88 große Scheiben und 44 kleine in den Erdgeschoß-Büroräumen am Leninplatz, alle Innentüren der Mittelhalle, alle Außentüren einschließlich der Alu-Rahmen, alle Schaukästen, 35 Quadratmeter Leuchtstofflampen, sämtliche Fahrkartenautomaten einschließlich Drucker, Uhren und vieles andere mehr zerstört.⁵⁾ Um 22.10 Uhr setzten sich drei weitere Einsatzkompanien der VP-Bereitschaft Halle nach Dresden in Marsch. Gegen 23.15 Uhr setzte die Volkspolizei Tränengas gegen die Demonstranten im Bahnhof ein und löste bis 2.30 Uhr die Demonstration auf. Nach Angaben der Volkspolizei wurden 57 Volkspolizei-Angehörige und 35 Demonstranten verletzt, ein Funkstreifenwagen zerstört und etliche andere Fahrzeuge beschädigt. Von den Demonstranten wurden insgesamt 225 Personen festgenommen. Angesichts der Gewalteskalation forderte Modrow auf Anraten des Chefs der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Horst Böhm, am Abend des 4. Oktober beim Verteidigungsminister den Einsatz von Armeeverbänden an. Dabei, so Modrow, handelte es sich um die »Abdeckung längst getroffener Schritte«. Bereits vorher gab es in Absprache von Keßler und Mielke Entscheidungen zum Einsatz von Kräften der Armee.⁶⁾ Mit dem Befehl Nr. 125/89 des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Keßler, war die Grundlage für den Einsatz von Kräften der NVA für einen Polizeieinsatz zur Unterstützung der Ordnungs- und Sicherheitskräfte der DDR geschaffen worden. Der Befehl enthielt Strukturfestlegungen für »armeeuntypische Hundertmann-Einsatz-Kommandos«, die an verschiedenen Orten in Bereitschaft gesetzt wurden.⁷⁾

Der spätere Verteidigungsminister in der Regierung Modrow und letzte NVA-Chef, Admiral Theodor Hofmann, bestätigte später, daß für den 40. Jahrestag der DDR nichtstrukturmäßige »Einsatz-Hundertschaften« der NVA zur Unterstützung des Vorgehens von MfS und Volkspolizei gegen die Bevölkerung aufgestellt wurden, die besonders für die Räume Dresden (24), Leipzig (30) und Berlin (30) in Bereitschaft gehalten wurden.⁸⁾

Während eines Trainings für die Militärparade zum 40. Jahrestag hatte Keßler auch dem Chef der Dresdner Militärakademie, Generalleutnant Manfred Gehmert, den Auftrag erteilt, im Raum Dresden stationierte Armeekräfte für einen möglichen Einsatz zu formieren. Gehmerts Kommando wurden neben den Angehörigen der Militärakademie auch Einheiten der Land- und Luftstreitkräfte unterstellt. In den Standorten Dresden und Pirna bildete die 7. Panzerdivision 14 Einsatzkommandos zu je einhundert Soldaten, von denen später tatsächlich elf Hundertschaften in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Plauen zum Einsatz kamen. Auslöser der Entscheidung, NVA-Einheiten anzufordern, waren die gewalttätigen Auseinandersetzungen. In einer Einschätzung für Egon Krenz hieß es, man habe »die Schärfe der gegnerischen Angriffe und Auseinandersetzungen« nicht in dieser Massivität erwartet. »Feindliche Elemente« seien entgegen vorheriger Erwartung »mit äußerster Brutalität« vorgegangen.⁹⁾

Nach Modrows Anforderung beschlossen Keßler und Mielke gegen 22.30 Uhr den Einsatz der in Bereitschaft stehenden Armee-Einheiten. Nach einer Beratung mit führenden Generälen aller Waffengattungen wurde mit der Auslösung des Signals »Erhöhte Gefechtsbereitschaft«¹⁰⁾ für den Dresden betreffenden Militärbezirk III der NVA (Leipzig) durch den Befehl zur Unterstellung von Teilen der 7. Panzerdivision unter das Kommando des Chefs der Militärakademie »Friedrich Engels«, Generalleutnant Gehmert, für Dresden eine Gruppierung zur Unterstützung von Volkspolizei und MfS aktiviert, zu der Kräfte der Offiziershochschulen Löbau, Kamenz und Bautzen sowie der Militärakademie »Friedrich Engels« gehörten. Für den Einsatz in Dresden wurden, wie vorgesehen, Hundertschaften aus strukturell kleineren Einheiten gebildet.

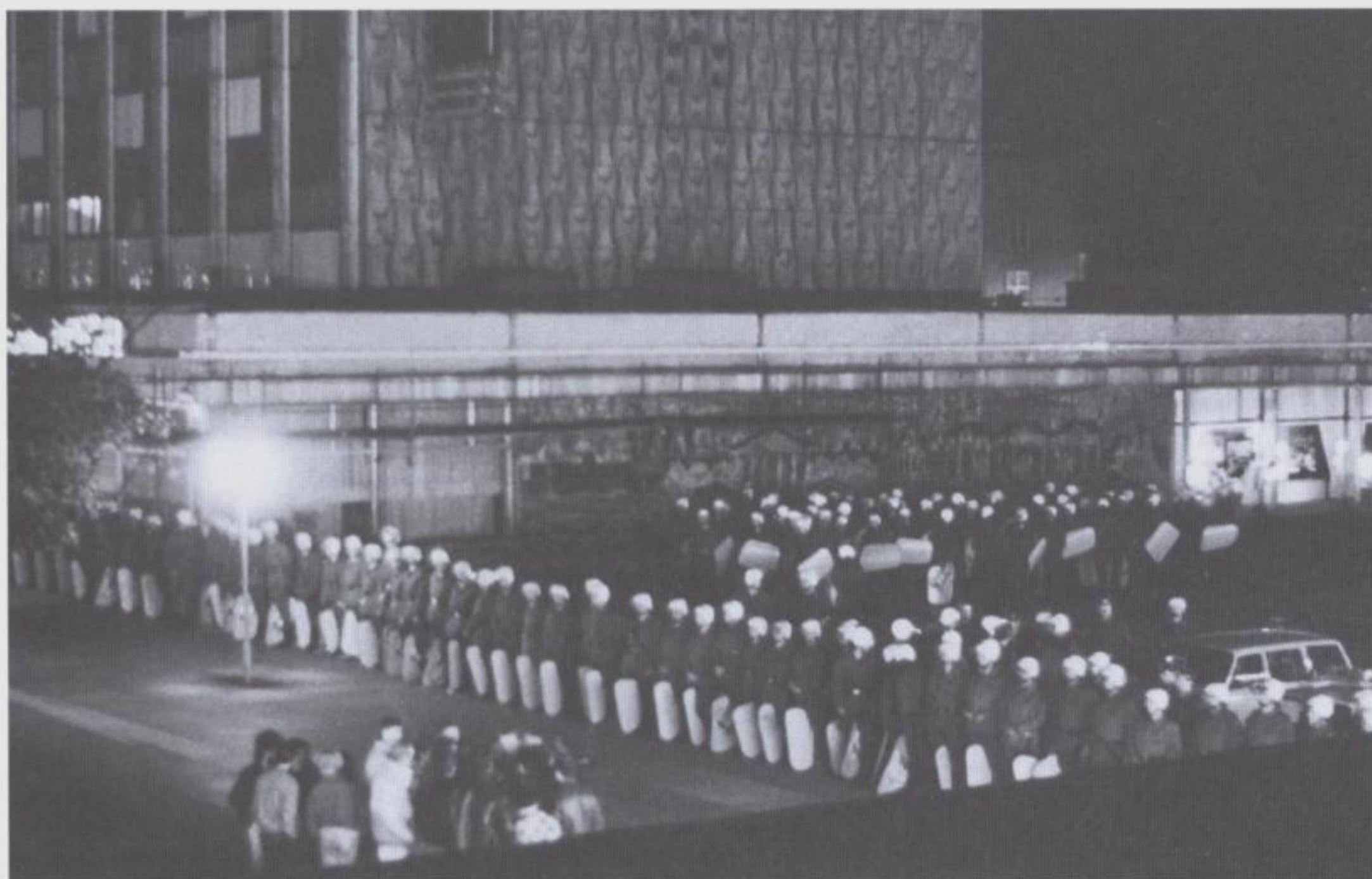
Am 4. Oktober wurde Generalmajor Raimund Kokott um 23.10 Uhr im Verteidigungsministerium vom Stellvertreter des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung, Generaloberst Horst Brünner, darüber informiert, daß »die Lage in Dresden nicht unter Kontrolle« sei. Kokott erhielt den Befehl, mit Generalleutnant Gehmert nach Dresden zu fliegen und dafür zu sorgen, »daß Kräfte der NVA unter dem Kommando von Generalleutnant Gehmert die Volkspolizei bei der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit unterstützen«. Eine Stunde später flogen beide mit einem NVA-Hubschrauber von Strausberg nach Dresden. Hier hatte um 23.15 Uhr eine Beratung der Bezirkseinsatzleitung begonnen, bei der Modrow darüber informierte, daß Keßler seiner Bitte entsprochen habe, zwei Bataillone der 7. Panzerdivision Dresden, zwei Bataillone der Offiziershochschule der NVA in Löbau, einhundert Absolventen der Militärakademie »Friedrich Engels« Dresden und sieben Hundertschaften der Kampfgruppen für den Einsatz in Dresden bereitzustellen.¹¹⁾ In der Nacht zum 5. Oktober kamen unter Führung des Chefs der BDVP, Nyffenegger, am Dresdner Hauptbahnhof »1757 kräfte der dvp und des organs feuerwehr, 5 kompanien der 8. vpb, ein zug und 2 gruppen der 5. kompanie t, 2 zuege unterstellte kräfte kompanien (t), 5 kompanien der ohs (b) 6 zuege der schule vd bautzen, 4 zuege der sv-schule radebeul, 3 zuege formationen aus dem bestand der bdvp, 3 kompanien der

6. vpb und eine Kompanie der 16. vpb« zum Einsatz. Die fünf Bataillone der NVA wurden aufgrund der Lageentwicklung nicht in Marschbereitschaft versetzt. Zweihundert Absolventen der Militärakademie »Friedrich Engels« und 229 Soldaten der 7. Panzerdivision waren »in der Reserve eingesetzt«. ¹²⁾

Nachdem Kokott und Gehmert in Dresden eingetroffen waren, fand am Morgen des 5. Oktober gegen 2.30 Uhr eine weitere Lagebesprechung mit der Bezirkseinsatzleitung statt, bei der die Bereitstellung der 7. Panzerdivision der NVA in den Kasernen und im Stadtgebiet beschlossen wurde. ¹³⁾ Am 5. Oktober kamen die NVA-Einheiten erstmals zum Einsatz. Jeder Soldat erhielt dreißig Schuß Munition für Maschinenpistolen und zwölf für Pistolen, es galt jedoch Schießverbot. Von der Bevölkerung wurden sie beschimpft und ausgebuht. So war es nicht verwunderlich, daß die bei Soldaten und Unteroffizieren ohnehin vorhandenen Zweifel an der Richtigkeit ihres Einsatzes zunahmen. Operativ waren die Armeeeinheiten dem Chef der BDVP bzw. den zuständigen Kommandeuren der Volkspolizei unterstellt. Gehmert bestand jedoch darauf, daß jeglicher Einsatz der NVA, sei es das Ausrücken in Reserveräume oder andere Verlegungen, nur mit seiner Zustimmung erfolgen durfte.

Während die Bezirkseinsatzleitung bei der Anforderung der Armeeeinheiten noch davon ausging, daß »gegen unseren Staat gerichtete aggressive Kräfte, Rowdys und Kriminelle« die staatliche Sicherheit gefährdeten ¹⁴⁾; begann sich der Charakter der Demonstrationen in Dresden vom 4. zum 5. Oktober bereits zu wandeln. Am Hauptbahnhof versammelten sich am 5. Oktober nicht nur Ausreisewillige, sondern auch immer mehr Dresdner und Einwohner umliegender Orte, die sich selbst ein Bild von den Ausschreitungen machen wollten. Sie bildeten nun den Grundstock der Demonstranten. Bevor man in der Bezirkseinsatzleitung registrierte, daß sich die Lage veränderte, gingen die Sicherheitskräfte undifferenziert gewaltsam gegen militante Demonstranten wie gegen Passanten und Neugierige vor. Erst am Abend wurde eingeschätzt, daß es zwar »einen harten Kern von Gewalttätern« gebe, aber die absolute Mehrheit der Demonstranten für Gewaltlosigkeit eintrete. Aufgrund dieser Lageanalyse wurde Minister Keßler vorgeschlagen, den Befehl zur Bewaffnung der Armeeeinheiten aufzuheben, der daraufhin den Verbleib von Waffen und Munition in den Kasernen befahl. Statt mit automatischen Gewehren wurden die Soldaten am 6. Oktober um 10.25 Uhr mit Schlagstöcken ausgerüstet. ¹⁵⁾

Das Regime ging nicht nur mit Gewalt gegen die unzufriedene Bevölkerung vor, es reagierte auch mit Massenverhaftungen auf die Proteste. Nachdem man bereits am Abend des 3. Oktober zahlreiche Personen »zugeführt« hatte, wurde um 0.13 Uhr des 4. Oktober durch die BDVP Dresden die Festnahmeaktion »Filter II« ausgelöst und gegen 1 Uhr in der Kaserne der 8. VP-Bereitschaft auf der Kurt-Fischer-Allee ein »Zentraler Zuführungspunkt« eingerichtet. Insgesamt wurden im Zeitraum vom 3. bis 9. Oktober 1989 in Dresden 1303 Personen festgenommen, von denen 615 Personen in die Strafvollzugsanstalt Bautzen eingeliefert wurden. Gegen die Inhaftierten, unter ihnen etliche Verletzte, gingen die Strafvollzugsmitarbeiter mit offener Gewalt vor. Die Gefangenen mußten stundenlang mit gespreizten Armen und Beinen schräg an der Wand stehen. Zahlreiche Personen wurden mißhandelt. Ein Betroffener berichtete: »Überall hagelte es Schläge. Es ging zu wie beim Viehtreiben. Ich bekam im Laufen Fußtritte, Knüppelschläge auf das Gesäß und einen gezielten Knüppelschlag auf den Hinterkopf.« ¹⁶⁾ Ein später ein-



Demonstration auf der Prager Straße am 8. Oktober. Vorn die Bildung der Gruppe der 20, Foto R. Pohl

gesetzter Untersuchungsausschuß registrierte in dieser Zeit allein für den Bezirk Dresden insgesamt 181 Gewaltanwendungen bei Festnahmen, 199 im »Zentralen Zuführungspunkt«, 136 in der Strafvollzugsanstalt Bautzen und sechs in Görlitz.¹⁷⁾ Modrow als Verantwortlicher für die Übergriffe erklärte später, daß »die Angst unseres Apparates [...] zur Entgleisung geführt« hätte. Durch die Massenfestnahmen sei »vielerorts ein Haß gewachsen, von dem ich heute weiß, daß er ein letzter entscheidender Grund für tausendfache Abkehr vom Sozialismus wurde.«¹⁸⁾ Seine eigene Haltung sei »von einer Überforderung der Gefühle und Handlungsfähigkeiten« geprägt gewesen.¹⁹⁾

Während es am 6. Oktober in Berlin und Leipzig relativ ruhig blieb, kam es am Abend in Dresden erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und zu zahlreichen Festnahmen. Nach einem Friedensgebet in der Dresdner Kreuzkirche, an dem sich etwa dreitausend Menschen beteiligt und bei dem der Dresdner Superintendent Christof Ziemer erneut zu Gewaltlosigkeit aufgerufen hatte, bildete sich auf der Prager Straße ein Demonstrationzug mit etwa fünftausend Menschen. Sie riefen »Wir bleiben hier, Reformen wollen wir«, »Gorbi«, »Wir wollen Forum«, »Wir wollen raus« sowie »Menschenrechte und Freiheit« und sangen »Die Internationale«. Zwischen 21 und 23 Uhr gingen die Sicherheitskräfte mit Sonderausrüstung, Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor und verhafteten 367 Personen. Gegen 21.35 Uhr befanden sich nach Polizeiangaben vor dem Hauptbahnhof unter den Demonstranten dreihundert Personen mit Sturzhelmen, Spraydosen und Knüppeln. Auch vor dem Rundkino auf der Prager

Straße warfen einige der zweitausend Demonstranten mit Steinen nach den Uniformierten.²⁰⁾ Gegen 0.30 Uhr des 7. Oktober löste die Volkspolizei die Menschenmenge am Hauptbahnhof auf und zwang dabei auch unbeteiligte Passanten, sich mit dem Gesicht nach unten auf die Erde zu legen.

Trotz der Gewalttätigkeiten auf beiden Seiten war es unverkennbar, daß sich der Charakter der Demonstration zu ändern begann. Schritt für Schritt gingen die Auseinandersetzungen in friedliche Massenaktionen der Dresdner Bevölkerung über, die von den politischen Postulaten des Neuen Forums dominiert wurden. An erster Stelle stand dabei die Forderung nach einem Dialog des Staates mit der Bevölkerung. Dieser Trend setzte sich bei der Demonstration am 7. Oktober fort. Die Tatsache, daß sich die Teilnehmer inzwischen konsequent friedfertig verhielten, war vor allem ein Verdienst der Kirchen, die zur Beendigung der Gewalt und zu einem »Dialog der kompromißlosen Wahrhaftigkeit«²¹⁾ über die gesellschaftlichen Probleme aufriefen. So hieß es in einem Flugblatt, das in etwa tausend Exemplaren in der katholischen Pfarrei Dresden-Zschachwitz hergestellt und unter die Demonstranten verteilt wurde: »Strategie der Gewaltlosigkeit nach M. L. King: Mit gewaltlosen Aktionen verschiedenster Art so lange fortfahren, bis ein definitiv greifbares Resultat in bezug auf mehr Menschlichkeit erreicht ist!«²²⁾ Immer deutlicher ersetzten Sprechchöre wie »Wir bleiben hier« und »Keine Gewalt« die Rufe »Wir wollen raus«. Mit den neuen Forderungen grenzten sich die Demonstrierenden eindeutig von den Ereignissen der letzten Tage ab. Sie wollten nicht ausreisen, sondern bleiben und Veränderungen erreichen. Teilnehmerstruktur und Forderungen begannen sich zu ändern. Es dominierten nicht mehr die Ausreisewilligen aus allen Teilen der Republik, sondern die Dresdner, die den Kern der Demonstrationen bildeten.²³⁾ Mit ihren Aktionen begann der gewaltfreie Teil der »friedlichen Revolution« in der DDR.

Anmerkungen

- 1) Protokoll der Sitzung des SED-Politbüros vom 4.10.1989 (SAPMO BArch, ZPA, J IV 2/2/2350 und J IV 2/2A/3245).
- 2) MdI-Bericht Bezirk Dresden (BArch B, MdI 54024 GLKA).
- 3) Vgl. MdI-Lagefilm Oktober 1989, Nr. 154 (BArch B, MdI Stab Operative Grundsatzarbeit).
- 4) Vgl. Innenminister Lothar Ahrendt an Generalstaatsanwalt Harri Harrland vom 27.12.1989 (BArch B, MdI 52461 Stab Operative Grundsatzarbeit).
- 5) Vgl. Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, 2. Aufl., Berlin 1998, S. 270.
- 6) Vgl. Interview mit Hans Modrow. In: Kaulfuß, Werner/Schulz, Johannes: Dresdner Lebensläufe. Zeitzeugen berichten vom Leben und vom Umbruch im ehemaligen Bezirk Dresden, Schkeuditz 1993, S. 190.
- 7) Untersuchungsausschuß des MfNV, Information, o.D. (BArch VA-01/37601 Bl. 271 und 274).
- 8) Vgl. Hoffmann, Theodor: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich. Berlin u. a. 1993, S. 23.
- 9) Konzept der SED-BL Dresden für eine Lagemeldung an Krenz vom 9.10.1989 (ABL BA Dresden 4, Bl. 278–280).
- 10) Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, Streletz, an Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers für Staatssicherheit, Rümmler, vom 11.10.1989 (BStU, ZA, Neiber 181 Bl. 248f.).
- 11) Vgl. Aktenvermerk der AKG/Kontrollgruppe, Dresden, 5.10.1989 (ABL BA Dresden 4, Bl. 130.)
- 12) Fernschreiben Dickels an BDVP Dresden vom 5.10.1989 (ABL BA Dresden 4, Bl. 137–144).
- 13) Vgl. Protokoll der 7. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 1.2.1990, Anlage:

Auszug aus dem Bericht über den Einsatz von Kräften der 7. Panzerdivision der NVA vom 4.–8.10.1989 in Dresden (Privatbestand Matthias Rößler).

- ¹⁴⁾ Vgl. Interview mit Raimund Kokott. In: Dichtung und Wahrheit über die Einsatzleitungen, Hg. Abgeordnetengruppe PDS/LL des Bundestages, Fraktion LL-PDS im Sächsischen Landtag, o. O. 1993, S. 16.
- ¹⁵⁾ Vgl. Untersuchungsausschuß des MfNV, Information, o. D. (BArch VA-01/37601 Bl. 272).
- ¹⁶⁾ Bahrmann, Hannes/Links, Christoph: Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik, Berlin / Weimar / Wuppertal 1990, S. 13.
- ¹⁷⁾ Vgl. Abschlußbericht der Unabhängigen Untersuchungskommission (UUK) an die Stadtverordnetenversammlung von Dresden zu den Handlungen der Schutz- und Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 3. bis 10. Oktober 1989 in Dresden. In: Dokumentation zur politischen Justiz in der ehemaligen DDR und Aufarbeitung ihrer Vergangenheit in 6 Teilen. Hg.: Gesamtdeutsches Institut (Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben). Bonn 1991, Bd. VI, S. 38–44.
- ¹⁸⁾ Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, S. 295.
- ¹⁹⁾ Ebd., S. 307.
- ²⁰⁾ Vgl. Mdl-Lagefilm Oktober 1989, Nr. 251 (BArch B, Mdl 52461 Stab Operative Grundsatzarbeit).
- ²¹⁾ Wort des Bischofs von Dresden-Meißen, Joachim Reinelt, vom 6.10.1989 zum 27. Sonntag im Jahreskreis 1989 (Privatarchiv Frank Richter). Vgl. Liebsch, Heike: Dresdner Stundenbuch. Protokoll einer Beteiligten im Herbst 1989, Wuppertal 1991, S. 29.
- ²²⁾ Privatbestand Wolfgang Leonhardt.

KARIN URICH

Von der Gruppe der 20 zum neuen Stadtparlament

»Am Sonntagabend auf der Prager Straße ist etwas geschehen, was einen neuen Weg eröffnet hat: Viele tausend Menschen, darunter viele junge, hatten sich dort zu einer friedlichen, gewaltfreien Meinungsäußerung über die uns alle belastenden aktuellen Probleme in unserem Land zusammengefunden. Die Sicherheitskräfte standen ihnen gegenüber. Einige Dresdner, unter ihnen der katholische Kaplan Frank Richter, gingen auf die Uniformierten zu und baten um ein Gespräch mit dem Einsatzleiter. Das Gespräch kam zustande: Gewaltlosigkeit und Dialogbereitschaft machten es möglich. Die Demonstrationsteilnehmer beauftragten eine Gruppe von 20 Sprechern, ihre Anliegen und Fragen zu formulieren.« – Mit diesen Worten schilderte Uta Dittmann am 10. Oktober 1989 in der CDU-Tageszeitung »Die UNION« eine Entwicklung, die Tage zuvor noch keiner für möglich gehalten hatte.

Vom 3. bis 8. Oktober sprachen die Schlagstöcke, die Fäuste und die Wasserwerfer in Dresden, aber nicht die Menschen. Das Gespenst der »Chinesischen Lösung« lag über der Stadt. Einen Vorgeschmack darauf hatten die Auseinandersetzungen am Hauptbahnhof gegeben, als die Züge aus der Prager Botschaft in der Nacht des 4. Oktober Dresden passierten und Tausende sich dort versammelt hatten, in der Hoffnung, aufspringen zu können. Hans Modrow hatte die Aufgabe, den reibungslosen Ablauf zu garantieren, was ihm nur mit dem Einsatz von Militär gelang. Die Entrüstung über die Härte des Vorgehens der Sicherheitskräfte hatte die Menschen zum Hauptbahnhof getrieben. Hunderte Dresdner verschwanden in den Tagen darauf in sogenannten »Zentralen Zuführungspunkten«, warteten unter unwürdigen Bedingungen auf ihr Verhör. Die Sorge um die verschwundenen Angehörigen ließ die Demonstrationen an Dynamik gewinnen.

Noch am Nachmittag des 8. Oktober wurden gut 200 friedliche Demonstranten festgenommen, »zugeführt«, wie es im Deutsch der Sicherheitskräfte hieß. Am Abend folgte die Entspannung: Aus einem Kessel der Demonstranten heraus bildete sich eine Gruppe von 20 Personen, die dank der zeitgleichen Verhandlungen von Christof Ziemer, dem Superintendenten der Kreuzkirche, Landesbischof Hempel und Oberkirchenrat Fritz mit Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, die erste Gruppe in der DDR war, die am Morgen des 9. Oktober zu einem »Rathausgespräch« empfangen wurde. Dieser Durchbruch zum Dialog ist in erster Linie der Zivilcourage der demonstrierenden Dresdner zu verdanken. Er ist aber auch Ergebnis eines Lernprozesses der Vertreter des Machtapparates, der allerdings erst mit den Ereignissen am Hauptbahnhof und um den 40. Jahrestag der DDR einsetzte.¹⁾

Das Programm der ersten Stunde

Die Gruppe der 20, wie die Vertreter der Demonstranten später genannt wurde, erhielt ihre Legitimation zunächst durch die Gründungssituation. Die Kapläne Frank Richter und Andreas Leuschner achteten bei der Auswahl der Gruppenmitglieder auf einen Querschnitt der Bevölkerung. Zu den Urmitgliedern zählten Andreas Bartsch, 32 Jahre alt, Fahrschullehrer; Ulrich Baumgart, 45 Jahre, Diplomingenieur und CDU-Mitglied; Friedrich Boltz, 36 Jahre, Entwicklungsingenieur und SED-Mitglied; Dieter Brandes, 58 Jahre, Katechet; Karl-Heinz Denkert, 44 Jahre, Tischlermeister; Uwe Glosinski, 24 Jahre, KOM-Fahrer; Rene Grüttner, 23 Jahre, Schlosser; Markus Kirschner, 18 Jahre, KFZ-Schlosser-Lehrling; Sabine Linke, 19 Jahre, Schwesternschülerin; Henry Mattheß, 26 Jahre, Student; Maik Miersch, 23 Jahre, Dreher; Beate Mihaly, 45 Jahre, Krippenerzieherin; Frank Neubert, 36 Jahre, Schichtleiter; Kerstin Nikolaus, 22 Jahre, Beiköchin; Eberhard Ohst, 49 Jahre, Diplomchemiker; Heiko Pstrong, 21 Jahre, Student; Steven Richter, 17 Jahre, Lehrling; Peter Rosenberg, 37 Jahre, Bäcker; Bringfriede Rößler, 34 Jahre, Krankenschwester und Olivia Schwarz, 18 Jahre, Lehrling. Der 31jährige Kaplan Frank Richter ließ sich am 10. Oktober gegen den 41jährigen Entwicklungsingenieur Herbert Wagner austauschen, um die kirchliche Unabhängigkeit der Gruppe zu dokumentieren. Die Mitglieder wurden durch Applaus bestätigt und erhielten ihren Auftrag von der Straße. Sie wollten zunächst keine Oppositionsgruppe sein, sondern als Mittler zwischen Staat und Volk auftreten, um der Bevölkerung Dresdens eine Stimme und ein Forum zu geben. Die auf Zuruf genannten Dialogthemen waren: sachliche Darstellung der Ereignisse am Hauptbahnhof, Klärung der Probleme mit den Inhaftierten, objektive Berichterstattung in den Medien, Zulassung des Neuen Forums, Reisefreiheit, freie Wahlen, Einführung eines Zivildienstes, Demonstrationsfreiheit und die Fortsetzung des gewaltfreien Dialogs.²⁾

Die Rathausgespräche als Forum der Gruppe der 20

Die Rathausgespräche, die am 9. Oktober begannen, waren das erste Forum der Gruppe der 20, in dem Veränderungen für Dresden erreicht wurden. Das erste Gespräch war geprägt durch Konfrontation. Berghofer, der durch Modrow an ein Redemanuskript gebunden war³⁾, betonte zunächst, er spräche lediglich mit 20 Bürgern seiner Stadt. Er weigerte sich, über Fragen wie die Zulassung des Neuen Forums oder Reisefreiheit zu diskutieren, da diese Themen zentral entschieden worden seien. Auch das nötige Maß an Öffentlichkeit gestand er der Gesprächsgruppe nicht zu. Über den Verlauf des ersten Rathausgesprächs wurde nur in den Kirchen informiert. Einziger Erfolg der Gruppe der 20 war das Versprechen, daß Berghofer für die Freilassung aller Inhaftierten sorgen wollte, die sich keiner Straftat schuldig gemacht hatten. Dennoch war die Stimmung während der Kircheninformationen am Abend entspannt und ausgelassen. Die Hoffnung auf Veränderung war zurückgekehrt.⁴⁾

Unter gespannten Vorzeichen fand das zweite Rathausgespräch am 16. Oktober statt. Am 11. Oktober hatten Mitglieder der Gruppe der 20 noch darum gerungen, daß das Versprechen, die Gefangenen freizulassen, wirklich eingelöst wird. Dies war eine Frage der Glaubwürdigkeit für den gesamten Dialog.⁵⁾ Beim zweiten Gesprächstermin mit Berghofer erreichte die Gruppe



Christof Ziemer
und Wolfgang
Berghofer beim
ersten Rathaus-
gespräch am
9. Oktober 1989
Foto M. Günther

der 20 erste Zugeständnisse. Im Anschluß an das Gespräch war eine Pressekonferenz anberaumt, die der Gruppe die Möglichkeit zur Darstellung der Ergebnisse aus ihrer Sicht erlaubte. Eine Information der Dresdner Bevölkerung in einem öffentlichen Raum wurde von Berghofer allerdings erneut untersagt. Sie sollte wieder in den Kirchen stattfinden. An dieser Frage drohte das Gespräch fast zu scheitern, da sie eng verbunden war mit der Anerkennung der Gruppe als offiziellem Gesprächspartner. Um den Dialog nicht zu gefährden, lenkte die Gruppe in der Frage der Kircheninformationen dennoch ein, allerdings mit dem Vorbehalt, das letzte Mal nur in die Kirchen zu gehen.⁶⁾

Die Doppelstrategie der Arbeitsgruppen

Das wichtigste Ergebnis des zweiten Rathausgesprächs war jedoch die Bildung von Zeitweiligen Arbeitsgruppen, in denen Vertreter aus der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung gemeinsam mit Vertretern der Bürgerbewegung und mit interessierten Bürgern an Sachthemen arbeiten sollten. Die Stadt stellte dabei den Vorsitzenden der Gruppe, die Gruppe der 20 den Stellvertreter. Themen waren unter anderem Recht und Sicherheit, Medienpolitik, Strukturen der Bürgerverantwortung, Ziele der Gesellschaft in der DDR, Reise- und Ausreiseangelegenheiten, Bildung und Kultur, Stadtentwicklung, Ökonomie und Ökologie sowie Wirtschaft, Handel und Versorgung.

Neben den Zeitweiligen Arbeitsgruppen, die in der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung die Aufgabe von Ausschüssen übernahmen, bildete die Gruppe der 20 wie die anderen Bürgerbewegungen in Dresden auch interne thematische Arbeitsgruppen, um Experten an sich zu binden und eigene politische Initiativen zu entwickeln. Diese Doppelstrategie garantierte letztlich den Erfolg, da sie eine Vereinnahmung der Gruppe der 20 wie auch der anderen Bürgerbewe-

gungen verhinderte und ihre Eigenständigkeit garantierte. Diese Arbeitsgruppen bildeten sich am 24. Oktober 1989 in der Kreuzkirche. Die Bildung der Zeitweiligen Arbeitsgruppen wurde zwei Tage später von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Im Folgenden wurden Probleme thematisiert, die sich mit allen Bereichen der DDR-Gesellschaft beschäftigten. Der Zuspruch zu den Arbeitsgruppen war recht unterschiedlich. Themenstellungen mußten der Zeit angepaßt werden. Hier sollen exemplarisch nur einige Ergebnisse erwähnt werden. Zu den Ereignissen am Hauptbahnhof wurde eine Unabhängige Untersuchungskommission eingerichtet, die intensiv arbeitete, aber kaum greifbare Ergebnisse vorlegen konnte. Es wurden zahlreiche Verstöße gegen DDR-Recht und die Menschenrechte beklagt. Konkrete Verantwortliche konnten jedoch in den seltensten Fällen benannt werden, so daß es kaum zu Prozessen kam.⁷⁾ Typisch für den Verlauf der Arbeit in den Gruppen war die Arbeitsgruppe Reisen/Ausreise. Sie erfuhr anfangs großen Zuspruch. Mit dem Fall der Mauer mußte sich ihre Aufgabenstellung jedoch ändern und Sie kümmerte sich nun um Tourismus und Erholung. Einen ähnlichen Wandlungsprozeß machte die Arbeitsgruppe Wirtschaftsentwicklung durch. Sie entstand aus der Arbeitsgruppe »Gesellschaftsstrategie und Wirtschaftsentwicklung«, die theoretische Grundsätze für eine sozialistische Gesellschaft der Zukunft entwerfen sollte. Letztlich setzten sich die Pragmatiker in der Gruppe durch, die eigene Konzepte für Wirtschaftsreformen entwickelten. Sie bekannten sich sehr früh zur sozialen Marktwirtschaft. Eine wichtige Rolle spielte die Arbeitsgruppe Umweltschutz, in der zahlreiche Gutachten zur Umweltsituation in Dresden erstellt wurden. Die Offenlegung dieser Daten war bislang verboten. Um Daten zu sammeln, auszuwerten und für die konkrete Arbeit zur Verfügung zu stellen, wurde eine Umweltbehörde geschaffen. Die Arbeitsgruppe Recht und Verfassung war eine der wenigen, die über die Stadt Dresden hinaus wirkten. Zunächst arbeitete sie an einer Reform des Rechtssystems und einer neuen Verfassung für die DDR. Bereits im November diskutierte sie die Wiedereinführung der Länder und konzentrierte sich schließlich auf die Ausarbeitung einer Verfassung für Sachsen.

Profilierung und Anerkennung der Gruppe der 20

Wesentlich für die Profilierung der Gruppe waren aber nicht nur die Arbeitsgruppen, sondern auch die Berater der Gruppe der 20, die den Politlaien erst den Weg auf dem ungewohnten Parkett ebneten. Zu ihnen zählten vor allem Christof Ziemer, der seit Jahren die kirchlichen Gruppen gegenüber der Stadt vertrat und zwischen beiden Seiten vermittelte, Steffen Heitmann als Rechtsberater und Uta Dittmann, die der Gruppe im Lokalteil der UNION ein Forum bot.

Nach dem zweiten Rathausgespräch bemühte sich die Gruppe der 20 weiter um ihre Anerkennung durch Berghofer. Hier kam ihr ein nahezu genialer Einfall von Friedrich Boltz, dem einzigen SED-Mitglied in der Gruppe, zu Gute. Er umging das Verbot, für die Zulassung einer Organisation Unterschriften zu sammeln, ganz geschickt. Boltz forderte jeden Dresdner, der die Gruppe der 20 als Interessenvertretung anerkenne, dazu auf, eine Mark auf ein bestimmtes Postscheckkonto zu überweisen. Der Erfolg überraschte nicht nur die anderen Gruppenmitglieder, die den Vorschlag zunächst abgelehnt hatten. Innerhalb kürzester Zeit kamen 100 000 Mark auf

dem Konto zusammen. Jeder fünfte Dresdner hatte sich damit für die Gruppe der 20 ausgesprochen. Mit diesem Geld, von dem der Großteil nach Auflösung der Gruppe für soziale Zwecke gespendet wurde, war ein finanzieller Grundstock für die Gruppe geschaffen.⁸⁾ An diesem Votum kam auch Oberbürgermeister Berghofer nicht vorbei. Er erkannte die Gruppe im dritten Rathausgespräch am 30. Oktober an. Ehe man wirklich arbeitsfähig war, dauerte es allerdings bis Januar. Dann bezog man mit den anderen Bürgerbewegungen Räume in der Kreuzstraße 7.

Ebenfalls im dritten Rathausgespräch erhielt die Gruppe der 20 die Erlaubnis, regelmäßig Demonstrationen zu veranstalten. Zunächst war vorgesehen, daß diese von Stadt und Gruppe der 20 gemeinsam getragen werden. Nachdem die erste Demonstration am 6. November massiv durch bestellte Störer der Staatssicherheit behindert wurde⁹⁾, entschloß sich die Gruppe der 20, sie fortan in eigener Verantwortung durch einen Koordinierungsausschuß gemeinsam mit dem Neuen Forum und anderen Bürgerbewegungen vorzubereiten. Die Montagsdemonstrationen liefen nach einem festen Muster ab. Nach einem Gottesdienst begann der Demonstrationzug, der am Fučikplatz mit einer Kundgebung endete. Wer dort sprechen wollte, mußte sich zuvor bei Herbert Wagner, dem Sprecher der Gruppe der 20, anmelden. Im zweiten Teil der Kundgebung kamen aber auch Demonstrationsteilnehmer spontan zu Wort. Die Demonstrationen im Herbst und Winter 1989 standen unter den Losungen »Gegen den Führungsanspruch der SED«, »Für eine neue Verfassung« und »Solidarität nach innen und außen«. Die Montagsdemonstration am 11. Dezember wurde schon bestimmt von den unterschiedlichen Meinungen zum Thema Wiedervereinigung. Im Frühjahr 1990 begannen die Demonstrationen, ein Forum für den Wahlkampf zu werden. Ende Februar fand deshalb die letzte Montagsdemonstration statt.¹⁰⁾

Der Sprung in die Stadtverordnetenversammlung

Anders als in anderen Städten bildete sich in Dresden nur auf der Ebene des Bezirks ein Runder Tisch. Auf der Ebene der Stadt schwebte Herbert Wagner, der seit dem 3. Rathausgespräch als Sprecher der Gruppe der 20 auftrat, etwas anderes vor. Wagner schlug während des 4. Rathausgesprächs am 20. November 1989 vor, eine Art »Kontroll- oder Bürgerrat« einzurichten, der »seinen festen Platz neben der Stadtverordnetenversammlung hat und offen für Bürgervertretung und Kontrolle ist«. Berghofer stimmte dieser Idee prinzipiell zu, betonte jedoch, daß vor den Neuwahlen kein Gremium neben der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet werden könne. Auch die Gruppe der 20 sollte an der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen.¹¹⁾ Aus diesen Ideen wurde das Konzept für eine Basisdemokratische Fraktion entwickelt. In der Stadtverordnetenversammlung waren aufgrund der turbulenten Ereignisse viele Abgeordnete der SED und der Blockparteien nicht mehr erschienen, so daß Plätze frei wurden. 30 dieser freien Plätze wollte man nun den Bürgerbewegungen zuerkennen, die damit Fraktionsstatus mit Sitz-, Rede- und Stimmrecht bekommen sollten. Über die Vergabe der Plätze sollte die Gruppe der 20 entscheiden.¹²⁾

Einerseits bot sich mit der Basisdemokratischen Fraktion die Möglichkeit der direkten Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung. Andererseits sah man aber auch die Gefahr, sich von



Demonstration auf dem Theaterplatz Mitte Oktober 1989, Foto M. Günther

Berghofer vereinnahmen zu lassen. In der Fraktionssitzung vom 23. Januar 1990 wurde das Für und Wider des Stimmrechts diskutiert. Dr. Walter Siegemund notierte als Argumente dafür, daß auch der Runde Tisch stimmberechtigt ist und daß in manchen Fragen auch wenige Stimmen den Ausschlag geben können. Dagegen sprach, daß damit ein Schein von Demokratie erzeugt würde, daß oft mit der PDS gestimmt werden müsse und daß man über kein Mandat dafür verfüge.¹³⁾ Die Gruppe entschied sich gegen das Stimmrecht.

Am 18. Januar war die konstituierende Sitzung der Basisdemokratischen Fraktion. Herbert Wagner wurde zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Christoff Andrich wurde Sekretär der Fraktion und Mitglied des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung. Außerdem gehörten der Basisdemokratischen Fraktion für die Gruppe der 20 Klaus Gaber, Peter Göbel, Steffen Heitmann, Jörg Naumann, Werner Raschke, Klaus-Dieter Scholz, Dieter Schubert, Walter Siegemund und Peter Zacher, für das Neue Forum Tilo Kramer, Gunter Schmiady, Helmut Schmitt, Arnold Vaatz, Peter Voigt und Gudrun Vollmer, für den Demokratischen Aufbruch Jürgen Bönninger, Dietmar Franke, Hans-Reiner Meinel, Helmut Münch, Johannes Pohl und Ulrike Wegner, für die SDP/SPD Frank Helzig, Rüdiger Liebold, Eberhard Lösch, Roland Nedelegg und Erich Sobeslavsky, für die Grüne Liga Maria Jacobi und Maria Leuschner, für die Grüne Partei Steffi Ulbricht und für die AG Frieden Johannes Meusel an.

Mit der Einrichtung der Basisdemokratischen Fraktion änderte sich auch der Arbeitsstil der Stadtverordnetenversammlung. Sie tagte nun mindestens alle 14 Tage. Auch die übrigen Parteien bildeten Fraktionen, die zu regelmäßigen Fraktionssitzungen zusammenkamen. Für viele



Blumen für
die Volkspolizei
(5. November 1989)
Foto St. Giersch

der Abgeordneten war das eine völlig neue Arbeitsweise. Ein wirkliches Kontrollinstrument erhielt die Basisdemokratische Fraktion mit der Einrichtung des Wirtschafts- und Finanzausschusses, dessen Bildung am 1. Februar beschlossen wurde. Dieser Ausschuss prüfte alle finanzpolitischen Entscheidungen, die über die angebrochene Legislaturperiode hinaus reichten. Berghofer brauchte fortan das Einverständnis dieses Ausschusses, um weiterreichende Entscheidungen treffen zu können. Dennoch setzte sich der Oberbürgermeister über dieses Gremium hinweg und beschäftigte es mit allerhand kleineren Projekten, um ihm den Blick auf die Gesamtzusammenhänge zu verstellen. Ein gravierendes Beispiel für Berghofers Kompetenzüberschreitungen war die Aufnahme eines Kredits in Höhe von 225 Millionen Mark bei der Österreichischen Landesbank, der vom Wirtschafts- und Finanzausschuss nicht genehmigt worden war.¹⁴⁾

Ausdifferenzierungen innerhalb der Bürgerbewegungen im Wahlkampf

Die Basisdemokratische Fraktion verpflichtete sich in ihrer Grundsatzerklärung auf die Einrichtung eines »freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats«, aber auch auf eine »ökologisch und sozial verantwortete Marktwirtschaft und die Einheit der deutschen Nation im Rahmen einer europäischen Friedensordnung«. Dies zu unterschreiben, fiel vor allem den grünen Gruppierungen schwer, da in der Frage der Wirtschaftsordnung und der deutschen Einheit von ihnen eine andere Linie vertreten wurde. Diese Fragen waren deutliche Zeichen für die Ausdifferenzierung der Bürgerbewegungen im Wahlkampf. Eine Zerreißprobe für die Basisdemokratische Fraktion stellten die Eintritte von Arnold Vaatz, Herbert Wagner und Frank Neubert in die CDU am 21. Februar 1990 dar. Der Streit entzündete sich vor allem daran, daß die drei in eine ehemalige Blockpartei eingetreten waren, die mit einer eigenen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung angehörten, und sie damit quasi eine Doppelmitgliedschaft innehatten. Außerdem emp-

Demonstration
am 24. Januar
1990 auf der
Schandauer
Straße
Foto F. Zadnicek



fanden gerade die Mitglieder grüner Organisationen den Beitritt als einen Vertrauensbruch.¹⁵⁾ Arnold Vaatz trat aus der Fraktion aus, Wagner und Neubert wurden nach einem Mißtrauensvotum geduldet, der Vorstand jedoch umgebildet. Wagner blieb Vorsitzender. Stellvertreterin wurde Steffi Ulbricht. Peter Zacher und Frank Helzig wurden zu Fraktionssprechern bestimmt. Die Fraktion wurde mit Lutz Hentschel und Jan Pullkowski von der gerade in Dresden entstandenen Vereinigung »Demokratie Jetzt« und mit Wolfgang Blümel vom Neuen Forum aufgefüllt.¹⁶⁾

Mit dem Wahlkampf konzentrierten sich die Mitglieder der Fraktion, die Parteien angehörten, auf deren weitere Profilierung. Von Klaus-Dieter Scholz kam die Initiative, eine Freie Wählergemeinschaft nach dem Vorbild von Baden-Württemberg zu gründen, der sich einige der parteilosen Mitglieder der Gruppe der 20 anschlossen. Andere begannen mit der Gründung von Vereinen und Verbänden. Wieder andere blieben weg aus Enttäuschung über den Weg, den die Bürgerbewegungen genommen hatten. Das Ergebnis der Kommunalwahlen stand deutlich im Zeichen der Volkstammerwahlen, die durch den Sieg der Allianz für Deutschland ein deutliches Votum der Bürger für eine schnelle Einheit Deutschlands darstellte. Die CDU, die mit Herbert Wagner als Spitzenkandidat angetreten war, erhielt in der neuen Stadtverordnetenversammlung 51 Sitze, die PDS 20, die SPD 13, die DSU 11, das Bündnis 90 10 und die Freie Wählervereinigung 6 Sitze. Die übrigen 9 Sitze verteilten sich auf Splitterparteien.

Gemäß ihrem ursprünglichen Auftrag löste sich die Gruppe der 20 am 9. Mai auf. Sie hatte den Weg für demokratische Strukturen geebnet. Am 23. Mai konstituierte sich die neue Stadtverordnetenversammlung und wählte Herbert Wagner zum Oberbürgermeister. Am 25. Mai bildete sich eine große Koalition aus Bündnis 90/Grüne Partei, der Demokratischen Union, zu der neben der CDU der Demokratische Aufbruch und die Deutsche Forumspartei zählten, der DSU, den Liberalen, der Freien Wählervereinigung und der SPD.¹⁷⁾

Anmerkungen

- 1) Vgl. Aufzeichnungen der Autorin zum Podiumsgespräch im Ibis-Hotel am 18. Januar mit Wolfgang Berghofer, Hans Modrow, Frank Richter, Frank Neubert, Erich Sobeslavsky und Detlef Pappermann. Zu den Ereignissen bis zum 8. Oktober vgl. außerdem Bahr, Eckhard: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden. Leipzig 1990 und Richter, Frank: Worte wachsen langsam. Dresden 1997.
- 2) Vgl. Bahr, Eckhard 1990: 142.
- 3) Vgl. Redekonzept in BStU Ast Dresden. MfS BV Dresden. Leiter der BV Nr. 10003-3: 107–109.
- 4) Vgl. BStU Ast Dresden. MfS BV Dresden. 1. Stellvertreter des Leiters. Band 1: 116f.
- 5) Vgl. BStU Ast Dresden. MfS BV Dresden. Leiter der BV Nr. 10003-3: 95–98.
- 6) Zum Verlauf des 2. Rathausgesprächs vgl. SächsHsta Dresden. BPA SED. Sekretariat 1. Sekretär des Bezirks. Einschätzungen Lage und Ereignisse Okt. 1989. Signatur 13218.
- 7) Vgl. Abschlußbericht der UUK im Privatbestand. Neubert
- 8) Zur 1-Mark-Aktion vgl. die Interviews der Autorin mit Friedrich Boltz, Frank Neubert, Dieter Brandes und Eberhard Ohst.
- 9) BStU Ast Dresden XII 682/79, 2047/91, Bd. II: 445 f.
- 10) Der Ablauf der Demonstrationen ist dokumentiert im SächsHsta BPA SED: Rat des Bezirks. Sekretariat Information. Aktuelle Informationen der Bezirksleitung. Oktober bis Dezember 1989. Signatur 14122 Teil I und II.
- 11) Tonbandprotokolle der Rathausgespräche und Stadtverordnetenversammlungen, Stadtarchiv Dresden, Stichwortsammlung von Karin Urich.
- 12) Der Entwurf des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Bildung der Fraktion befindet sich im Privatbestand Wagner.
- 13) Aufzeichnungen im Privatbestand Siegemund.
- 14) Rechenschaftsbericht des Wirtschafts- und Finanzausschusses vor der Stadtverordnetenversammlung im Privatbestand Scholz
- 15) Vgl. den Schriftwechsel zwischen Vaatz und Jacobi und eine nicht veröffentlichte Presseerklärung der Gruppe zu den Übertritten im Privatbestand Förtsch-Ulbricht.
- 16) Vgl. Aufzeichnungen Sobeslavskys von der Fraktionssitzung am 8. März 1990.
- 17) Koalitionsvereinbarung im Privatbestand Wagner.

MANFRED ARTUR FELLISCH

Die Dresdner Kreuzkirche und die Bürgerbewegung

Ein Jahrzehnt ist in der Geschichte eines Landes ein verhältnismäßig kurzer Zeitraum. Es sei denn, die Geschichte schlägt mit einer für den Betroffenen ungewohnten Wucht und Schnelligkeit zu, so daß der Einzelne den Eindruck hat, die Ereignisse laufen im Zeitraffer vor ihm ab. Dieser Eindruck dürfte sich bei vielen von uns, nicht nur in den unmittelbaren Wendewochen, sondern auch in den vergangenen 10 Jahren eingestellt haben. Mit ungeheurer Geschwindigkeit wurden einzelne Protagonisten des Umbruchs auf Positionen gebracht, für die keiner von ihnen mental oder fachlich vorbereitet war. Die heutige Sicht auf die Ereignisse des Herbstes '89 hängt nicht unmaßgeblich davon ab, wie die Befragten diese Situation bewältigt haben bzw. welche ihrer damaligen Zielvorstellungen sie wenigstens ansatzweise verwirklichen konnten. Heutige Befindlichkeiten und neue Ziele bestimmen nicht unwesentlich das Erinnerungsbild. Dies betrifft beide Seiten der damaligen Auseinandersetzung. Jede Erinnerung an die Zeit der entscheidenden Kämpfe mit dem Machtapparat der DDR darf nicht außer acht lassen, daß es »die Opposition« nie gab, daß meist unabgestimmt und spontan gehandelt wurde, daß die sich jeweils als kleine Einheit fühlenden verschiedenen Gruppen oft durch ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis geprägt waren, welches nicht unmittelbar auf die »Nachbargruppe« übertragen wurde. Vorsicht und Mißtrauen waren in der DDR oft lebensnotwendig. All dies traf mehr oder weniger auch auf die Gruppe zu, welche sich unter dem Dach der Kreuzkirche um den damaligen Superintendenten Christof Ziemer zusammengefunden hatte. Die Kreuzkirche stellte zu verschiedenen Zeiten einen Mittelpunkt des geistigen Lebens des Dresdner Protestantismus dar, sicher wegen ihrer bedeutenden städtebaulichen Präsenz mitten im Zentrum, aber auch – und dies spielte '89 eine besondere Rolle – wegen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zum städtischen Machtzentrum, dem Rathaus. Auch die Rolle des Hauptgeistlichen dieser Kirche in der Gesellschaft war immer eine herausgehobene. Die städtische Bevölkerung sah nach dem Verlust der Frauenkirche die Kreuzkirche als die Nummer eins unter den evangelischen Kirchen Dresdens an.

Die Bedeutung dieses Kirchenbaues, seine Popularität als Heimstatt des Dresdner Kreuzchores und die Wichtigkeit der jeweils an ihr wirkenden Geistlichen, bedingten sich gegenseitig. In den 80er Jahren wurde Christof Ziemer in einem ständig steigenden Maße für viele Kirchenglieder zur Autoritätsperson. Dies übertrug sich im Laufe der Herbstereignisse auch auf viele Menschen außerhalb der Kirche. Nicht zuletzt die Tatsache, daß die staatliche Seite ihn in den eigenen Reihen, später auch in der Öffentlichkeit, zu ihrem Hauptgegner erklärte, trug zu einem Bekanntheitsgrad bei, der kaum einem anderen Vertreter der Kirche zuteil wurde.



Während des Olof-Palme-Marsches im Sommer 1987
Foto St. Giersch

Die immer wieder gestellte Frage, welche Ziele einerseits das Landeskirchenamt, andererseits einzelne Gruppen oder Personen in der Umbruchzeit verfolgten, kann in einer dem synodalen Leitungsprinzip unterstellten Kirche nicht pauschal beantwortet werden. Zielvorstellungen und Wege unterschieden sich von Gruppe zu Gruppe. Sie waren abhängig von der jeweiligen oft selbstgewählten Aufgabenstellung. Der Unterschied zwischen einer Behörde, wie sie das Landeskirchenamt darstellt, deren allgemeine Verpflichtungen auch in Ausnahmezeiten Mindestanforderungen einer Ordnung verlangen, und freien Gruppen, die sich im Moment des Handelns nur ihrem Glauben und der Gewissensentscheidung verpflichtet sehen, spielte bei vielen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen und der Kirchenleitung eine heute kaum mehr nachvollziehbare Rolle. Die meisten, die der Kreuzkirchengruppe angehörten, konnten sich aus der Arbeit in »Kreisen« und Arbeitsgruppen der Sächsischen Landeskirche,

deren theologische Grundausrichtung in der Annahme einer vom evangelischen Glauben her gesehenen Verantwortung für diese Welt bestand.

Umwelt- und Friedensgruppen waren damals unsere geistige Heimat. Viele von uns prägte das geistliche Vorbild von Dietrich Bonhoeffer. Es war sicher kein Zufall, daß gerade diejenigen, die sich in den vergangenen Jahren regelmäßig in Ziemers Privatwohnung zu den Zusammenkünften der sächsischen Gruppe des Bonhoefferkomitees einfanden, maßgeblich auf den Lauf der Ereignisse in Dresden Einfluß nahmen.

Die Rolle Dietrich Bonhoeffers für die geistige Entwicklung der evangelischen Kirche, hin zu einem wesentlichen Träger der friedlichen Revolution, kann mit Sicherheit sehr hoch veranschlagt werden.

Viele Menschen, die aus Angst, aus der Sorge um »zugeführte« Angehörige, aber auch aus reiner Hilflosigkeit angesichts einer immer kopfloser agierenden Führung des herrschenden Staates zu uns in die Kirchen kamen, hatten von Christentum zuvor kaum etwas gehört. Sie waren teilweise erstmals mit Glaubensaussagen wie Gebet, Fürbitte, Lesung, geistlicher Musik, Meditation und ähnlichem in Berührung gekommen. Wir haben damals versucht, etwas von dem zum Tragen zu bringen, was Bonhoeffer mit der bekannten These »Kirche für Andere« zu umschreiben versuchte. Oft hatte ich das Gefühl, daß es gelang, den Menschen Ängste zu nehmen, weil

sie spürten, daß die Kirche aus ihrem Glauben heraus versuchte, Wahrheiten und Notwendigkeiten auszusprechen. Bei einigen von uns führte das zu der Illusion einer neuen Glaubenserweckung. Die Enttäuschung dieser Gruppe über die relativ leeren Kirchen nach der Vereinigung ist nachvollziehbar. Der größte Teil der Protagonisten der Wende aber hat diese Entwicklung sicher in unterschiedlicher Größenordnung vorausgesehen. Die Bedeutung der Kirche lag für die Mehrheit der ungeübten Kirchenbesucher dieser Zeit in ihrer Rolle als Schutzraum für Körper und Geist. In der unmittelbaren Zeit des Umbruchs wurde noch eine andere Tatsache wichtig. Die evangelische Kirche gehörte zu den ganz wenigen gesellschaftlichen Gruppierungen der DDR, die 40 Jahre außerhalb staatlicher Machtstrukturen organisatorisch überlebt und von den Kirchengremien bis hin zu den Synoden demokratische Spielregeln eingehalten und, was ganz wesentlich ist, auch eingeübt hatte. Amtsträger der evangelischen Kirche, und hier meine ich keinesfalls nur Pfarrer und Bischöfe, sondern Kirchengemeindevorsteher, Kirchenälteste, Synodale und andere kannten sich aus mit Wahlmodalitäten, waren ausgebildet auch im widerspruchsvollen Umgang mit dem Gegenüber, und dadurch befähigt, echte Gesprächsführung und Gruppenbildung zu praktizieren; alles Dinge, die den staatstragenden SED- und BlockpartEIFunktionären systematisch abtrainiert worden waren.

Die Kirche wurde, will man es nüchtern ausdrücken, zum Dienstleister an einer in Not geratenen Gesellschaft in einem zerbröckelnden System. Die zaghaft erkämpften Freiräume, oft auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen, konnten in dieser Notsituation der Diktatur schlagartig ausgeweitet werden, sehr viel schneller, als dies bei den in den Herbsttagen außerhalb des kirchlichen Raumes sich entwickelnden mutigen Initiativen (Neues Forum, SDP, Demokratischer Aufbruch u. a.) möglich war.

Die Kirche hatte zu DDR-Zeiten auch in der nichtkirchlichen Bevölkerung einen erheblichen Vertrauensvorschuß, der ihr im Wendeherbst '89 zugute kam.

Der heutigen Verwunderung darüber, daß es uns nicht gelang, aus dieser Dienstleistungsfunktion in einer schweren Zeit mehr für die Zukunft zu machen, möchte ich entgegenhalten, daß eine Kirche, der es gelungen ist, in Notzeiten wirklich Dienst am Nächsten zu tun, keinen Grund hat, die Segel in scheinbar besseren Zeiten freiwillig zu streichen. Sie sollte dankbar dafür sein, damals oft die richtigen Entscheidungen getroffen zu haben. Ich halte die Tendenz, Wendezeiten nachzutruern für genauso falsch, wie die oft anzutreffende Meinung, sich heute wieder in innerkirchliche Strukturen zurückziehen zu sollen. Probleme der Gesellschaft müssen für eine protestantische Kirche auch immer zugleich eigene Probleme sein, die sie im Innersten berühren. Nur so können wir erwarten, daß unsere eigenen kirchlichen Probleme auch Probleme der Gesellschaft bleiben. Gelingt uns das nicht, werden wir als Kirche selbst zum Randproblem der Gesellschaft. Es war nicht die große Anzahl von Menschen in den Kirchen, sondern der kleine Kreis derer, die durch den Glauben den Mut fanden, für die vielen, die uns brauchten, öffentlich einzutreten, die – um mit einem heutigen Schlagwort zu sprechen – die Kreditwürdigkeit der Kirche ausmachten.

Die Geschehnisse des 3. Oktober am Hauptbahnhof zeigten schlagartig die Brisanz der Situation. Für Tausende hatten die Züge, die den in der Prager Botschaft wartenden Flüchtlingen die Freiheit bringen sollten, plötzlich Magnetwirkung. Das Vorgehen der Polizei, die »Zuführun-

gen« im großen Stil, die Härte und Brutalität der Vertreter der Staatsmacht machten auch denen, die im Lande bleiben wollten, klar, daß wesentliche Entscheidungen für unser aller Leben anstanden.

Wohin das Pendel der Geschichte ausschlagen würde, war aber zu diesem Zeitpunkt noch völlig unklar. Nachdem ich mir am Vorabend selbst am Hauptbahnhof ein Bild von den Ereignissen machen konnte, hörte ich am 4. Oktober vom Ausmaß der Zuführungen und Übergriffe. Als Inhaber einer kirchlich beauftragten Buchhandlung konnte ich ohne Schwierigkeiten meinen Arbeitsplatz verlassen und Kontakt zu Superintendent Ziemer aufnehmen. Bei meinem Erscheinen in der Kreuzkirche wurde mir klar, daß hier zur Zeit Wichtigeres zu tun sei als in der Buchhandlung.

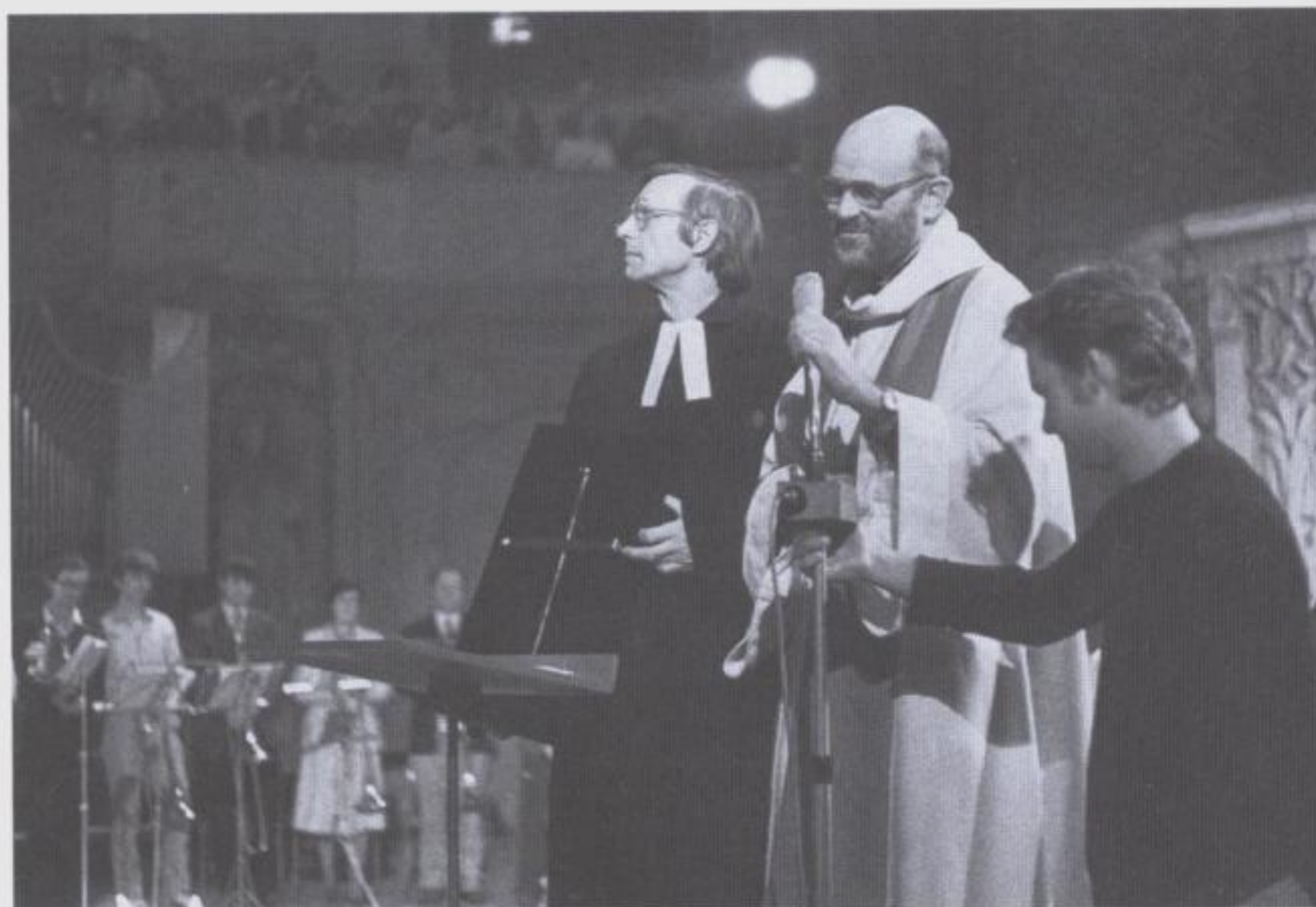
Mütter, Väter, Großeltern, aber auch Freunde suchten angstvoll nach dem Verbleib der Verhafteten. Ich wurde unwillkürlich an Berichte aus Chile nach dem Sturz Allendes erinnert. Vor allem die Mitarbeiter des Jugendpfarramtes versuchten, gemeinsam mit vielen Helfern die Gemüter zu beruhigen, Anfragen zu sammeln und versprochen, Nachforschungen in die Wege zu leiten. Die ersten größeren Proteste, eine wirkliche Öffentlichkeit wurden erst durch diese Arbeit ermöglicht. Fast stündlich änderte sich die Situation. Die Abendandachten in der Kreuzkirche, die ab Oktober regelmäßig stattfanden, wurden vor allem auch zu Informations- und Protestveranstaltungen, ohne den Andachtscharakter zu verlieren. Eine Gratwanderung, die – wie ich im nachhinein glaube – gelungen ist. In bleibender Erinnerung sind mir die musikalischen Beiträge von Kreuzorganist Christfried Winkler. Improvisationen, mit denen es ihm gelang, musikalisch all dem, was uns innerlich bewegte, auf der Orgel Ausdruck zu verleihen.

Mein fester Part bei diesen täglichen Andachten war die Auswahl und das Verlesen einer Textstelle aus den Psalmen. Biblische Texte, mehrere tausend Jahre alt, beeindruckten Christen und Nichtchristen gleichermaßen durch ihre Zeitlosigkeit, ihre Gültigkeit und durch die Aktualität, welche die Ereignisse der Wendezeit ihnen gaben. Vor und nach den Andachten bildeten sich im Kirchenraum Diskussionsrunden. Menschen, die vorher nie den Mut hatten, offen zu sprechen, Kritik am herrschenden System zu üben, bekamen plötzlich Zuversicht. Sie sprachen ihre Meinungen aus und baten die anwesenden Vertreter der Kirche, ihre Sprecher zu sein. Für manchen war es schon eine echte Hilfe, endlich einmal all das ausdrücken zu dürfen, was ihn belastete.

Wahrheiten wurden artikuliert, vieles blieb offen, vieles war hilfloses Reden, und doch machte man sich gegenseitig Mut, nicht mehr zu schweigen. Am Nachmittag und Abend des 8. Oktober eskalierten die Ereignisse. Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR, die in altgewohnter Selbstverständlichkeit von der SED und den zu diesem Zeitpunkt noch völlig hörigen Blockparteien zelebriert wurden, hatten die Anspannung der DDR-Bürger noch erhöht. Das Gerücht, es fände eine Großkundgebung auf dem Theaterplatz statt, brachte Tausende auf die Beine. Am Fetscherplatz wurde der Zug von Volkspolizei-Bereitschaftseinheiten eingekesselt und aufgelöst. Über 250 Personen wurden verhaftet.

Ein erneuter abendlicher Zug wurde von der Polizei auf der Ernst-Thälmann-Straße geteilt. Eine Gruppe erreichte den Theaterplatz, wo sie sich nach kurzer Zeit auflöste. Der andere Teil wurde auf der Prager Straße durch ein großes Aufgebot von Bereitschaftspolizei eingekesselt. Wir erfuhren dies in der Kreuzkirche durch ein Mitglied des Jugendpfarramtes.

Versöhnungs-
gottesdienst in der
Kreuzkirche im
Sommer 1987,
Christof Ziemer
und Pater Paul
Oesterreicher
Foto St. Giersch



Ziemer ließ alles für den Fall ernsthafter Auseinandersetzungen vorbereiten. Die Kirche sollte fliehenden Bürgern als Auffanghaus dienen. Es bestand die vage Hoffnung, daß die Polizei an der Schwelle der Kirche innehalten würde. Er versuchte, telefonisch Kontakt mit Oberbürgermeister Berghofer zu bekommen, um seine Vermittlung zwischen der Polizei und den Demonstranten anzubieten. Berghofer war über seine Telefonnummer nicht zu erreichen. Über das Büro von Modrow gelang schließlich ein Telefonkontakt zu Berghofer. Dieser erklärte sich bereit, Landesbischof Hempel, der zwischenzeitlich ebenfalls in der Kreuzkirche eingetroffen war, Oberlandeskirchenrat Fritz und Superintendent Ziemer zu einem sofortigen Gespräch zu empfangen.

Die drei begaben sich zum Rathaus und kehrten nach einigen Minuten zurück. Der Haupteingang war gesichert, ihnen war nicht geöffnet worden. Nach erneutem Telefonat wurden sie auf einen kleinen Seiteneingang verwiesen, durch den sie ins Rathaus und schließlich zu Berghofer gelangten. Wir, die kleine in der Kreuzkirche verbleibende Gruppe, ich erinnere mich u. a. an Frau Dr. Engelmann, Frau Jacobi und das Kirchnerpaar Sycksch, hatten in diesen Stunden sehr eigenartige Gefühle.

Es war eine Mischung aus Anspannung und Angst. Wir wußten weder, was im Rathaus noch was auf der Prager Straße geschah. Immer wieder suchten wir den Blick aus dem kleinen Fenster der Kreuzkirche, durch welches man einen Teil des großen dunklen Rathausgebäudes einsehen konnte. Die Angst, die drei im Zentrum der Macht verschwundenen Kirchenleute nicht wiederzusehen, war bei allen da. Keiner, der diese Situation miterlebt hat, wird die Eigentümlichkeit der wechselnden Gefühle an diesem Abend vergessen. Wir waren zu vollkommener Untätigkeit verurteilt. Die Unklarheit darüber, was im Rathaus geschah, ob es zu Gesprächen mit Demonstranten gekommen war, ob vielleicht gerade in diesen Minuten Gewalt ausbrach, all das, vor



An der Frauenkirche am 14. Februar 1988, Foto M. Creutziger

allein aber dieses tiefe Gefühl der Hilflosigkeit, nur warten zu können, machten diese Stunden für mich zu den schwersten des ganzen Herbstes 1989.

Als der Bischof und seine beiden Begleiter uns bei der Rückkehr mit den Worten begrüßte: »Es ist alles ohne Gewalt gegangen, die Demonstranten sind auf dem Heimweg, die Polizei zieht sich zurück«, waren wir alle wie von einer Lähmung erlöst. Wenn der Begriff nicht so abgegriffen wäre, würde ich sagen, wir glaubten, es sei ein Wunder geschehen. Es herrschte plötzlich so etwas wie gelöste Heiterkeit. Die Bedeutung dieses Tages für den weiteren Gang der Dinge in Dresden wurde uns allen erst im nachhinein klar. In diesen Minuten waren wir einfach glücklich und dankbar. Was im Rathaus besprochen wurde, wie die Ereignisse auf der Prager Straße ihren Lauf nahmen, sei hier ausgeblendet, dies ist an anderer Stelle in diesem Heft geschildert.

Mit der Gründung der Gruppe der 20 an diesem Abend kam auf die Kreuzkirche und andere Kirchen in Dresden in den Folgetagen die Aufgabe zu, regelmäßige Informationsveranstaltungen durchzuführen. Darüber wäre sicher auch noch viel zu berichten. Hier nur noch einmal etwas Grundsätzliches zur Organisationsform dieses »Widerstandes«.

Wieso funktionierte all das, ohne ein formal eingesetztes wie auch immer zustande gekommenes Zentrum? Es gab keine feste Form. Es gab etwas Wichtigeres. Es gab Bindungen, es gab Vertrauen, und es gab das Wissen um die innere Einstellung der Mitglieder des Kreuzkirchen-

kreises durch oft langjährige Zusammenarbeit bei der Vorbereitung von Veranstaltungen in Kirchgemeinden und bei den Gottesdiensten anlässlich des Gedenkens an den 13. Februar 1945.

Im Anschluß an den Gedenkgottesdienst des Jahres 1982 formierte sich erstmals der stille Marsch zur Ruine der Frauenkirche. Seit diesem Jahr wiederholten sich der Gang zur Frauenkirche und die anschließende Zusammenkunft vor der Frauenkirche von Jahr zu Jahr. Es war ein Gedenken an die Opfer, wurde von den Beteiligten aber auch als erster großer öffentlicher Protest gegen das Auftreten der Staatsmacht verstanden. Der Unmut über die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft, über den Wehrkundeunterricht, über die ständige Ablehnung eines sozialen Friedensdienstes, über die mangelnde Gesprächsbereitschaft der staatlichen Stellen zu diesen Themen, all das verband sich an diesen Abenden mit dem Gedenken an die Zerstörung der Stadt.

Das Beisammensein vor der Frauenkirche verband in zunehmendem Maße Christen und nicht konfessionell gebundene Dresdner. Die Versuche des Staates, durch eigene Veranstaltung vor der Frauenkirche diese Tradition zu unterlaufen, führten nicht zum gewünschten Ergebnis. Von Jahr zu Jahr beteiligten sich mehr Menschen am nächtlichen Weg zwischen Kreuz- und Frauenkirche. In dieser Tradition des 13. Februar 1982 liegt eine der wesentlichen Wurzeln der Kreuzkirchengruppe von '89.

In den entscheidenden Tagen dieses Herbstes lag über allen Aktivitäten eine nicht zu beschreibende Atmosphäre. Wir hatten Angst und waren mutig. Wir hielten uns manchmal vor Müdigkeit kaum auf den Beinen und waren dennoch hellwach. Wir planten kaum und fanden doch oft zu richtigen Entscheidungen. Im nachhinein glaube ich, daß die Spontanität, das Improvisationsvermögen und das situationsbezogene Eingehen auf das jeweilige Gegenüber unsere damalige Stärke ausmachten. Staatliche Organe und der Machtapparat suchten mit hartnäckiger Energie nach unseren Organisationsstrukturen, nach einer Schaltzentrale und nach gewählten Schlüsselfiguren, die es so nicht gab. Die Tatsache sich selbst organisierender Menschengruppen, deren Führungsfunktionen sich aus Vertrauen und Leistung der Einzelnen von selbst ergaben, war ihrem Denken fremd, nicht nachvollziehbar und daher nicht greifbar. Es gab nie die vermuteten festen Informationsmechanismen, sondern nur »die lose von Tag zu Tag immer selbstverständlicher werdende Information zwischen den Dresdner Kirchen und Gruppen«.

Pfarrer Bretschneider hielt die Verbindung zu Leipzig und anderen Orten und informierte darüber öffentlich in den jeweiligen Abendveranstaltungen. Jeder, der etwas zu berichten hatte, erhielt Rederecht, was für viele völlig neu war.

Die Bereitschaft, aufeinander zu hören, der Versuch, auch Andersdenkende zu verstehen, und die Einsicht, für andere dazusein, gehörten zu den wichtigsten Voraussetzungen dieses Wendeherbstes 1989. Ein Stück von jener Atmosphäre wünschte ich mir manchmal für unseren heutigen oft schwerfälligen und von manchen Mißverständnissen geprägten Nachwendealltag.

»Wir treten aus unseren Rollen heraus« – Das Staatsschauspiel Dresden in der Wende

Im Sommer '89 war die DDR in eine extreme innenpolitische Krise geraten. Offene Briefe, Aufrufe und die Gründung der ersten Bürgerbewegungen artikulierten seit Anfang September das Unbehagen über die gesellschaftliche Stagnation und das Abschotten der Staatsführung gegen die Perestroika. Von den überaus zahlreichen Resolutionen sollte die des Ensembles des Staatsschauspiels Dresden eine nicht vorhersehbare Verbreitung und Bedeutung erlangen.

Daß sie buchstäblich von Hand zu Hand, von Institution zu Institution ging und auch im Deutschlandfunk verlesen wurde, war wohl einerseits ihrem Titel geschuldet. Der Begriff »Rolle« konnte auch im Sinne von gesellschaftlichem Rollenspiel verstanden werden. Andererseits formulierte die Resolution die brennenden Probleme und Forderungen ohne Umschweife so prägnant, daß sie, Geboten gleich, im Gedächtnis haftenblieben.

Drei Stücke

In einer Dramaturgiesitzung, in der Neuinszenierungen für die Spielzeit 1988/89 diskutiert wurden, stand das 200jährige Jubiläum der Französischen Revolution von 1789 zur Debatte. Obwohl sich das Staatsschauspiel nur selten staatlichen Forderungen beugte, einen Jubiläumsspielplan zu konstruieren, wurden verschiedene Stücke geprüft, um dieses nicht nur für die Geschichte Frankreichs so folgenschwere Ereignis angemessen zu würdigen. Doch selbst Friedrich Wolfs »Beaumarchais« hielt dem Anspruch nicht stand. Das Thema Jubiläum wurde beiseite gelegt, andere Stücke gesucht.

Drei Stücke sollten dennoch in ganz eigenständiger Weise die Revolution von 1789 würdigen und die Historie in die Gegenwart, wenn man will, auf die Straße transportieren. Ihre Existenz im Repertoire gerade zu dieser Zeit verdanken sie mehreren Faktoren. Die überregionale Presse, zunehmend auch die West-Presse, hatte bereits in den 80er Jahren, nachdem Intendant Gerhard Wolfram vom Deutschen Theater Berlin nach Dresden »strafversetzt« wurde – zuvor war Horst Schönemann vom gleichen Theater nach Dresden gekommen und hatte Wolfgang Engel nachgeholt –, die Aufführungen im Staatsschauspiel mit Aufmerksamkeit verfolgt und kritisch begleitet. Rezensionen im Deutschlandfunk und in »Theater heute« waren nun keine Seltenheit mehr. Zudem machten in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auch Gastspiele das Dresdner Ensemble in der Bundesrepublik immer mehr bekannt. Die Presse und das Publikum feierten Inszenierungen wie Carlo Goldonis »La Guerra« (Der Krieg), Heinar Kipphardts »Bruder Eich-

mann«, Heiner Müllers »Die Umsiedlerin«, Friedrich Hebbels »Die Nibelungen« überschwenglich. Ein Kritiker, nach bemerkenswertem DDR-Theater befragt, antwortete, man müsse da nach Ost-Berlin fahren, keinesfalls dürfe man jedoch das Staatsschauspiel Dresden außer acht lassen.

Diese Aufmerksamkeit der Westmedien und der Bekanntheitsgrad des Dresdner Ensembles wiederum hatten zur Folge, daß dem Staatsschauspiel nicht mehr so leicht die Aufführung eines Stückes verwehrt werden konnte. Aber letztlich war es vor allem der umsichtigen Theaterpolitik von Gerhard Wolfram zu danken, der seinen Spielraum genau einzuschätzen wußte, Schritt für Schritt das Mögliche forderte und nicht vorzeitig über die Stränge schlug. Anders hätten die drei Stücke wohl nie das Licht der Bühne erblickt. Drei Stücke von Gegenwartsautoren, die in der DDR lebten; drei Stücke, die in unmittelbarer Folge auf die Bühne kamen; von denen zwei Uraufführungen waren: Volker Braun »Die Übergangsgesellschaft« (Premiere am 14. Oktober 1988) in der Regie von Irmgard Lange, Werner Buhss »Nina, Nina, tam Kartina ...« (Uraufführung am 19. November 1988) in der Regie von Horst Schönemann, nach Daniel Granins Roman »Das Gemälde«, und Christoph Heins »Die Ritter der Tafelrunde« (Uraufführung am 12. April 1989) in der Regie von Klaus Dieter Kirst.

Besonders bemerkenswert im nachhinein erscheint, daß weder Antike noch Klassik bemüht werden mußten, um das unmittelbare Zeitgeschehen aufzuzeigen und auf die Bühne zu stellen.

Horst Schönemann plante ursprünglich Bertolt Brechts »Schweyk im II. Weltkrieg« zu inszenieren, doch während der konzeptionellen Vorbereitungsphase stolperte das Regieteam über die vielen Klischees und eine nicht zu beseitigende Didaktik. Ein anderes Stück wurde gesucht. Gefunden wurde das bereits 1985 entstandene Stück von Werner Buhss »Nina, Nina, Tam Kartina ...«. Der Titel – bekannt uns allen, die sich in der Grundschule mehr oder weniger erfolgreich mit der russischen Sprache herumplagten und als ersten Reim zu lernen hatten : »Nina, Nina, Tam Kartina, Eto Traktor i Motor« – könnte beim Publikum auf Ablehnung stoßen, war unser Bedenken. Nach den verschiedensten Titelvorschlägen blieben wir beim originalen und hofften, das Publikum denkt weniger an die Besatzer und mehr an Perestroika und an Glasnost. Erst die vierte, fünfte Vorstellung sollte dieser Überzeugung rechtgeben.

Eine Kritik im Deutschlandfunk (17. Dezember 1988) nannte das Stück beim Namen: ein Perestroika-Stück. Die Aufführung wie auch das Publikum hatten es dem Kritiker Heinz Klunker angetan, da es »mit geradezu provozierender Wachheit die Vorgänge auf der Bühne mit den Mustern eigener Erfahrung in Deckung bringt. Der gezielte Beifall und das gedämpfte Vergnügen überschreiten nicht die Grenze zur Schadenfreude, denn die ginge auf eigene Kosten«.

Der Kritiker reiste nach Dresden, um sich auch Brauns »Übergangsgesellschaft« anzusehen, faßte beide zusammen, verglich und benannte Gemeinsamkeiten. Sein Interesse galt auch hier besonders dem Publikum, wenn er über das Verhältnis zwischen Theatermachern und Publikum schrieb: »Da findet im Dresdner Kleinen Haus ein Stück spannender Theaterpsychologie statt: Wie sich bereits bei Christoph Heins »Passage« beobachten ließ, löst sich die sonst natürliche Trennung zwischen Bühne und Parkett auf. Die Zuschauer erkennen, daß sich da Figuren

auf der Szene stellvertretend auf ihre alltägliche Misere einlassen und dabei ehrlicher sein dürfen als sie selbst. Diese Theaterosmose unter politisch-ideologischem Horizont schafft eine Atmosphäre des Vertrauens und bei aller Radikalität der Inszenierung einen Hauch Hoffnung in der DDR-Übergangsgesellschaft, die hier ganz entschieden von den Frauen ausgeht. (...) Das Publikum, kein Gegenüber des Spiels, sondern Teil einer gleichsam Verschönerung zum Zwecke des Klar-Werdens über sich selbst und des Durchsichtig-Machens der herrschenden Verhältnisse, ist wie benommen, der Beifall löst eine Art Erstarrung, signalisiert nicht nur emotionales Einverständnis, sondern im Füßescharren auch Widerstandslust. Man hätte sich kaum gewundert, wenn das solche Intensität bewirkende Ensemble seinem klugen Publikum Blumen überreicht hätte. Glasnost-Theater im sächsischen Dresden, ohne Taktik und Verstellung.«

Im Oktober 1988 übergab Christoph Hein sein Stück »Die Ritter der Tafelrunde« dem Staatsschauspiel und dem Regisseur Klaus Dieter Kirst, nachdem dieser zuvor sein Stück »Passage« herausbrachte, mit der Genehmigung zur Uraufführung. Die Leitung des Staatsschauspiels beschließt den 24. März 1989 als den Tag der Premiere. Das für DDR-Erstaufführungen und Uraufführungen unumgängliche Genehmigungsverfahren wird – über den Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur, an das Ministerium für Kultur der DDR – eingeleitet. Die Verantwortlichen in Dresden haben Bedenken, daß die Zuschauer des Staatsschauspiels »Politisch noch nicht reif« für »Die Ritter der Tafelrunde« seien. Trotz der fehlenden Genehmigung zur Uraufführung entscheidet die Leitung, mit den Proben zu beginnen.

Das Spielensemble arbeitet also wissentlich an einem Stück, dessen Premiere nicht gesichert ist. Mitte März entscheidet ein Gremium aus Vertretern von staatlichen und Partei-Leitungen der Stadt und des Bezirkes Dresden und Vertretern des Ministeriums für Kultur der DDR, des Schriftsteller- und des Theaterverbandes nach dem Besuch eines Probendurchlaufs über die weitere Verfahrensweise: vier Voraufführungen, um die Reaktion der Zuschauer zu testen – verbunden mit der Auflage verschiedener Striche. Die Voraufführung am 24. März wurde vom Publikum so triumphal aufgenommen, daß sich das Ensemble, Regisseur und Bühnenbildnerin – entgegen den Gepflogenheiten am Theater, die das Verbeugen vor dem Publikum vor der offiziellen Premiere nicht vorsieht – zur Entgegennahme des Applauses hinreißen ließen und die Bühne betraten.

Gerhard Wolfram wollte so eine Demonstration nicht, verstand sie aber und tolerierte sie, wie er auch in anderen Situationen, in denen Kollegen mit der SED kollidierten, sich ausnahmslos hinter diese stellte.

Die Reaktionen auch während der drei weiteren Voraufführungen machten ein Verbot der Aufführung unmöglich.

»Die Ritter der Tafelrunde« überlebte die Wende wie kein anderes Stück und zählte zu seiner letzten Vorstellung im Juli 1998 hundert Aufführungen.

Der Frühsommer 1989 brachte politisch bittere Enttäuschungen. Die Wahlmanipulation vom Mai war offensichtlich. Egon Krenz' Verteidigung des Blutbades auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking war ein aggressives Signal. Das waren die Themen, mit denen das Staatsschauspiel in die Sommerpause ging.



»Die Ritter der Tafelrunde« in der Inszenierung von Klaus Dieter Kirst, Foto H. L. Böhme

Die Resolution

Die Sommerpause war vorüber, das Schauspielhaus war wegen Renovierung geschlossen. Der Spielbetrieb konzentrierte sich notgedrungen auf das Kleine Haus in der Neustadt. Wolfgang Engel probte Goethes »Faust I. und II.« Die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR liefen auf Hochtouren, aber das interessierte kaum jemanden. Die Massenflucht über die geöffnete ungarisch-österreichische Grenze, die Besetzung der BRD-Botschaft in Prag wurden diskutiert. Die unterschiedliche Berichterstattung und insbesondere die Wortakrobatik der Medien vor Ort über diese Ereignisse brachten die Gemüter in Wallung. Und der Jahrestag rückte näher.

Am 4. Oktober, einem Mittwoch, stand »Nina, Nina, Tam Kartina ...« auf dem Spielplan. Zu Beginn der Vorstellung reichte ein Kollege eine Resolution der Rockmusiker herum. Der Aufruf, von dem man schon wußte, beeindruckte. In der Pause versammelte sich das Spielensemble in der größten Garderobe. Dicht gedrängt wurde die Resolution allen Kollegen verlesen, und es wurde beraten, in welcher Form man sie dem Publikum zur Kenntnis geben könnte. Die Zeit drängte, der Inspizient gab minutenweise das Ende der Pause an. Es war beschlossen, die Resolution nach der Vorstellung zu verlesen. Nicht nur das unmittelbare Ensemble, auch andere Kollegen, die an diesem Abend spielfrei hatten, und Techniker traten nach der Vorstellung gemein-

Wir treten aus unseren Rollen heraus.

Die Situation in unserem Land zwingt uns dazu.

Ein Land, das seine Jugend nicht halten kann, gefährdet seine Zukunft.

Eine Staatsführung, die mit ihrem Volk nicht spricht, ist unglaubwürdig.

Eine Parteiführung, die ihre Prinzipien nicht mehr auf Brauchbarkeit untersucht, ist zum Untergang verurteilt.

Ein Volk, das zur Sprachlosigkeit gezwungen wurde, fängt an, gewalttätig zu werden.

Die Wahrheit muß an den Tag.

Unsere Arbeit steckt in diesem Land. Wir lassen uns das Land nicht kaputt machen.

Wir nutzen unsere Tribüne, um zu fordern:

1. Wir haben ein Recht auf Information.
2. Wir haben ein Recht auf Dialog.
3. Wir haben ein Recht auf selbständiges Denken und auf Kreativität.
4. Wir haben ein Recht auf Pluralismus im Denken.
5. Wir haben ein Recht auf Widerspruch.
6. Wir haben ein Recht auf Reisefreiheit.
7. Wir haben ein Recht, unsere staatlichen Leitungen zu überprüfen.
8. Wir haben ein Recht, neu zu denken.
9. Wir haben ein Recht, uns einzumischen.

Wir nutzen unsere Tribüne, um unsere Pflichten zu benennen:

1. Wir haben die Pflicht, zu verlangen, daß Lüge und Schönfärberei aus unseren Medien verschwinden.
2. Wir haben die Pflicht, den Dialog zwischen Volk und Partei- und Staatsführung zu erzwingen.
3. Wir haben die Pflicht, von unserem Staatsapparat und von uns zu verlangen, den Dialog gewaltlos zu führen.
4. Wir haben die Pflicht, das Wort Sozialismus so zu definieren, daß dieser Begriff wieder ein annehmbares Lebensideal für unser Volk wird.
5. Wir haben die Pflicht, von unserer Staats- und Parteiführung zu verlangen, das Vertrauen zur Bevölkerung wiederherzustellen.

Die Resolution in der ersten Fassung



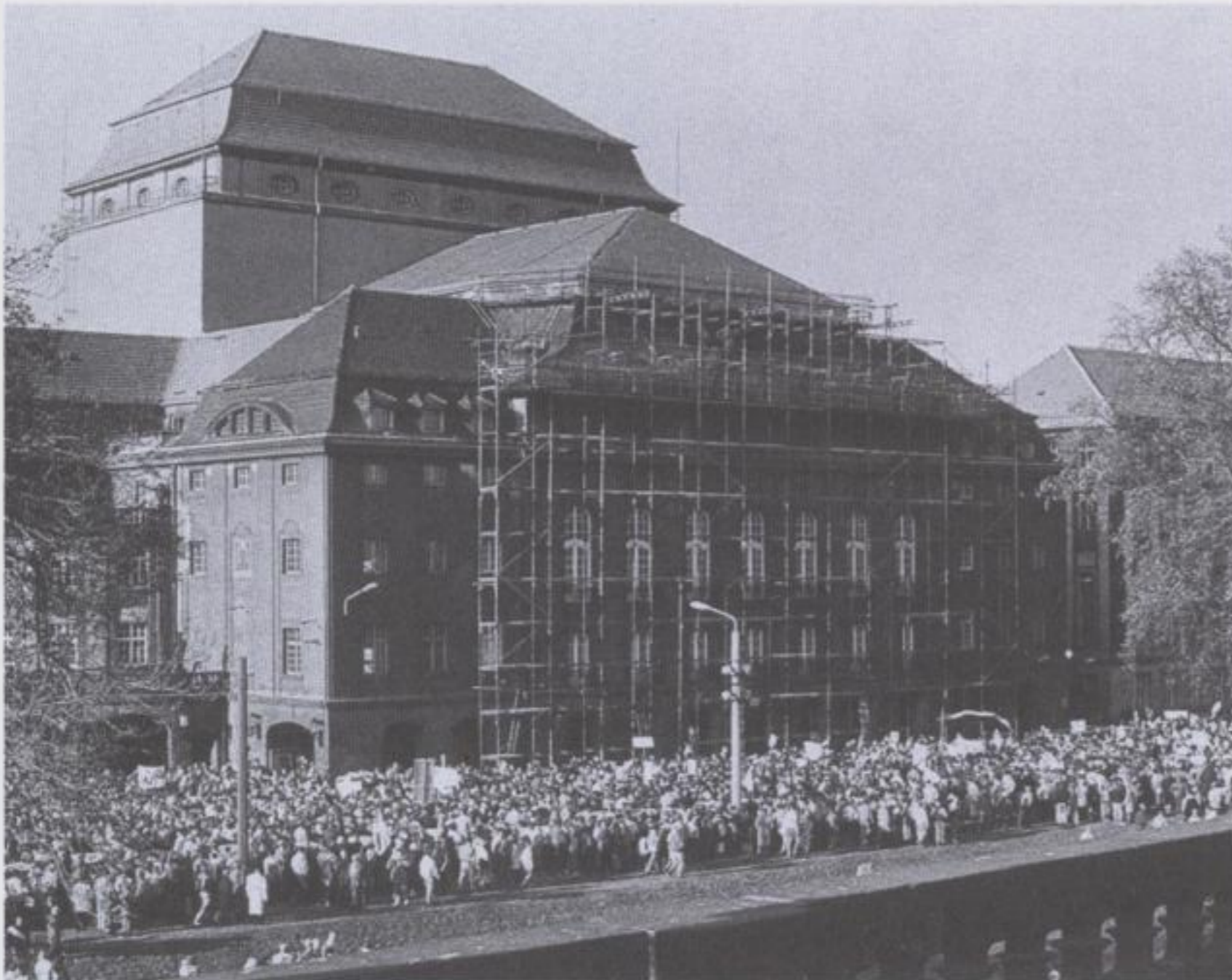
Das Ensemble des Staatsschauspiels nach dem Verlesen der Resolution am 6. Oktober, Foto H. L. Böhme

sam auf die Bühne. Die Resolution der Rocker wurde vorgetragen. Die Wirkung ist schwer beschreibbar. Das Publikum spendete stehend nichtendenwollenden Beifall. Die Kollegen waren sich einig, daß man dies wiederholen müsse, nach jeder Vorstellung.

Am darauffolgenden Tag wurde eine Belegschaftsversammlung auf der Probebühne III, im Hinterhof des Intendantengebäudes auf der Julian-Grimau-Allee 27 (heute Ostra-Allee) einberufen. Eine eigene Resolution sollte formuliert werden. Die Diskussion verlief bis in die Abendstunden. Sie endete mit dem Beschluß, daß ein Redaktionsbeirat die Themen, Thesen und Probleme zu einem Ganzen zusammenfügen sollte.

Am Freitagmorgen, dem 6. Oktober, versammelte sich die Belegschaft am gleichen Ort, um über das in nächtlicher Arbeit formulierte Schriftstück abzustimmen. Die Resolution wurde am Abend im Kleinen Haus nach der Vorstellung von Woody Allens »Spiel's noch mal, Sam« erstmals verlesen. Die Reaktionen des Publikums wiederholten sich. Man spendete stehend Applaus, mit Tränen in den Augen oder sich umarmend. Ein unglaublicher Eindruck. Nur wenige Zuschauer verließen in diesem Augenblick das Theater.

Um den sich überstürzenden Zeitereignissen Rechnung zu tragen, wurde die Resolution in den nächsten vierzehn Tagen dreimal umformuliert und in veränderter Fassung vorgetragen. Die Kühnheit und die Prägnanz der ersten erreichten diese revidierten Fassungen nicht, und so griff man wieder zu der ursprünglichen.



Die Künstler-Demo beginnt (19. November 1989)

Foto H. L. Böhme

Abbildung rechts: An der Spitze des Demonstrationszuges

Foto H. L. Böhme

Beeindruckend für das Staatsschauspiel war die Würdigung der Resolution durch ein Telegramm vom Wiener Burgtheater, das die Sympathie für die politische Haltung des Ensembles in dieser Situation würdigte, unterschrieben u. a. von Paula Wessely, Paul Hoffmann, Klaus Maria Brandauer, Susi Nicoletti, Ignaz Kirchner, Ulrich Wildgruber und Claus Peymann.

Das Gastspiel vom 7. Oktober

Am eigentlichen Jubiläumstag der DDR fuhr ein Teil des Ensembles mit »Nina, Nina, Tam Karina ...« zum Gastspiel nach Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz), die eigene Resolution in der Tasche. Doch das Dresdner Ensemble war Gast und hatte die Wünsche des Gastgebers zu respektieren. Nur mit deren Einverständnis hätte die Resolution verlesen werden dürfen. Es wurde eine Resolution vorgetragen, die das Karl-Marx-Städter Ensemble formuliert hatte, das dann gemeinsam mit den Dresdner Kollegen nach Vorstellungsende die Bühne betrat.

Die Stimmung im Publikum spiegelt ein Brief wider, der tags darauf an der Pforte des Schauspielhauses abgegeben wurde: »Liebe Kollegen und Kolleginnen des Schauspielhauses Karl-Marx-Stadt! Mit großer Freude habe ich gestern die Verlesung Ihrer Protestresolution nach dem Dresdner Gastspiel miterlebt. Beides war für mich die wahre Würdigung des 40. Jahrestages unserer Deutschen Demokratischen Republik. Mit heißem Herzen schließe ich mich Ihrer Resolution an. Sie hilft mir, den Glauben an einen Sinn meiner mehr als 40jährigen Arbeit für eine glückliche, sozialistische Zukunft wiederzufinden. Mit den besten Wünschen für Ihre weitere erfolgreiche Arbeit auf diesem Weg, 8. Oktober 1989 (Unterschrift, Absender)«



Die zweite Aufführung wurde mit Spannung erwartet. Die SED-Kreisleitung verbot dem Karl-Marx-Städter Ensemble, ihre Resolution vorzulesen. Karl-Marx-Stadt war eben nicht Dresden. Beide Ensembles verständigten sich darüber, wie diese Anweisung zu unterlaufen wäre. Die einleuchtende Idee kam von den Gastgebern: Wenn wir nicht lesen dürfen, so heißt das nicht, daß ihr nicht dürft. Am 8. Oktober verlasen die Dresdner die Resolution der Gastgeber.

Die Demonstration am 19. November

Auf der Beratung der Gewerkschaftsvertreter der Berliner Theater am 15. Oktober 1989, an der auch eine Delegation des Staatsschauspiels Dresden teilnahm, wurde vorgeschlagen, in allen Bezirksstädten der Republik und Berlin am 19. November eigene Demonstrationen durchzuführen.

Am Staatsschauspiel Dresden setzte sich eine Gruppe von Gewerkschaftsvertretern zusammen, um diese Demonstration der Kunst- und Kulturschaffenden auch in Dresden vorzubereiten. Es mußte umgehend ein Antrag auf behördliche Genehmigung gestellt werden. Die Zeit war bemessen, da eine Demonstration vierzehn Tage vorher angemeldet werden muß – bei Absperrmaßnahmen durch die Polizei vier Wochen zuvor. Letzteres war zu erwarten, da die mittlerweile regulär gewordenen Montagsdemonstrationen Zehntausende zählten.

Keiner von uns hatte je zuvor eine Demonstration angemeldet. So kurz der Antrag letztlich ausfiel, es war intensive Arbeit nötig, um in den verbleibenden vier Tagen den Text behördengerecht zu erstellen.

Noch bevor die Presse am 9. November von der geplanten Demonstration unterrichtet wurde, läutete in der Dramaturgie des Staatsschauspiels von früh bis abends das Telefon. Von Privatpersonen bis zu Betriebskollektiven gingen Anfragen ein, ob das denn stimmen würde, was man gehört habe; ob man sich beteiligen dürfe und womit; ob man bei der Abschlußkundgebung auf dem Theaterplatz sprechen könne usw. usf.

Den Organisatoren der Demonstration erschwerten zwei Ereignisse die Arbeit, und mitten in der Vorbereitung wurde die Frage aufgeworfen, ob das Vorhaben überhaupt noch sinnvoll wäre. Das erste Ereignis war die Demonstration am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz. Es ist bis heute unverständlich, warum die Berliner Theater sich nicht an den Beschluß vom 15. Oktober hielten und ihre Demonstration ohne Absprache mit den anderen Theatern an einem früheren Termin durchführten. Das zweite Ereignis war der Fall der Mauer am 9. November. Die Züge waren seit diesem Datum übervoll und die Autobahnen durch kilometerlange Staus überlastet. Wer würde an dem 19. November überhaupt noch bei einer Demonstration dabei sein wollen?

Eine komplizierte Arbeit war das Aufstellen der Rednerliste. Von jeder kulturellen Einrichtung sollte ein Vertreter sprechen. Man wußte schon, wen man ansprechen könne und wen nicht. Aber einer großen Zahl der Bewerber für die Tribüne mußte abgesagt werden. Verstimmungen bis hin zu einem massiven Protest, das alles mußten die Organisatoren über sich ergehen lassen. Die von uns ausgewählten gaben ausnahmslos ihre Zustimmung: u. a. Rolf Wollrad von der Semperoper, der Schriftsteller Ingo Zimmermann, Ludwig Güttler, die Journalistin von der UNION Uta Dittmann, Superintendent Christof Ziemer, der Schauspieler Friedrich-Wilhelm Junge, der Schauspieler vom Staatsschauspiel Thomas Förster. Vom Staatsschauspiel Dresden eröffnete Chefregisseur Horst Schönemann die Kundgebung. Mit Gunther Emmerlich konnte ein Moderator gefunden werden, der auch dem Heiteren seinen Platz gab.

Am Sonntag, dem 19. November, ein strahlendblauer Himmel begleitete die Demonstration, waren alle Befürchtungen verflüchtigt und alle Erwartungen übertroffen. An die hunderttausend Teilnehmer wurden gezählt, unter ihnen ein großer Teil von den fünftausend Kunst- und Kulturschaffenden, die dieser Demonstration ihre Legitimation erteilten.

Die Situation im Land änderte sich von Tag zu Tag. Aus der Losung »Wir sind das Volk« wurde »Wir sind ein Volk«. Damit waren im Grunde die Weichen für die Zukunft gestellt. Alles suchte Orientierung, und verständlicherweise jeder, auch das Dresdner Staatsschauspiel, seinen neuen Platz, und wer wußte schon, welcher das einmal sein würde. Die Zeit politischer Präsenz des Theaters war vorerst vorbei. Man sollte dem Verlust nicht nachtrauern, obwohl immer wieder, so wie hier, ein Erinnern gerechtfertigt sein wird.

Für Auskünfte zur Aufführung »Die Ritter der Tafelrunde« danke ich der Dramaturgin Karla Kochta.

ANDREAS RICHTER

Die Demokratisierung der Presse – das Beispiel UNION

Die Presselandschaft

Im Jahre 1989 gab es in der DDR 39 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 9,8 Millionen Exemplaren. Allein 17 dieser Zeitungen waren direkte Organe der SED. Zusammen mit den Zeitungen der sogenannten Massenorganisationen beanspruchten sie rund 6,3 Millionen der Gesamtauflage. Den Rest hatten sich die sechs Zeitungen der NDPD, fünf Zeitungen der LDPD und sechs Zeitungen der CDU zu teilen, die eine zentrale Zeitung und fünf regionale Zeitungen herausgab. Eine dieser regionalen Zeitungen war die Tageszeitung »Die Union« mit ihren kleinen Ablegern in Chemnitz (als Union) sowie in Cottbus, Potsdam und Frankfurt/Oder (als Märkische Union). Die Auflage, begrenzt durch die vom Staat zugeteilte Papiermenge, betrug rund 65 000 Exemplare. Rund 4000 Exemplare entfielen dabei auf die Märkische Union. Bestimmend für die Auflage war also die Dresdner Ausgabe der Union, die mit dem 46. Jahrgang am 1. Dezember 1991 ihr Erscheinen einstellte. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Auflage rund 44 000 Exemplare.¹⁾

Der erste Schritt

Demokratisierung der Presse konnte im letzten Jahr der DDR nur heißen, den Einstieg in die Pressefreiheit und in die Freiheit der Berichterstattung zu versuchen, und zwar aus der Überzeugung vom Recht der Bürger, wahrheitsgemäß über die Wirklichkeit informiert zu werden, sowie die eigene Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern und verbreiten zu können.

Der Wechsel von der Verbreitung befohlener Agitation zu wahrheitsgetreuer Information belegen die Ausgaben der Union vom 9. und 10. Oktober 1989 in markanter Weise. Es ging dabei um die Darstellung und Bewertung der Ereignisse seit der Nacht vom 3. zum 4. Oktober, in der es zu ersten schockierenden Auseinandersetzungen am Dresdner Hauptbahnhof gekommen war. Am Sonntag, dem 8. Oktober, dem Tag also, an dem sich am Abend auf der Prager Straße die Gruppe der 20 gebildet hatte, wurde den Tageszeitungen in Dresden eine gemeinsame Mitteilung über die Bewertung dieser Ereignisse zum Abdruck ins Haus gebracht. Unter der irreführenden Überschrift »Dialog mit allen führen zur Lösung der Probleme« erscheint der von den Chefredakteuren der Dresdner Zeitungen gemeinsam verfaßte Artikel in der Ausgabe vom 9. Oktober. Darin werden »größeren Gruppen junger Menschen« rowdyhafte, staatsfeind-



Anfang November 1989: Gespräch zwischen UNION-Redakteuren und Offiziersschülern der Bereitschaftspolizei, die vom 4. bis 8. Oktober im Einsatz waren, Foto M. Günther

liche und verfassungswidrige Aktionen angelastet. In gewohnter Denkart schreibt man die »Zusammenrottungen« dem Einfluß westlicher Medien zu, deren »zügellose Hetz- und Verleumdungskampagne einen bestimmten Teil unserer Bürger, nicht zuletzt auch Jugendliche« aufgeputscht habe. Der Artikel endet mit dem hilflosen Appell, daß »unser aller Antwort auf die antisozialistischen Ausfälle des Gegners« die gewissenhafte und engagierte Arbeit in allen Bereichen sei.

Am Abend dieses Tages, also des 9. Oktober, versammelten sich tausende Dresdner in der Kreuzkirche, der Kathedrale, der Striesener Versöhnungskirche und der Strehleiner Christuskirche zu Informationsveranstaltungen über die Ereignisse der vergangenen beiden Tage. Als man in der Kreuzkirche bekanntgibt, daß die Union eine die Ereignisse der letzten Tage wahrheitsgemäß schildernde Darstellung bringen werde, gibt es starken Beifall. So überraschend öffentlich und demonstrativ war das Vertrauen in diese Zeitung noch nie bekundet worden. In der Ausgabe vom 10. Oktober erschien dann der Artikel »Es ist möglich miteinander zu reden«, dessen tiefe Wirkung auf die Leser und die Stadt nur im Kontext der Ereignisse, besonders mit Blick auf die verlogene Darstellung in der vorangegangenen Ausgabe zu verstehen ist und heute kaum noch nachvollzogen werden kann. Der wichtigste Satz ist der erste: »Die Informationen über die Ereignisse der letzten Tage und Nächte in Dresdens Innenstadt, die auch unsere Zeitung gestern veröffentlicht hat, war einseitig und vermittelt ein falsches Bild.« Solches Eingeständnis hatte es in der DDR-Presse noch nie gegeben.

Dieser Satz war der entscheidende erste Schritt von der Ablehnung offizieller falscher, manipulierter, einseitiger Verlautbarungen hin zu eigener wahrheitsgetreuer Darstellung. Er signalisierte den Lesern die Möglichkeit kommender Pressefreiheit und gesellschaftlicher Veränderungen und wurde als Wendepunkt künftiger Berichterstattung verstanden.

Dieser Artikel war von der Leiterin der Kulturabteilung, Uta Dittmann, verfaßt und über nachdrückliche Forderung an den damaligen Chefredakteur, der erfolglos auf eine versprochene offizielle Erklärung aus dem Dresdner Rathaus zu den Ereignissen auf der Prager Straße am 8. Oktober wartete, veröffentlicht worden. Er konnte sich nur noch bei der Zugabe einer offiziellen Meldung am Ende des Artikels durchsetzen, in der von »gewalttätigen Ausschreitungen am Fetscherplatz« berichtet wird.²⁾

Die Redaktion der Union streifte nun langsam, tastend, suchend, streitend und leider nie gemeinsam die Zwangsjacke verordneter Berichterstattung ab.

Von der Vision zur Forderung

Die Vorstellung einer unabhängigen, allein dem Wahrheitsgehalt von Informationen und einer ausgewogenen Wiedergabe von Meinungen verpflichteten Presse war in Teilen der Redaktion stets vorhanden gewesen. Im Gegensatz zu anderen Zeitungen konnte sich die Redaktion natürlich immer auf das im Parteinamen für christlich stehende »C« berufen, das vor allem die Möglichkeit bot, intensiv und kontinuierlich das religiöse und kirchliche Leben in der DDR zu reflektieren. Damit war die Zeitung permanent in einen gesellschaftlichen Bereich eingebunden, in dem sich frühzeitig politische Gewitterstimmung zeigte. Vor allem diese Spezifika, die allseits anerkannte qualitätvolle Berichterstattung über Kultur und Kunst und die in den letzten Jahren des Bestehens umfangreiche Widerspiegelung von Umweltthemen, konnte zu den Lesern eine intensive geistesverwandte Bindung entstehen lassen, die sich in der Umbruchzeit 1989/90 in einem nicht für möglich gehaltenen Vertrauensbeweis in der Öffentlichkeit zeigte.

Die Union war nie ein dogmatisches Parteiblatt gewesen. Seit ihrer Gründung bewahrte sie in nobler Weise deutlich Züge bürgerlichen Bildungsanspruchs, besonders auf den Kulturseiten, in der beliebten, oft unkonventionelle Themen anstoßenden Wochenend-Beilage »Weg und Zeit«, in den erweiterten Ausgaben zu den christlichen Jahresfesten und auf der Kirchenseite »Christ und Welt«. Mit seinen Beiträgen zur bildenden Kunst prägte über Jahrzehnte der bekannte Kunsthistoriker Fritz Löffler die kritische Auseinandersetzung des Blattes mit den Künsten, in dessen Intentionen sich auch Ingrid Wentzkat als weiterführende Kritikerin stellte. Die stark be-

Für Kulturerhalt im Alltag

Die zeitweilige Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der Stadtverordnetenversammlung fordert alle Dresdner und mit der Stadt Verbundene auf, schriftlich mitzuteilen, wo und in welchen Einrichtungen und Betrieben die Mittel für Kultur gestrichen oder die bisher für Kultur genutzten Mittel anderen Zwecken zugeführt wurden, wo Kulturgut mißachtet, verschleudert oder falschen Händen zugeführt wurde – Kultur also nicht mehr zum selbstverständlichen Alltag gehört; wo andererseits Möglichkeiten und Kapazitäten zu finden sind, kulturelle Einrichtungen der Stadt und der Stadtbezirke zu beleben.

Die Hinweise sind bitte zu richten an die Abteilung Kultur beim Rat der Stadt Dresden, Dr.-Külz-Ring 19, Dresden, 8010, und möglichst kurz zu fassen.

Aus: Die Union, 5. Dezember 1989

Im Verdachtsfall an VP wenden

Bürger des Bezirks, die sich mit dem Verdacht auf einen Fall von Amtsmissbrauch oder ähnlicher Vergehen an die Deutsche Volkspolizei wenden wollen, können dies sofort unter der Tel.-Nr. 5 94 05 77 der BDVP Dresden tun.

Mitteilung zu Druckgenehmigungen

Durch eine Entscheidung des Stadtrates für Kultur, Joachim Sacher, entfallen für alle Betriebe und Einrichtungen der Stadt Dresden mit sofortiger Wirkung bisherige zum Teil umfangreiche Genehmigungsverfahren für über 30 Druckerzeugnisse. Diese Erzeugnisse werden in allen Druckereien und Vervielfältigungsbetrieben eigenverantwortlich angenommen und hergestellt. Für weitere Druckerzeugnisse werden ab sofort generelle Druckgenehmigungen erteilt. Nicht betroffen sind Vordrucke. Sie sind nach wie vor bei den jeweiligen Verlagen zu beantragen.

Aus: Die Union, 6. Dezember 1989

Aus: Die Union, 7. Dezember 1989

mann Grunert die Details zu den Ereignissen wie zum Alltag in der Redaktion aufgeschrieben oder auf Tonband sprachen.

Doch auch dieser Apparat konnte die kritische Reflexion der Wirklichkeit des anderen Teils der Redaktion nicht verhindern. So stieß die Atmosphäre in der Sowjetunion in den Jahren von Glasnost und Perestroika seit 1985 auf heftiges zustimmendes Interesse wie überall im Land.

Das Signal für das Ende relativer Ruhe setzte im Arbeits- und Erfahrungsbereich der Union-Redaktion der »Brief aus Weimar«³⁾, der am 10. September 1989 von vier »haupt- oder ehrenamtlichen Mitarbeitern der Kirche, die der CDU angehören« und an die »Mitglieder und Vorstände der Christlich-Demokratischen Union« gerichtet war. Dieser noch ganz auf die Reform der DDR gezielte Brief sprach in 30 Punkten die aktuellen wunden Punkte des Landes an: von der Ausreisewelle über die Mündigkeit des Bürgers, der öffentlichen Meinungsbildung bis hin

achteten Kritiken von Uta Dittmann holten rigoros die gesellschaftlichen Zustände der DDR in die Reflexionen über Angebote der darstellenden Kunst, besonders die der Dresdner Theater. Die hier begrenzt angeführte Auswahl von markanten Punkten im inhaltlichen Angebot der Zeitung weit vor dem Umbruch von 1989 soll den permanenten Versuch der Redaktion verdeutlichen, sich gegen die formalen ideologischen Forderungen an die DDR-Presse zu stellen. Die Leser verstanden, was gemeint war.

Die direkte politische Überwachung spiegelte sich u. a. im sofortigen Hausverbot eines Redaktionsmitgliedes mit späterer Kündigung Ende Dezember 1981 wider, der die Verhängung des Kriegsrechtes über Polen durch General Jaruzelski als die wahre Konterrevolution bezeichnet hatte. Solche kritische Sicht von Zeitereignissen provozierte eine harte Ahndung ganz im Stile eines allmächtigen Zuchtmeisters.

In der Zeit der nachfolgenden innerredaktionellen Auseinandersetzungen wurde deutlich, wie intensiv die direkte Zusammenarbeit einiger Mitglieder der Redaktions- und Verlagsleitung mit der Staatssicherheit gewesen sein muß, flankiert von einem (gewiß sehr kleinen) Netz inoffizieller Mitarbeiter in der Redaktion, die bereitwillig einem Haupt-

„DIE UNION“ – freie Meinungsbildung – freie Information – Sie können uns wieder bestellen

DIE UNION

TAGESZEITUNG DER CDU IN DEN BEZIRKEN DRESDEN UND KARL-MARX-STADT

45. JAHRGANG – NR. 10

FREITAG, 12. JANUAR 1990

20 PFENNIG

Titelzeile 12. Januar 1990

zur ehrlichen Erörterung der wirtschaftlichen Lage. Sein Einsatz für »die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Redaktionen« traf den Nerv der Zustände in der CDU-Presse. Dieser Brief wurde nun vor allem zur Plattform des eigenen Handelns eines Teils der Redaktion, in der mit den verschiedenen Vorstellungen über die weitere Arbeit die Zeit der Zerreißproben begann. Jedoch erreichte die Redaktionsleitung noch, daß der Weimarer Brief erst am 27. Oktober veröffentlicht werden konnte, in einer Zeit also, in der es bereits nützlich erschien, sich auf die Zukunft vorzubereiten. In der Zwischenzeit hatte es einen Brief nach Berlin und eine Beratung mit Vertretern aus Berlin in Dresden gegeben. Der Brief war von der Leiterin der Kulturabteilung, Uta Dittmann, verfaßt und am 29. September an den für Medien zuständigen stellvertretenden CDU-Vorsitzenden gerichtet worden. Das Schreiben forderte den Abdruck des Briefes aus Weimar, von dem man nur »durch westliche Medien« erfahren habe und kritisierte die Taktik des Verschweigens und Unterdrückens. Der Brief endet mit dem Vorschlag für eine Tagung, auf der die Journalisten »offen über die brennenden Probleme in unserem Land sprechen und sie aus den Erfahrungen eigener alltäglicher Arbeit darstellen können«. Erwartet wurde ein Meinungsaustausch darüber, »wie vor allem unsere Presse den berechtigten Erwartungen ihrer Leser entsprechen kann, glaubwürdig, freimütig und überzeugend die gesellschaftliche Wirklichkeit in all ihren Facetten widerzuspiegeln.« Hier waren die Eckpunkte der eigenen Vorstellungen von freier Zeitungsarbeit erstmals öffentlich formuliert worden.

Ein deutlicher Schritt der Selbstbefreiung von der Bevormundung durch die Partei war die Beratung mit dem bereits erwähnten stellvertretenden Parteivorsitzenden in der Dresdner Redaktion am 20. Oktober 1989. Dieser Termin war Ergebnis der Reaktion auf den Weimarer Brief und hatte seine Bedeutung in einer kritischen Analyse bisheriger Zustände und von »Überlegungen zum Selbstverständnis des Journalismus«, die den Funktionären aus Berlin als »Dringende Themen für die geforderte Medienkonferenz« mit auf den Weg gegeben wurden. Bei der kritischen Analyse kam es uns darauf an, das Prinzip der Selbstzensur und dessen Auswirkungen darzustellen. Quelle der Selbstzensur sei »die Jahrzehnte lange Praxis des willkürlichen Eingreifens in den journalistischen und redaktionellen Arbeitsprozeß durch das Presseamt, untergeordnete staatliche Stellen, die Staatssicherheit und durch den Herausgeber.« Zuvor hieß es, die Selbstzensur »hat sich schon in unser Unterbewußtsein eingenistet, und wenn künftig der Vorwurf laut werden sollte, für die unbefriedigende Medienqualität müßten letztlich die Medien sich selbst die Schuld geben, dann könnte es sogar vorkommen, daß wir hilflos suchend in

Sprachlosigkeit verfallen und unsere Verteidigung vergessen.« Ergebnis der Selbstzensur sei u. a. mangelndes journalistisches Selbstbewußtsein, Angst in ihren verschiedenen Variationen, Desinteresse, Ideenarmut, Konzeptionslosigkeit.

In den »Themen für eine geforderte Medienkonferenz« ging es vor allem um die Aufgaben des Journalismus unter Presse- und Meinungsfreiheit, in seiner Rolle als Kontrollfunktion und Tribüne des Meinungsstreits. Eingefordert wurde die Rechenschafts- und Auskunftspflicht der Behörden, die Möglichkeit der Kritik an Politikern und deren Verlautbarungen, die Durchschaubarkeit staatlicher Entscheidungen, aber auch »die Eigenverantwortlichkeit des Redaktionskollektivs mit dem Chefredakteur an der Spitze«. Eingefordert wurden Informationsmöglichkeiten für die Journalisten ebenso wie eine gründliche Reform der innerredaktionellen Arbeit, bei der die »Entwicklung einer Kultur des Streits« wichtig sei. Hier waren Forderungen festgelegt, die gewiß nicht nur in der Union erörtert und formuliert wurden. Jedenfalls korrespondieren diese Vorstellungen später sehr eng mit dem von der Gesetzgebungskommission Mediengesetz der Volkskammer erarbeiteten Entwurf »über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit« vom 9. Januar 1990. Wenngleich die Volkskammer im Beschluß vom 5. Februar 1990 die Pressefreiheit verkündete, kam es dennoch zu keinem Mediengesetz in der DDR. Das Tempo der Veränderungen war zu groß.

Die Zeitung als Spiegel der Ereignisse

Der nächste Schritt in die Pressefreiheit war der Bericht über die Montagsversammlungen in den Dresdner Kirchen in der Ausgabe vom 11. Oktober. Am 13. Oktober erschien dann das Interview Uta Dittmanns mit Regisseur Wolfgang Engel über den damals beispielhaften Mut des Dresdner Schauspielensembles, nach jeder Vorstellung die Resolution zur Reform der Gesellschaft »Wir treten aus unseren Rollen heraus« vorzulesen. Ein direkter Abdruck der Künstlerforderungen war damals noch nicht möglich. So verbreitete das Interview mit Wolfgang Engel mit der Überschrift »Aus der Sprachlosigkeit heraustreten« die Forderungen des Schauspielensembles. Markante Leseangebote in dieser Zeit waren u. a. das Interview mit dem Mitbegründer des Neuen Forums Rolf Henrich in der Ausgabe vom 27. Oktober, die Ausgabe vom 28./29. Oktober mit dem Bericht einer »Zuführung« nach Bautzen, dem Brief eines Bereitschaftspolizisten an seinen Seelsorger und dem Interview mit einem Staatsanwalt beim Bezirksstaatsanwalt Dresden, ferner der Abdruck der Rede von Vaclav Havel bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels in der Ausgabe vom 4./5. November und die Ausgabe vom 11./12. November mit der Wiedergabe einer Gesprächsrunde mit am Hauptbahnhof eingesetzten Offizierschülern.

Eine besondere Bedeutung kommt jedoch der Wochenendausgabe vom 14./15. Oktober zu. Mit ihr sollte auf die seit Anfang jener Woche einsetzende Briefflut reagiert werden. So wurde »über Nacht« eine ganze Seite für den Abdruck von Leserbriefen freigemacht, in denen die Leser zu den Widersprüchen zwischen Wirklichkeit und Politik öffentlich und mit Namen und Adresse Stellung nahmen. Dies war im Oktober 1989 noch nicht selbstverständlich. Solche Leserreaktionen durchzogen markant die Monate des Umbruchs bis zu den ersten freien Volks-

kammerwahlen am 18. März 1990. Seine Meinung zu sagen und sie vor allem öffentlich zu sagen und in der Tageszeitung gedruckt weiterverbreitet zu sehen, war damals ein sicheres Indiz für die aufgestauten Bedürfnisse, ein Bekenntnis zur Veränderung oder für die Verteidigung des Bestehenden. Kein Gebiet gesellschaftlichen Lebens wurde ausgelassen. Die Briefe waren oft gar keine Reaktionen auf redaktionelle Veröffentlichungen. Es waren keine der üblichen Leserbriefe, die sich mit Autoren streiten. Das zeitlich begrenzte Charakteristikum dieser Leseräußerungen war die appellative Absicht des Wortes, der Aufruf, das Bekenntnis, meist in Form eines Offenen Briefes. Getragen wurden solche Meinungen sehr oft von Betriebskollektiven. Es gab in diesen Wochen eine nie dagewesene und unwiederholbare Gemeinsamkeit der öffentlichen Meinung mit der Zeitung in der Reflexion der Wirklichkeit. Es war aller Absicht, die Verhältnisse so zu ändern, daß Demokratie möglich wurde. Es ging bei den Äußerungen auf beiden Seiten nicht um das partikulare Interesse einer Partei; es ging vielmehr um Werte für vernünftiges Zusammenleben, um die Freiheit des Wortes, um Gerechtigkeit, um Wahlfreiheit, um offene Grenzen, um maßvollen Wohlstand.

Die Zerreißproben setzten sofort wieder ein, als es darum ging, den bisherigen Widerstand, die politischen Wünsche und wirtschaftlichen Visionen einer politischen Kraft zuzuordnen, besser: diese politische Kraft zu bilden für die Durchsetzung der Forderungen. Als die Union in ihrer Wochenendausgabe vom 24./25. Februar 1990 ganzseitig vom Übertritt von Mitgliedern des Neuen Forums und der basisdemokratischen Fraktion in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung berichtete, wurde das der damaligen Chefredaktion in vielerlei Form als einseitig vorgeworfen. Bei den jungen Politikern handelte es sich um Frank Neubert, Dr. Herbert Wagner, Andreas Lämmel, Arnold Vaatz, Dr. Harald Röthig und Dr. Helmut Schmitt. Ein vierspaltiges Foto zeigt sie (außer Dr. Schmitt) zusammen mit dem damaligen Kandidaten für den Vorsitz der sächsischen Landes-CDU im Chefredakteurszimmer der Union. Streit entzündete sich an einer zeitlich begrenzten Hilfe für eine politische Kraft beim Aufbau völlig neuer Gesellschafts- und Machtstrukturen. Bei diesem Thema kam nie ein Kompromiß zwischen Zeitung und den Leserbriefschreibern und auch nicht innerhalb der Redaktion zustande. Ob eine Zeitung wie die Union in den alles aufwühlenden Umbruchwochen das auch vom kritischsten Redaktionsmitglied noch nicht verinnerlichte distanzierte meinungslose Berichten zwischen Untergang und Aufbau eines Systems mit der Forderung nach Demokratie wählen sollte oder Kräfte zu unterstützen hat, die eben diese Demokratie (einschließlich der Presse- und Meinungsfreiheit) politisch artikulieren und später durchsetzen wollten – über diese Möglichkeiten wurde im damaligen Redaktionsalltag nicht abschließend gestritten.

Verweise

- 1) Statistische Angaben aus »Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost)«, Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Band I, von Prof. Dr. Beate Schneider, Hannover und Leipzig, im Oktober 1991 und Februar 1992.
- 2) Diese und andere Szenen aus der Union schildert der Autor Martin Gross in seinem Schlüsselroman »Das letzte Jahr«, Basisdruck; ebenfalls beschrieben im Interview mit Uta Dittmann in Dresdner Neueste Nachrichten, Ausgabe 29./30.5.1999
- 3) Alle Zitate aus Kopien der angeführten Dokumente.

»So konnte es nicht weitergehen«

REDAKTIONSGESPRÄCH MIT WOLFGANG BERGHOFER

Dresdner Hefte (DH): Herr Berghofer, Sie haben als früherer Oberbürgermeister Dresdens eine nicht unwichtige Rolle im Umbruch 1989/90 gespielt. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zur Verfügung stellen für ein Gespräch über die Ereignisse dieses Jahres. Wir haben uns dabei auf eine grobe Chronologie verständigt – in Stichworten: die Krise der späten DDR, die Eskalation im Sommer '89, die Oktoberereignisse in Dresden, der Zusammenbruch der Macht.

Man weiß heute sehr genau, in welcher desolaten Situation die DDR steckte, wirtschaftlich, städtebaulich, infrastrukturell. Welches waren die größten Probleme in Dresden?

Wolfgang Berghofer (WB): Vorbemerkung. Ich war bis 1986 Abteilungsleiter im Zentralrat der FDJ und vor allem mit ideologischen Fragen befaßt. Erst als Oberbürgermeister einer Halbmil­lionenstadt wurde ich hautnah mit allen praktischen Problemen der gesellschaftlichen Realität konfrontiert. Es wurde mir ziemlich schnell klar, daß sich meine idealisierende Betrachtungs­weise ändern mußte. Der Wunschtraum vom leistungsfähigen, menschlichen Sozialismus stimmte mit der Wirklichkeit in keiner Weise überein. Das könnte ich an vielen Beispielen auf­listen. Eines hab' ich in besonderer Erinnerung. Es hat mich sehr beeindruckt, als ich irgend­wann in der Friedrichstadt in einem schönen, aber ruinösen Barockhaus stand, in dem eine ältere Dame wohnte, die vom Keller bis zum maroden, undichten Dach zwölf, dreizehn Wasser­behälter aufgestellt hatte, um den Regen aufzufangen. Sie sagte, »Nun, Bürgermeister hilf mir«. Ich war dazu nicht in der Lage. – Die Stadt fiel schneller ein, als sie aufgebaut wurde. Sie hatte über 6000 defekte Dächer und noch 12 Dachdecker. Wir mußten in allen Bereichen unentwegt improvisieren. Bei Wärme gab es keine Limonade, bei Kälte keine Kohlen. Die Problematik ließe sich endlos fortsetzen. Ich habe mich persönlich sehr intensiv bemüht, zentrale Plätze und Straßen wenigstens sauberzuhalten, Zäune reparieren zu lassen und Bäume zu pflanzen. Nach vier Jahren mußte ich einsehen, daß wenig zu machen war, weil niemand wirklich verantwort­lich zeichnete. Anonymes Volkseigentum war eine der Ursachen für den Verfall der Stadt.

DH: Folgt man den Tagebüchern Victor Klemperers über die frühen Jahre, so stand die DDR im Grunde von Anfang an unter Reformdruck, und immer wurde er autoritär beantwortet. Mit Gorbatschow wuchs der Druck auf die Nomenklatura. Sicher kann man von einer parteiinter­nen Opposition nicht reden, aber vielleicht von einer partiellen Reformbereitschaft innerhalb der SED. Ich vermute, Sie fühlten sich ihr zugehörig – wenn ja, wie hat sich die Konfrontation mit den »Betonköpfen« in Berlin abgespielt, und welche Strategie hatten Sie?

WB: Ich denke, das ist die zentrale Frage auch aus heutiger Sicht, denn bei der enormen Hochrüstung und der Organisation der Sicherheitsorgane wäre es natürlich ein leichtes gewe-

sen, den Machtapparat der DDR repressiv in Gang zu setzen und zu einer chinesischen Lösung zu kommen. Die Drohungen waren ja deutlich. Das war nur deshalb nicht möglich, weil dank Gorbatschows die sowjetischen Panzer in den Kasernen blieben und weil viele Funktionsträger selbst längst nicht mehr vom richtigen Weg überzeugt waren. Dazu gehöre auch ich. Damals lief am Kleinen Haus gerade »Die Ritter der Tafelrunde« an. Die Artusritter – sprich Politbüro-Mitglieder – auf der Suche nach dem Gral – sprich Sozialismus –. Sie können ihn nicht finden, aber sie tun so, als ob sie ihn hätten, und leben ansonsten, solange es die Biologie gestattet. Genauso war die Realität. Ich muß natürlich fairerweise auch sagen, daß ich mir an der Seite eines Mannes wie Hans Modrow auch Widerspruch eher leisten konnte als andere. Gab es Mängel anzumahnen, wurde mir allerdings regelmäßig geantwortet, verbessere erst einmal die ideologische Arbeit in deiner Stadt.

DH: Offenbar war Ihnen klar, in welche Schiefelage das Land steuerte. Gab es so etwas wie eine Hintergrundstrategie, die versuchte, auf die Misere mindestens in Ansätzen konstruktiv zu reagieren?

WB: Manches erscheint da aus heutiger Sicht lächerlich, damals gehörte oft auch zu Kleinigkeiten Mut. Beispiel – Dresden sollte ein neues Interhotel erhalten. Wir waren angehalten, Standortvorschläge zu unterbreiten und haben den Platz zwischen Frauenkirchenruine und dem gefährdeten Landtagsgebäude empfohlen. Von der Einsturzgefahr beider Bauwerke haben wir erst bei der Grundsteinlegung gesprochen und erzwangen damit Folgeschritte. Neben dem Neubau hatten wir ein Stück mehr durchgesetzt an Gebäudesanierung.

Ab 1987 kam ich zu der grundsätzlichen Meinung, so geht es nicht weiter. Ich habe versucht, Verbündete für Reformen zu finden. Ein wichtiger Partner war damals Manfred von Ardenne, mit dem es viele konspirative Treffs gegeben hat, mit dem Ziel, Alternativen zu entwickeln. Auf die Veränderungen, die mit Glasnost und Perestroika kommen mußten, wollten wir vorbereitet sein. Mit dem hauptamtlichen Parteiapparat der SED konnte man darüber natürlich nicht reden. Der IQ wichtiger SED-Verantwortungsträger ging mit dem Niedergang der DDR proportional ebenfalls steil nach unten. Von kompetenten Fachleuten und nüchternen Analytikern war niemand mehr bereit, Verantwortung in der maroden Parteistruktur zu übernehmen. Andererseits wurde durch die SED-Leistungsstrukturen alles beschlossen, von der Gemüseverteilung bis zum Gesundheitswesen, und zwar von Leuten, die alles hatten, bloß keine Kompetenz. Dieses Umfeld war für mich zutiefst belastend.

DH: Hatten Sie Kontakte nach Moskau?

WB: Modrow mehr als ich. Ich hatte Kontakte aus meiner Zeit in der FDJ und natürlich auch die unterschiedlichsten Informationen. Es gab intensive Beziehungen nach Leningrad. Wirklichen politischen Einfluß in der Sowjetunion hatte ich keinen.

DH: Und die Kontakte in die andere Richtung? Ich habe in einer Zeitung gelesen, Sie hatten 1987 die Städtepartnerschaft mit Hamburg initiiert. Mit welchem Ziel? Gab es noch andere Beziehungen zur Bundesrepublik?

WB: Hier möchte ich etwas weiter ausholen. Dresden war nicht zuletzt wegen der Personal-konstruktion Modrow–Berghofer in Berlin ein ungeliebtes Kind. Die Partnerschaften mit Rotterdam, Salzburg, Hamburg und Florenz boten neben vielfältigen politischen, wirtschaftlichen

und vor allem kulturellen Kontakten durch ihre öffentliche Wirkung auch einen gewissen Schutz vor übertriebener Einflußnahme aus Berlin. Ich war zum ersten Mal 1986 in der Bundesrepublik, Anlaß war die Dresdner Ausstellung »Barock in Sachsen« in der »Villa Hügel« in Essen. Das war ein prägendes Erlebnis für mich. Die vermeintliche Dreckstadt Essen war eine blühende Stadt, in der alle Dächer dicht waren und die Straßenbahn funktionierte. Mit den Regierungsvertretern konnte man vernünftig reden, keiner entsprach dem Klischee. Weltanschauung kommt eben von Welt anschauen. Mit dem Eindruck, daß die SED bewußt ein falsches BRD-Bild verbreitet, kam ich zurück und habe gesagt – wir müssen wenigstens einen Teil unserer Leute Blick auf die Realitäten ermöglichen. – Das sollte nicht die Machtverhältnisse ändern, sondern die Nutzung unserer Potentiale verbessern. So kam mir der Kontakt über den Industriellen Kurt A. Körber nach Hamburg gerade recht. Wir haben im Rathaus über Wirtschaftsverträge geredet und über Städtepartnerschaft philosophiert. Im bezirklichen und zentralen Machtgefüge der SED waren die wichtigsten Entscheidungsträger gegen eine Partnerschaft mit Hamburg. Später lernte ich Klaus von Dohnanyi kennen. Der welterfahrene Diplomat fand die Lösung. Hamburg gratulierte Honecker brieflich zum Geburtstag und bedankte sich für die vereinbarte Partnerschaft. Dieser Brief stand eher im »ND«, als Honecker ihn lesen konnte. Damit war entschieden, man wollte nicht mehr zurück. An Wiedervereinigung habe ich 1987 nicht gedacht. Ich hielt den Sozialismus für verbesserungsfähig. Ich wollte ihn demokratischer machen und wirtschaftlich effizienter. Ein Irrtum – wie ich später begreifen mußte.

DH: Wie kommt, wer so denkt, mit den völlig blockierten Strukturen von Partei und Staat dann aber zurecht?

WB: Man mußte sicher mein Wissen haben über die Machtstrukturen, um sich von allen grundsätzlichen Reformillusionen zu verabschieden. Die Macht war unter der Führung des Politbüros dreigeteilt und dreimal parallel gestuft: Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat und das in der Zentrale, im Bezirk sowie im Kreis oder der Stadt. Dazu kam der ähnlich aufgebaute Sicherheitsbereich (Polizei, Staatssicherheit, Armee). Alles in allem ein absolut festes System. Darüber hinaus kannte ich auch in etwa die Truppenpräsenz der Sowjets und die Denkstruktur ihrer Generäle, und ich kannte einige Fakten. Beispielsweise waren auf dem Gebiet der DDR zwei Millionen Raketen stationiert. Hier lagerten ca. 800 Atomsprengköpfe. Gegen diesen Koloß anzutreten, erschien mir illusionär. Trotzdem stand vor mir immer die Frage der persönlichen Alternativen. Ich sah drei:

- Ich gehe in den Westen – gekonnt hätte ich es, und es gab auch Angebote – das war aus meiner Sicht unmoralisch und deshalb indiskutabel.
- Organisation eines Putsches gegen die Zentrale. Darüber ist zwar lange diskutiert worden, aber diese Option war chancenlos.
- Die dritte Option, für die ich mich letztlich entschieden habe, lautete: Wir nehmen die Situation, wie sie ist, und machen daraus für die Stadt das Beste.

DH: Aus dem Bezirk Dresden mit ca. 11 Prozent Bevölkerungsanteil der DDR kamen 25 Prozent der Ausreiseanträge. Hatten Sie Einfluß auf das Problem Ausreise?

WB: Aus der Sicht der SED-Aufgabenstellung sollte ich ihn haben. Angeblich war ja die schlechte politische Arbeit Schuld am Weggang Zehntausender. In Wirklichkeit hatte ich ihn



Hans Modrow und Wolfgang Berghofer bei einer Demonstration auf dem Theaterplatz Ende Oktober 1989
Foto M. Günther

nicht. So wie unsere Städte verfielen, schwand die Hoffnung auf Änderungen. Der vormundschafftliche Staat, der Verlust an Identität und das Wissen eingesperrt zu sein, ließ die Menschen gehen. Bei der Suche nach den Schuldigen für diesen Zustand wurden vor allem die Kommunalverwaltungen verantwortlich gemacht. Sie sollten letztlich die verfehlte Gesamtpolitik ausbaden.

DH: Trotzdem immer noch »weitermachen«?

WB: Aus damaliger Sicht hätte Honecker ans Mikrofon gehen müssen und sagen, ich trete zurück. Das wäre ein Hoffnungssignal gewesen, noch einen weiteren Versuch zu wagen. Aus heutiger Sicht sollten wir alle froh sein, daß es diesen Versuch der Sozialismuserneuerung nicht gab – denn er wäre objektiv gescheitert.

DH: Hatten Sie Kontakt zu dem, was man später Opposition nannte, hatten Sie Kontakt zu den Kirchen?

WB: Zur Opposition hatte ich keinen Kontakt. Zur Kirche hatte ich ihn von Amts wegen. Ich war z. B. zuständig von staatlicher Seite für den Dresdner Katholikentag, der problemlos ablief. Es gab ständigen Kontakt mit den Superintendenturen der evangelischen Kirche und vor allem mit Herrn Ziemer, der in meinen Augen überhaupt die wichtigste Figur in der Wende war. Er war in den wildesten Tagen der ausgleichende Kopf, der Stratege. Wir hatten schon ein gewisses



Straßenszene
im Januar 1990
Foto F. Zadnicek

Vertrauensverhältnis. Im Juni '89 hatte er mich um ein Gespräch gebeten, möglichst unter vier Augen und vier Ohren, was nicht einfach zu organisieren war. Bei diesem Treffen sagte mir Ziemer, wenn er zur Wahl gegangen wäre, mich hätte er schon gewählt, andererseits, es bliebe eine Fälschung. Wir haben etwa zwei Stunden über grundsätzliche Themen geredet. Herr Ziemer trug vor, was in den Augen der Kirche an gesellschaftlichen Konflikten herangereift war und verändert werden mußte. Wir vereinbarten, daß er ein entsprechendes Thesenpapier aufstellt, das ich Anfang Oktober erhalten und vereinbarungsgemäß an alle Verantwortungsträger in der SED und dem Staat auf bezirklicher Ebene übergeben habe. Aus meiner Sicht war das eine wichtige Vorstufe des späteren Dialogs.

DH: Die Frage ist, wer ihn bestimmt. – Wir sind damit bei der Eskalation. Am 3. Oktober kam es am Hauptbahnhof zu Szenen, die kein Mensch in der DDR je für möglich gehalten hätte. Bei Modrow wurde sofort ein Krisenstab gebildet – wer gehörte dazu und wie stellten sich für Sie die Ereignisse dar?

WB: Ich war in der Zeit vom 3. bis zum 7. Oktober aus der sogenannten operativen Führung der Lage völlig ausgeschaltet. Der 1. Sekretär der Stadtleitung der SED, Herr Moke, teilte mir mit, die Führung aller Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit übernimmt die Bezirksebene. Mein Amt war die organisatorische Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR. Ich habe an keiner Sitzung der BEL teilgenommen und bekam nur spärliche Informationen von Moke. Zunächst war auch mein Bild der Ereignisse das von einer kleinen Gruppe von Randalierern. Deshalb war für mich besonders erschreckend, wie die Volkspolizei auch gegen Leute vorging, die gar nicht unmittelbar an den Unruhen am Hauptbahnhof beteiligt waren. Im Grunde saß ich ziemlich gelähmt und ratlos im Rathaus, habe mit Berliner Freunden telefoniert, die mir sagten, bleib ruhig, Glasnost muß auch bei uns beginnen.

DH: Von Lähmung sprach auch Modrow und hat damit Übergriffe der Polizei erklären wollen. Keinerlei Strategie bei Ihnen?

WB: Wir waren ja gewöhnt, Instruktion von oben zu erhalten. Von oben kam beispielsweise die Festlegung, wann die Ernte zu beginnen habe, auch wenn das Korn nicht reif war. In der krisenhaften Situation wären Instruktionen um so nötiger gewesen, aber die blieben aus. Die Zentrale war offensichtlich hilflos, sie lebte in einem ins Extrem ausgeferten Widerspruch zwischen Anspruch und Realität. Die senile Führung bereitete sich mit allem Ernst auf die Jubelfeier vom 7. Oktober vor, und an der Basis begann die Revolution. Das mußte man erst mal begreifen, das war auch nicht mit einem Blick aus meinem Amtszimmer getan. Vergessen darf man auch nicht, daß am gleichen 7. Oktober, wo Tausende demonstrierten, tausende Menschen noch auf dem Altmarkt die Republik gefeiert haben, das heißt, die unterschiedlichsten Haltungen zur DDR gingen wie ein Riß quer durch die Bevölkerung.

DH: Am 4. Oktober hat Modrow Militär angefordert, das war kein harmloser Schritt. Die Situation war hochgespannt. Dann kam am 5. eine Veränderung in der Tendenz der Demonstration hin zu Reformforderungen, sie setzte sich am 6. und 7. Oktober fort. Am 8. bildete sich am Abend aus dem Kreis der Demonstranten eine Abordnung – sie ist als Gruppe der 20 in die Geschichtsbücher eingegangen –, die Gespräche mit dem OB haben wollte. Wie haben Sie diesen Tag in Erinnerung?

WB: Ich ging an diesem Sonntag früh aus meiner Wohnung am Altmarkt mit den Worten an meine Frau: »Heute müssen Entscheidungen fallen«. Wir hatten alle Angst vor der Gewalt, alles war hochnervös, es fehlte nur ein Befehl von oben, und es hätte gekracht. Wie dem entfliehen? Am Abend riefen Herr Ziemer und Bischof Hempel bei mir im Rathaus an und baten um ein Gespräch unter dem Motto, wir müssen etwas machen, was den Konflikt entschärft. Auf der Prager Straße waren immerhin mehrere tausend Leute von der Polizei eingekreist. Ich habe lange überlegt. Bischof Hempel war ja an sich nicht mein Partner, das war der Vorsitzende des Rates des Bezirkes. Dann habe ich aber doch o.k. gesagt, vielleicht finden wir eine Lösung. Es war schon relativ spät, als die Herren kamen, sie waren kreidebleich. Die Lage drohe außer Kontrolle zu geraten. Ich habe gesagt, ich sehe das genauso, haben Sie eine Idee, was man machen könnte? Herr Ziemer unterbreitete den Vorschlag, anderntags eine Gruppe von Demonstranten zu einem Gespräch im Rathaus zu empfangen, um über die Probleme zu reden. Herr Bischof Hempel fragte mich, ob das überhaupt einen Sinn habe, was wir da versuchen. Ich antwortete sinngemäß – Herr Hempel beschreibt das in seinen Rückblicken – »Herr Bischof, ich weiß, die DDR ist bankrott. Wenn der Druck auf der Straße nicht größer wird, wird sich gar nichts ändern«. Diese Äußerung war bestimmt nicht ohne. Um den Vorschlag zum Dialog mit der Obrigkeit abzustimmen, habe ich vergeblich versucht, Hans Modrow zu erreichen. Modrow weilte in der Semper-Oper, in der zweiten Aufführung von Fidelio, wo auf der Bühne dasselbe stattfand wie auf den Straßen. Also habe ich allein entschieden und Ziemer empfohlen, zu den Demonstranten zu gehen und meine Bereitschaft zu verkünden, am nächsten Morgen um 9 Uhr eine Abordnung der Demonstranten zum Gespräch zu empfangen. Was Ziemer verkünden sollte, haben wir miteinander abgestimmt. Dann wurde er mit Bischof Hempel und einem dritten Kirchenmann mit meinem Dienst-PKW auf die Prager Straße gebracht, und ich hörte vom

offenen Fenster meines Zimmers aus seine Rede. Nach fünf Minuten ging alles auseinander. Gegen 0.30 Uhr rief Modrow bei mir zu Hause an. Er hat meine Entscheidung zur Kenntnis genommen, gebilligt und mich für früh sechs Uhr zu einer Sekretariatssitzung in die Bezirksleitung bestellt.

DH: Damit begann also der für das Land entscheidende 9. Oktober.

WB: Ich war pünktlich um sechs in der Bezirksleitung. Alle in Dresden weilenden Sekretariatsmitglieder waren versammelt, und ich mußte einen kurzen Bericht geben. Modrow stellte seine Sekretäre vor die Entscheidung, die Sache mitzutragen. Wer das nicht könne, solle sich jetzt entscheiden. Völlig neue Töne. Es herrschte Schweigen. Das wurde als Einverständnis genommen, und wir gingen auseinander. Modrow ließ ein Statement formulieren, das ich später vortragen sollte. An diese Vorgabe habe ich mich nur noch teilweise gehalten. Um 9 Uhr begann das erste Rathausgespräch. Neben mir saßen vier weitere Stadträte. Alles wurde, so hatten wir es vereinbart, auf Tonband aufgenommen. Das Gespräch verlief in einer sehr nervösen, gespannten Atmosphäre, voller Mißtrauen. Im Grunde war es kein Dialog. Ich habe gesagt, daß ich natürlich nur das lösen kann, was in meiner Verantwortung liegt. Die Forderungen der Gruppe waren noch konzeptionslos, und ich sah auch Angst und Unsicherheit in den Gesichtern. Das Gespräch endete u. a. mit meiner Zusicherung, mich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen. Die Resonanz in der Westpresse war enorm. In den Dresdner Zeitungen vom 10. Oktober 1989 wurden nur wenige Zeilen veröffentlicht.

DH: Es sind auf Grund Ihrer Intervention Freilassungen erfolgt?

WB: Ja. Das haben wir mit scharfen Auseinandersetzungen gegenüber der Bezirksstaatsanwaltschaft durchgesetzt.

DH: Immerhin hat es aber mit dem ersten Gespräch die gewünschte Entspannung gegeben, und das war schließlich ein Signal für Leipzig. Noch lag ja die »chinesische Lösung« in der Luft. Welche Folgen hatte für Sie das erste Rathausgespräch – nach oben wie nach unten? Klar war doch wohl auch, das kann das Ende der DDR sein.

WB: Ich wußte, das kann für mich schiefgehen. Dann hätte ich in Bautzen gesessen. Das war so weit nicht hergeholt, denn die Machtfrage innerhalb der SED war nicht entschieden. Die Zentrale sah aber mehr auf Modrow, der vom Westen als Gegenspieler Honeckers aufgebaut war, als auf mich. In den Medien des Westens hatte Dresden sofort ein breites Echo – vor allem in Hamburg. Der 9. Oktober wurde wichtig mit dem Begriff Dialog. Ich habe auf Bitte von Herrn Ziemer den Leipziger Oberbürgermeister Dr. Seidel informiert unter dem Motto: Macht's genauso, von oben ist Hilfe nicht mehr zu erwarten. – In der desolaten Situation gilt nur eines, wer miteinander redet, schießt nicht.

DH: Und wie reagierte der Machtapparat?

WB: Die Stasi ist ja heute zum großen Buhmann der DDR stilisiert. Fakt ist aber, die eigentliche Macht lag in allen Ebenen beim hauptamtlichen Parteiapparat. Von hier kamen die Direktiven, nicht vom MfS. Das ist schwer zu belegen. Die Partei hat nie etwas aufgeschrieben, was irgendwie der Verfassung widersprach. Die meisten geheimen Instruktionen wurden mündlich übermittelt. Dazu wurde ein Instruktorsystem aufgebaut, eine Handvoll verschwiegener Leute. Für jeden Bezirk gab es einen Instruktur, der Honecker bzw. Dohlus direkt unterstand. Die In-

strukturen haben alle Befehle mündlich übermittelt bzw. schriftliche Befehle nicht aus der Hand gegeben. Ähnlich war es in allen wichtigen Hierarchien, dem Ministerrat, den Sicherheitsorganen etc., so daß bestimmte Befehle und Tatsachen nicht dokumentiert sind und damit einfach nie nachweisbar sein werden.

DH: Was hat nach Ihrer Auffassung die Reißhemmung der Macht wirklich verursacht?

WB: Die Interessen von den Demonstranten auf der Straße (unter denen auch viele Genossen waren) und denen einer bestimmten Schicht der Obrigkeit waren identisch in dem einen Punkt: So konnte es nicht weitergehen. Nur wohin es gehen sollte, war unklar. Hätte es in den Machtstrukturen der SED eine prinzipiell andere Auffassung gegeben, dann wäre der Umbruch nicht friedlich geblieben. Die zweite Voraussetzung war die Nichteinmischung der Sowjets. Das ist Gorbatschows Verdienst und nicht hoch genug zu würdigen.

DH: Mit den Oktobertagen in Dresden begann der Rückzug der Macht. War Ihnen das Ende der DDR bewußt?

WB: Für mich war klar, der Sozialismus der DDR hat versagt, und zwar nicht nur wegen der senilen Führung. Er konnte seine Ziele nicht erfüllen, weil er weder eine höhere Arbeitsproduktivität noch eine neue Qualität von Demokratie und Freiheit hervorbrachte. Mit seinem Zusammenbruch – der im Grunde nur eine Frage der Zeit war – wurde der zweite deutsche Staat als Alternative überflüssig. Die SED hatte sich als Alleinverantwortliche für das Desaster selbst in Frage gestellt.

DH: Worin haben Sie dann in Ihren erkennbar letzten Monaten als Oberbürgermeister noch Ihre Aufgabe gesehen?

WB: Ich hatte ja viele Kontakte nach Westeuropa, so habe ich versucht, den riesigen Rückstau an Entwicklungsbedarf und Investition ein bißchen schneller abzubauen. Also habe ich z.B. Körper dazu gebracht, für die Sanierung des Stadtmuseums einen Millionenbetrag auf den Tisch zu legen. Ich habe viele Wirtschaftsdelegationen aus dem Westen eingeladen, Unternehmer, Bankvorstände, Architekten usw. Nach meinem Austritt aus der PDS hat mich im Januar die Stadtverordnetenversammlung einschließlich der Bürgergruppierungen noch einmal im Amt bestätigt. So habe ich für die letzten Monate versucht, so gut es geht, meinen Job zu machen. Dabei sind mir natürlich auch Fehler unterlaufen.

DH: Letzte Frage – Sie sind heute ein erfolgreicher Unternehmer. Bestätigt Ihre Biographie nun also die Ellenbogengesellschaft?

WB: Unter einem erfolgreichen Unternehmer stelle ich mir etwas anderes vor. Ich bin selbstständig und wirtschaftlich unabhängig. Dafür muß ich sehr hart arbeiten. Man kann auch mit Kompetenz und ohne Ellenbogen erfolgreich sein. Natürlich höre ich mitunter Stimmen, die sagen, der schwimmt schon wieder auf der Fettbrühe, hat alle seine Beziehungen ausgenutzt, die Connection funktioniert, wer weiß, was er beiseite geschafft hat. Ich kann nur sagen, in dieser Gesellschaft ist man ohne Beziehungen tot. Sie ist bei der Beurteilung von Leistungen viel brutaler als die alte. Man muß von früh bis abends lernbereit sein; wer das nicht ist, der scheitert.

DH: Ich bedanke mich für das Gespräch.

Das Gespräch führte Hans-Peter Lühr

Von der Arroganz zur Agonie – die Stasi in der Wende

Einleitung

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) war ein wichtiges Instrument der SED-Bürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht.¹⁾ Es teilte sich diese Aufgabe mit der Polizei und der Justiz, mit den Hochschulen, Massenorganisationen, den Blockparteien und anderen Institutionen der DDR. Das MfS war keineswegs ein Staat im Staate, sondern verstand sich als »Schild und Schwert der Partei«. Es fühlte sich dem Programm der SED, den Beschlüssen des Politbüros, jedoch erst an dritter Stelle der Verfassung verpflichtet. Das MfS wirkte als politische Geheimpolizei, war außerdem Nachrichtendienst, es war für Auslandsaktionen verantwortlich, für Personen- und Gebäudeschutz, zuletzt sogar für die Beseitigung wirtschaftlicher Havarien. Ein großer Teil seiner Mitarbeiter war mit der Vorbereitung politischer Prozesse befaßt, das MfS zog aber auch Verfahren der allgemeinen Kriminalität an sich. Seine Untersuchungen hatten in vielen Fällen juristische Folgen. Seit den siebziger Jahren ermittelte das MfS hauptsächlich gegen ausreisewillige Bürger (zumeist aus der Provinz). Im Bezirk Dresden betraf das im Jahre 1985 sogar 89 Prozent aller Ermittlungsverfahren. Bemerkenswert ist, daß das MfS nicht etwa die sich herausbildende Opposition als Hauptfeind ansah: Auf sie trafen die Paragraphen des politischen Strafrechts der DDR nämlich zu (so diejenigen zur Verbindungsaufnahme zu westdeutschen Stellen oder zur Gruppenbildung). Oppositionelle Gruppierungen wurden zumeist unbehelligt gelassen, da sie den Schutz der Westmedien genossen.

Die Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Organen fand im Rahmen des politisch-operativen Zusammenwirkens (POZW) statt. Nach dem Selbstverständnis des MfS hatte »das politisch-operative Zusammenwirken dazu beizutragen, daß die anderen Organe ihre spezifischen Aufgaben immer besser erfüllen und noch stärker zum sicherheitspolitischen Denken und Handeln unter der Sicht der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit befähigt werden.«²⁾ Jeder zehnte Mitarbeiter des MfS war mit der Informationsaufarbeitung und der analytischen Zusammenfassung beschäftigt. Man kann davon ausgehen, daß dem MfS alles bekannt war, was eine DDR-Verwaltungsstelle wußte. Das MfS hatte Zugriff auf die Datenspeicher der Polizei und anderer staatlicher Stellen, aber auch auf die Speicher der Staatlichen Versicherung, wirtschaftlicher und kultureller Einrichtungen sowie auf die Speicher des Gesundheitswesens, der Gewerkschaft und der gesellschaftlichen Organisationen. Es gab jedoch keine – das muß betont werden – automatische Weitermeldung an das MfS.

Das MfS entwickelte sich seit den siebziger Jahren immer stärker zum Instrument einer flächendeckenden Kontrolle der Bevölkerung. Nach der friedlichen Revolution von 1989/90 stellte sich heraus, daß die regionalen und die lokalen MfS-Dienststellen dabei eine herausragende Funktion hatten. Das Ministerium für Staatssicherheit unterhielt 15 Bezirks-, 209 Kreis- und sieben Objektdienststellen (so die Objektdienststelle TU Dresden/Hochschulen). Im Jahre 1989 hatte es etwa 91 000 Mitarbeiter, darunter 61 Generäle, außerdem etwa 174 000 Spitzel, die sogenannten inoffiziellen Mitarbeiter (IM). Im Bezirk Dresden waren zuletzt etwa 3700 hauptamtliche (davon 2600 in der Bezirksverwaltung) und 8800 inoffizielle Mitarbeiter tätig. Die Kreisdienststelle Dresden-Stadt hatte mit 166 Angehörigen die höchste Mitarbeiterzahl, gefolgt von den Kreisdienststellen Pirna (69 Mitarbeiter) und Görlitz bzw. Riesa (jeweils 61 Mitarbeiter).³⁾

Durch die Besetzung der Bezirksverwaltungen im Dezember 1989 konnten 80 Prozent der Archivbestände gesichert werden. Die archivierte Hinterlassenschaft der Bezirksverwaltung Dresden besteht aus etwa zehn Kilometern Akten und einem Kilometer zerrissenem Aktenmaterial. Das Aktenmaterial des MfS ist eine unentbehrliche Quelle für die wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte der DDR. Hier muß jedoch erwähnt werden, daß beispielsweise die Isolierungsunterlagen und der Unterlagenverkehr von MfS und SED zum großen Teil vernichtet wurden.

Der Vorbeugungskomplex. Der vierzigste Jahrestag der DDR

Betrachtet man heute die friedliche Revolution, so überrascht, mit welcher Schnelligkeit und Beiläufigkeit die herrschende Schicht der DDR die Macht abgab. Dennoch trifft das Bonmot, wonach siegreiche Revolutionen mit Gespenstern kämpften, zumindest auf das MfS nicht zu.

Die SED-Macht hatte sich jahrelang auf innere Spannungen vorbereitet. Die Situation vor dem 40. Jahrestag der DDR wurde von der DDR-Führung als Beginn solch einer Spannungsperiode bewertet. Auch in Dresden wurde die Bezirkseinsatzleitung (BEL) aktiviert. Die Einsatzleitungen waren an sich für den Verteidigungszustand geschaffen worden und unterstanden dem Nationalen Verteidigungsrat.⁴⁾ Sie waren darüber hinaus bei inneren Spannungen jedoch auch zuständig für die »Gewährleistung der staatlichen Sicherheit auf dem Territorium der Bezirke/Kreise«.⁵⁾ Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung waren der Leiter der Bezirksverwaltung des MfS, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes sowie der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP). Ihr Vorsitzender war im Bezirk Dresden der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Hans Modrow.

Die Bezirksverwaltung des MfS hatte zum vierzigsten Jahrestag der DDR erhöhte Einsatzbereitschaft. Diese erhöhte Einsatzbereitschaft sah auch eine »Sichtung ständig aktueller und abrufbereiter Übersichten über Personen« vor, von denen besondere Gefahren ausgehen könnten.⁶⁾ Die Dienststellen des MfS waren mitverantwortlich für den sogenannten Vorbeugungskomplex, d. h. für die Erfassung dieser Personen, und nahezu ausschließlich zuständig für die Verhaftung und Isolierung von Oppositionellen und die dafür notwendigen Personenlisten. Die Grundlage dafür war die bereits 1967 ergangene Direktive 1/67 des MfS.⁷⁾ Anhand der Akten ist

nicht zu übersehen, daß die führenden Kräfte des MfS mit einer militärischen Bedrohung der DDR nicht wirklich rechneten. Den wachsenden inneren Widerstand und die sich bildende politische Opposition erkannten sie aber sehr wohl. So sahen die Nachfolgedokumente der Direktive 1/67 (Kennziffer 4.1.1) vor, daß innerhalb von sechzehn Stunden Bürger festzunehmen waren, die »unter dem begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik zu begehen, zu dulden bzw. davon Kenntnis zu haben« oder »als mögliche Führungskräfte feindlicher oder negativer Gruppen in Erscheinung treten können.« Nach Kennziffer 4.1.3. sollten diejenigen Bürger isoliert und in Lagern untergebracht werden, »die eine verfestigte feindlich-negative Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR haben und bei denen auf Grund ihres bisherigen Gesamtverhaltens begründete Anhaltspunkte vorliegen, daß unter den Bedingungen von Spannungsperioden, der Mobilmachung oder des Verteidigungszustands von ihnen akute Gefahren ausgehen können, die gegen die Interessen der Sicherheit der DDR und ihre Verteidigungsbereitschaft gerichtet sind«. In solchen Lagern waren auch Personen zu konzentrieren, »die zu reaktionären klerikalischen Kräften und anderen inneren Feinden der DDR enge, operativ bedeutsame Kontakte unterhalten.«⁸⁾

Insgesamt waren im Jahre 1989 in Vorbereitung auf einen »Tag X« etwa 86 000 Bewohner der DDR im Vorbeugungskomplex erfaßt, sie sollten im Spannungsfall oder im Verteidigungszustand festgenommen, isoliert oder verstärkt überwacht werden. Im Bezirk Dresden waren bei 1,7 Millionen Einwohnern rund 8700 Bürger (0,5 Prozent der Bevölkerung) durch den Vorbeugungskomplex erfaßt, im Bezirk Karl-Marx-Stadt bei 1,8 Millionen Einwohnern circa 24 000 Bürger (1,3 Prozent) und im Bezirk Leipzig (1,3 Millionen Einwohner) etwa 11 000 Bürger (0,8 Prozent). Etwa 13 900 (ca. 16 Prozent) der insgesamt in der DDR durch den Vorbeugungskomplex erfaßten Bürger sollten entweder sofort verhaftet oder in Isolierungslager verbracht werden. Im Bezirk Dresden waren das nach einer Aufstellung von 1988 etwa tausend Bürger (12 Prozent der im Vorbeugungskomplex Erfaßten), im Bezirk Karl-Marx-Stadt etwa fünftausend (21 Prozent) und im Bezirk Leipzig etwa tausend Bürger (9 Prozent). Am meisten betroffen waren im Bezirk Dresden neben dem Dresdner Stadt- und Kreisgebiet die Kreise Riesa, Görlitz und Meißen. Im Bezirk Dresden standen den für die Festnahme vorgesehenen tausend Bürgern etwa viertausend Mitarbeiter des MfS gegenüber. Als Isolierungsobjekt der Bezirksverwaltung war die bereits in der Zeit des Nationalsozialismus als Schutzhaftlager benutzte Jugendherberge in Hohnstein vorgesehen.

Zum Ausrufen einer »Spannungsperiode« kam es jedoch nicht. Es ist der Entschlossenheit der Akteure der friedlichen Revolution, aber auch dem Selbsterhaltungstrieb der politisch und militärisch Verantwortlichen zu danken, daß die Instrumente zur massenweisen Verhaftung und Isolierung politisch mißliebiger Bürger nicht zum Einsatz kamen.

Dresden von Oktober bis zum Mauerfall am 9. November 1989

Dresden war Kristallisationspunkt einer eventuellen DDR-Perestroika. Das spiegelte sich in den Beziehungen zwischen Modrow und dem Bezirkschef des MfS Böhm wider. Böhm war seit 1981 Leiter der Dresdner Bezirksverwaltung, er verübte im Februar 1990 Selbstmord. Modrow

Während einer
Demonstration am
5. November 1989
Foto St. Giersch



hatte seit Böhm's Amtseinführung zur Bezirksverwaltung ein gespanntes Verhältnis, er bemühte sich Mitte der achtziger Jahre sogar um Böhm's Ablösung.⁹⁾ Modrow mißfiel, daß die Bezirksverwaltung »plötzlich überall die Finger drin hatte« und bemängelte die schlechte Qualität der Informationen, die er bekam. Er konstatierte, daß die Analysen der Bezirksverwaltung denunziatorisch waren. Bezeichnend ist, daß Böhm in die vielköpfige Kontrollmannschaft einbezogen war, die Anfang 1989 Modrow's Wirken im Bezirk Dresden untersuchte und seine Ablösung vorbereiten sollte.

Böhm war andererseits eine unentschiedene Persönlichkeit. Er hatte sich mit seinem Apparat schon oft angelegt, in der Bezirksverwaltung Privilegien (u.a. den Bezug von »Berechtigungsscheinen«) abgebaut, und er vertrat gegenüber der MfS-Zentrale den Standpunkt, daß Sonderrechte überhaupt zu streichen seien.¹⁰⁾ Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, daß die Bezirksverwaltung des MfS Modrow's Perestroika-Neigungen wenig entgegenzusetzen konnte. Zudem war Böhm offenbar in den entscheidenden Oktobertagen von 1989 von seiner Zentrale ungenügend informiert worden. Nach Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei war es vom 3. bis 5. Oktober 1989 in Dresden zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Ausreisewilligen und der Staatsgewalt gekommen. Böhm war das Vorgehen der Polizei nicht hart genug, er versuchte auf dem Umweg über Berlin sogar die Dresdner Polizeiführung zu entmachten. Charakteristisch für die verzerrte Wahrnehmung der Dresdner Ereignisse durch die Bezirksverwaltung MfS war, daß sie – anders als die Polizei – den Übergang zu friedlichen Demonstrationen am Abend des 7. Oktober 1989 nicht bemerkte oder nicht bemerken wollte und Einsatzalarm auslöste. Böhm befürchtete, die Demonstranten könnten den Zentralen Zuführungspunkt in der Kaserne der 8. VP-Bereitschaft und die Bezirksverwaltung des MfS stürmen. Die Mitarbeiter der Bezirksverwaltung durften die Schußwaffe einsetzen, falls es zu Angriffen der Demon-

stranten gekommen wäre oder falls eindeutig SED-Mitglieder angegriffen worden wären. Noch am Vormittag des entscheidenden 8. Oktober 1989 verhaftete das MfS Personen, die sich an der Vorbereitung der für 15 Uhr geplanten Kundgebung beteiligt hatten.¹¹⁾ Insgesamt war die Lage jedoch verworren: In Berlin kamen am Vormittag des gleichen Tages in Mielkes Amtssitz der Minister des Innern Dickel, der Sekretär für Sicherheitsfragen beim ZK der SED Herger, Krenz, Mielke, seine Stellvertreter Mittig und Schwanitz sowie Schabowski zusammen, um Honeckers Sturz vorzubereiten.¹²⁾ Die Sicherheitsorgane hatten bei dieser Palastrevolution die Ruhe zu gewährleisten. Durch diese Störung in der obersten Hierarchieebene hatten lokale Stellen ungewohnte Entscheidungsfreiheit.

Gegen 11 Uhr wies Honecker in einem Fernschreiben an die ersten Sekretäre der SED die sofortige Zusammenkunft der Bezirkseinsatzleitungen an. Sie sollten Maßnahmen einleiten, um die erwarteten »Krawalle von vornherein zu unterbinden«.¹³⁾ Mielke befahl daraufhin, »alle Personen herauszuarbeiten«, die »in Verbindung mit der möglichen Lageentwicklung« durch eine »Zuführung bzw. Festnahme« auszuschalten seien.¹⁴⁾ Mielke ordnete weiterhin an, die Einlieferung in Isolierungslager für jene Personen vorzubereiten, von denen »in Verbindung mit der möglichen Lageentwicklung antisozialistische und andere feindlich-negative Handlungen und Aktivitäten zu erwarten sind«. Wie ernst dies gemeint war, zeigte eine Besprechung um 21.15 Uhr bei Rosentreter, dem Leiter der in Leipzig für den Vorbeugungskomplex zuständigen Arbeitsgruppe. Hier wurde festgelegt, daß die Verhaftungen vorzubereiten waren und für vier Uhr morgens die Übersicht über die nach Kennziffer 4.1.1 und 4.1.3 festzunehmenden Personen vorzuliegen hätte.

Inzwischen hatte gegen 15.30 Uhr in Dresden eine entscheidende Demonstration begonnen, die das weitere Schicksal der DDR bestimmte. Modrow erklärte zur gleichen Zeit auf der Sitzung der Bezirkseinsatzleitung, für ihn komme nur eine politische Lösung des Konflikts in Frage, und ging gegen 17 Uhr auf Deeskalationskurs. In dieser für ihn unklaren Befehlslage versuchte Böhm mehrfach bei Mielke gegen Modrow zu intervenieren. Innerhalb der nächsten Stunden stimmte jedoch auch er dem von Modrow mit Unterstützung der NVA und der Polizei verfolgten Kurswechsel zu. Der Verlauf dieser dramatischen Zeitspanne kann aus den Aufzeichnungen der Bezirksverwaltung des MfS sehr genau rekonstruiert werden.¹⁵⁾

Modrow zog sich am Abend mit einer sowjetischen Delegation in die Semper-Oper zurück. Er dürfte die Vorgänge auf der Bühne kaum verfolgt haben.¹⁶⁾ Gegen 21 Uhr bildeten die Demonstranten im Polizeikessel auf der Prager Straße per Akklamation eine Vertretergruppe für ein Gespräch mit Oberbürgermeister Berghofer am nächsten Morgen. Diese Gruppe der 20 prägte die weitere revolutionäre Entwicklung in Dresden, ihre Bildung wurde zum Beginn des letzten Abschnitts der Geschichte der DDR. Der Einfluß der Dresdner Bezirksverwaltung des MfS wurde seitdem geringer. Am 9. Oktober 1989 erschien bereits im Verteiler der »Aktuellen Informationen über die politische Lage und das Stimmungsbild im Bezirk«, die die Dresdner SED-Bezirksleitung seit dem 5. Oktober 1989 täglich an das Zentralkomitee schickte, die Bezirksverwaltung des MfS an zweiter Stelle. Bis dahin lautete der Verteiler: BV MfS, BDVP, NVA.¹⁷⁾ Ein kleines, aber sehr wichtiges Detail. Nichtsdestoweniger begann die Bezirksverwaltung des MfS unmittelbar nach der Bildung der Gruppe der 20 mit dem Observieren ihrer Mitglieder und der

Die Stasi in der Bautzner Landstraße wird am 5. Dezember von der Bürgerbewegung besetzt
Foto M. Günther



Kontrolle ihrer Briefe und Telefongespräche. Die Bezirksverwaltung schlug Modrow bereits am 10. Oktober vor, die neuen demokratischen Kräfte und speziell die Gruppe der 20 zu infiltrieren und längerfristig zu paralisieren. Dies wurde Teil eines Gesamtkonzepts des IM-Einsatzes in allen neuen politischen Gruppierungen. Insbesondere ging es um eine Platzierung von »IM in Führungskreisen des politischen Untergrunds«. Es gelang der Bezirksverwaltung des MfS, etwa zehn fachkompetente IM auf Mitglieder der Gruppe der 20 anzusetzen und in Gremien zu platzieren, welche die Gruppe ins Leben rief. Damit versuchte die Bezirksverwaltung die Bedeutung der Gruppe zu verringern. Es gelang ihr jedoch nicht, inoffizielle Mitarbeiter in die Gruppe selbst einzuschleusen. Bereits um den 16. Oktober 1989 sah die Dresdner Bezirksverwaltung keine Möglichkeit mehr, die Gruppe der 20 auszuschalten. Sie legte jedoch Pläne zur Modifizierung der Politik der Gruppe vor. Die Linie gegenüber der Opposition fixierte die Bezirksverwaltung jetzt so: 1. Staat und Gesellschaft stehen nicht zur Disposition, 2. In Dresden wird die Bildung von Gremien der neuen Kräfte möglichst verhindert, 3. Lediglich bestehende Strukturen wie »Volksvertretungen«, ständige Kommissionen und Fachgruppen werden genutzt. Zu dieser Zeit befand sich die Dresdner Bürgerbewegung insgesamt jedoch bereits im Aufwind. Etwa am 20. Oktober schätzte die Bezirksverwaltung ein, daß die Gruppe der 20 Ziele erreicht hatte, die Gruppierungen wie das Neue Forum erst anstrebten. Sie stellte fest, daß die Gruppe in Dresden ein Machtfaktor war und dem bis dahin bekämpften politischen Untergrund (PUT) Legalität verschafft hatte.

Die erste genehmigte Montagsdemonstration (6. November 1989) bereitete die Gruppe noch gemeinsam mit dem Rat der Stadt vor. Sie wurde für die Bezirksverwaltung des MfS zum peinlichen Debakel. Die Demonstration wurde mit einer Kundgebung auf dem Fučikplatz abgeschlossen, welche MfS-Mitarbeiter und SED-Aktivisten massiv stören wollten. Die Störer wurden aber sehr schnell daran erkannt, daß sie an den falschen Stellen klatschten. Die Gruppe

der 20 organisierte dann die folgenden Dresdner Demonstrationen ohne Beteiligung offizieller Stellen.

Inwieweit die Führung des MfS die Situation realistisch einschätzte, zeigten Anfragen Mielkes bei Böhm am 15. und am 30. Oktober 1989: Mielke erkundigte sich, ob die Partei und die Arbeiterklasse »noch stehen« und »ob wir überhaupt noch die Macht haben«. ¹⁸⁾ Die Periode vom Mauerfall am 9. November bis zur Besetzung des Bezirksamts für Nationale Sicherheit (der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS) am 6. Dezember 1989 wurde durch Prozesse in der gesamten DDR bestimmt. Modrow räumt heute ein, daß er bereits um den 8. November Bedenken hinsichtlich einer nahtlosen Weiterarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit hatte. Er erklärte dann auch am 17. November in seiner Regierungserklärung, daß der Apparat des MfS reduziert würde. In der Woche nach dem Mauerfall begann die Polizei, das politisch-operative Zusammenwirken mit dem MfS einzustellen. In dieser Zeit erschloß sich in Dresden ein MfS-Offizier, weil gegen ihn aus Anlaß der Übergriffe von Anfang Oktober ermittelt wurde. Das waren bereits Indizien intensiver Zerfallserscheinungen des MfS.

Die Umbenennung des Ministeriums für Staatssicherheit in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) fand wenig spektakulär am 18. November 1989 statt, als Modrow den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Schwanitz zum Leiter dieses Amtes ernannte. Schwanitz erklärte am 21. November, das AfNS müsse die Bearbeitung »Andersdenkender« einstellen und sich von Begriffen wie »politisch-ideologische Diversion« und »politische Untergrundtätigkeit« trennen. Zwei Tage danach teilte Schwanitz mit, daß 8000 Mitarbeiter das Amt verlassen mußten. Viele von ihnen wurden beim Zoll oder in legendierter Form in zivilen oder in Dienststellen des Ministeriums für Innere Angelegenheiten untergebracht. Markante Zeugnisse dieser Periode sind die im Bezirk Dresden unter der Bezeichnung »Liste Aktivitäten« aufgefundenen Dokumente. Von den dort aufgeführten Veranstaltungen der oppositionellen Kräfte hatte die Dresdner Bezirksverwaltung in den vorangegangenen Wochen noch Kenntnis erhalten, sie konnte sie aber nicht mehr »bearbeiten«. ¹⁹⁾ Die Abteilung XX des Bezirksamts für Nationale Sicherheit beobachtete die Gruppe der 20 allerdings bis zum 27. November. ²⁰⁾ Und noch am 30. November berichtete Böhm an Schwanitz, daß 100 Inoffizielle Mitarbeiter sowohl als Führungspersonen als auch als Mitglieder in die neuen Gruppierungen eingeschleust wurden.

Die Besetzung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit am 5. Dezember 1989

Die Besetzung und Auflösung der Bezirks- und Kreisämter für Nationale Sicherheit waren Höhepunkte der friedlichen Revolution, die anarchische Situation dabei kennzeichnete den ungesteuerten Aufbruch von unten.

Noch am 4. Dezember erklärte Böhm im Gebäude des Bezirksgerichts vor Bürgervertretern, daß er eine Sicherung der Akten der ehemaligen Bezirksverwaltung durch die Bürger ablehnte und dafür nur die Mitarbeiter des AfNS autorisiert seien. Er machte abends in seinem Amt seine Abteilungsleiter in Anwesenheit von Bürgervertretern mit der entsprechenden Weisung von Schwanitz bekannt. ²¹⁾ Auf der abendlichen Kundgebung auf dem Fučikplatz rief Böhm zur Sicherheitspartnerschaft auch mit dem ehemaligen MfS auf. ²²⁾ Vom gleichen Tag datiert auch

sein Bericht an den Vizepräsidenten der Liga für Völkerfreundschaft Toeplitz, in dem er darauf hinwies, daß vom Amt für Nationale Sicherheit Gefahr ausginge. Er teilte mit, daß das System der Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) »funktionstüchtig erhalten bleiben, aber vorerst konserviert werden soll«. Das Schreiben gelangte in die Hände von Mielkes Nachfolgern. Es spricht einiges dafür, daß die Nachfolgeorganisation des MfS Böhm durch Drohungen in den Selbstmord trieb.

Die Besetzung des Bezirksamtes Dresden für Nationale Sicherheit (der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS) läßt sich nach heutigem Erkenntnisstand wie folgt rekonstruieren.²³⁾ Der Sender Dresden brachte seit 11 Uhr stündlich einen Aufruf von Vaatz (Neues Forum) und Wagner (Gruppe der 20), in dem es hieß: »Vertreter des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs führten heute vormittag ein Gespräch mit Vertretern der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Dresden. Dabei erstatteten die Vertreter der basisdemokratischen Gruppen Anzeige gegen die Bezirksstelle des Amtes für Nationale Sicherheit Dresden wegen des dringenden Verdachts strafbarer Handlungen im Sinne des Strafbestandes der Sabotage. Diese Anzeige hat der zuständige Leiter der Kriminalpolizei entgegengenommen. Er wird unverzüglich die zuständige Staatsanwaltschaft einschalten. Die basisdemokratischen Gruppen dringen auf eine schnelle polizeiliche Maßnahme, da sie eine akute Verdunklungsgefahr sehen. Wir bitten interessierte Bürger, diese polizeiliche Maßnahme zu unterstützen.«²⁴⁾ Seit 13 Uhr befand sich Bezirksstaatsanwalt Lindner im Bezirksamt und begann mit der Versiegelung des vorhandenen Materials.²⁵⁾ Anwesend waren auch Funktionäre der SED-Bezirksleitung. Militärstaatsanwälte versiegelten mit Vertretern der Bürgerbewegung Materialien und Zimmer. Die Bürgervertreter beobachteten, daß LKW des Bezirksamtes zum Heizhaus auf der Fischhausstraße fuhren und daß dort Rauch aufstieg. Gegen 14 Uhr passierten Vaatz und Vertreter der Bürgerbewegung nach entsprechender Kontrolle den Eingang. Bei Böhm hielten sich drei Militärstaatsanwälte auf. 15 Uhr begaben sich zehn weitere Bürgerrechtler – immer noch nach Eingangskontrolle – in das Amt und bereiteten im Kultursaal mit Staatsanwalt Börner und dem Vertreter der Kriminalpolizei Schubert die Versiegelung vor. Auf der Bautzner Straße versammelten sich indessen etwa tausend Demonstranten vor dem geschlossenen Tor. Über einen Lautsprecherwagen forderte die Polizei die Demonstranten zu Gewaltlosigkeit auf. Gegen 16.30 Uhr begab sich Böhm zum Tor, kehrte aber wieder um, da Steine geworfen wurden. Er ging mit seinem Stab und sowjetischen Beamten in sein Arbeitszimmer. Im Kultursaal befanden sich bewaffnete Wachsoldaten sowie Bereitschaftspolizei. Zu dieser Zeit erhielten auch Journalisten die Erlaubnis, das Gelände zu betreten. Böhm erklärte, daß mehrere LKW mit Schulungsmaterial und anderen unwichtigen Dingen zum Verbrennen abtransportiert wurden. Gegen 16.45 Uhr kamen Superintendent Ziemer und Oberst Grellert (BDVP) mit ihren Autos. Mit ihnen kamen auch die etwa 5000 Demonstranten von der Bautzner Straße in das Bezirksamt für Nationale Sicherheit. Ziemer und Böhm sprachen jetzt im Kultursaal zu den Demonstranten.²⁶⁾ Ziemer forderte auf, nicht zu randalieren, und erklärte, Ziel der Besetzung sei, das Bezirksamt arbeitsunfähig zu machen und die Mitarbeiter des Amtes zu entwaffnen. Böhm wurde die Dienstwaffe abgenommen. Nach dem Meeting gingen Ziemer und die Demonstranten in die Untersuchungshaftanstalt. Dort war jedoch lediglich eine Gruppe von sieben Häftlingen, ein politischer Häftling war nicht darunter.



Blick auf die Stasi-Zentrale im Januar 1990, Foto F. Zadniecek

Oberst Grellert begab sich in das Arbeitszimmer Böhms, wo sich auch Böhms Stab aufhielt. Die sowjetischen Beamten beobachteten vom Hof aus die Besetzung des Bezirksamts. Eine Gruppe von Bürgervertretern versiegelte die Räume im Haus 1. Böhm und die Militärstaatsanwälte begaben sich jetzt von der Telefonzentrale in Gebäude 1 auf den Hof und wollten in die Richtung von Gebäude 3, wo sich Böhms Arbeitszimmer befand. Ziemer und Schröter als Vertreter der Bürgerbewegung begaben sich zu dieser Zeit in das neben dem Bezirksamt liegende Wohngebiet der Mitarbeiter des Amtes, da ihnen von Lynch-Drohungen berichtet wurde. Dort war jedoch alles ruhig. Etwa zu dieser Zeit wurden gegen Böhm aus der Menge der Demonstranten im Hof des Bezirksamtes Schmährufe ausgestoßen. Gegen 18 Uhr waren Ziemer und sein Begleiter wieder auf dem Gelände des Bezirksamtes. Ziemer suchte im Keller von Haus 2 nach Waffenlagern und nach Haftzellen und ließ Teile des Gebäudes danach versiegeln. Im Gebäude der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) war alles finster. Zwischen 18 und 19 Uhr versiegelten Vertreter der Bürgerbewegung die Räume des Kreisamtes (der ehemaligen Kreisdirektion) Dresden-Land. Böhm war in diesem Zeitraum zeitweise in seinem Arbeitszimmer, zeitweise im Kultursaal. Gegen 19 Uhr teilte Bezirksstaatsanwalt Lindner aus Böhms Arbeitszimmer dem Sender Dresden telefonisch Böhms Verhaftung mit. Obwohl er diese Mitteilung nach Intervention des anwesenden Bürgervertreters wieder zurücknehmen mußte, wurde sie einmal gesendet. Bürger-

rechtler versiegelten jetzt gemeinsam mit Staatsanwalt Börner auf der Fischhausstraße Diensträume des Amtes sowie das Fuhrparkgelände. Gegen 22 Uhr wurden Polizeikräfte herangeführt, die in Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgern die weitere Sicherung des Objekts an der Bautzner Straße übernahmen. Böhm verließ zu diesem Zeitpunkt das Bezirksamt. Am 6. Dezember 1989 gegen 5 Uhr befand sich die gesamte ehemalige Bezirksverwaltung Dresden des MfS in den Händen der Demonstranten.²⁷⁾ Bis 6 Uhr mußten alle Mitarbeiter das Amt verlassen. Von nun an hatten sie keinen Zutritt mehr, Böhm und einige Abteilungsleiter durften sich nur noch unter Begleitung im Amt bewegen.²⁸⁾ Der in Berlin immer noch arbeitende Zentrale Operativstab des Amtes mußte registrieren: »Keine Arbeitsmöglichkeiten. Bezirksamt nur durch Leiter und zwei Stellvertreter besetzt. Militärstaatsanwalt anwesend.«²⁹⁾

Am 6. Dezember traf aus Berlin eine Regierungskommission ein, die »Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates«. Ihre Mitglieder waren der später als MfS-Offizier im besonderen Einsatz enttarnte Stein, der Berliner Polizeioffizier Schlegel und Oberst Hillenhagen vom MfS. Am Nachmittag bildeten Bürgervertreter (Klinkert, Naumann, Reinfried, Schäfer, Vaatz), Vertreter der Kirche (Adolph, Bergmann, Heitmann, Rau, Ziemer) und die Regierungskommission eine gemeinsame Kommission, deren Aufgabe die »geordnete Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit« wurde. Sie übergab am 3./4. Januar 1990 der Regierung und den Dresdner Zeitungen ihren Bericht und faßte Tätigkeit und Sicherheitsdoktrin des ehemaligen MfS in folgenden Kernsätzen zusammen: 1. Jeder ist ein potentiellles Sicherheitsrisiko; 2. Um sicher zu sein, muß man alles wissen; 3. Sicherheit geht vor Recht. Erstmals erfuhr auch die Öffentlichkeit Genaueres über die flächendeckende Überwachung der Bürger und die Zahl der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter.

Am 12. Dezember wurden die ehemaligen Kreisämter für Nationale Sicherheit aufgelöst. Waffen, Munition, Nachrichtentechnik, Schriftgut und Datenträger wurden zentral in der ehemaligen Bezirksverwaltung gelagert.³⁰⁾ Das gesamte Bezirksamt für Nationale Sicherheit war seit dem 4. Januar 1990 ohne Waffen.

Modrow verfolgte im ganzen eine Doppelrolle: Bei gleichzeitiger Ausschaltung der niederen, eventuell putschbereiten Stasi-Ränge sollte der Sicherheitsdienst auf einen harten Kern altgedienter Kader reduziert werden. Eine Weiterführung des MfS war jedoch für die Bürgerbewegung weder in Form eines Amtes für Verfassungsschutz noch in Form einer Aufspaltung in einen Nachrichtendienst (mit 4000 geplanten Mitarbeitern) und einen Verfassungsschutz (mit 10 000 Mitarbeitern) akzeptabel. Nach einer Streik- und Demonstrationswelle im Januar 1990 beschloß der Ministerrat am 12. Januar 1990, keine neuen Dienste mehr zu bilden. Von den ehemals etwa 91 000 hauptamtlichen Mitarbeitern waren bis dahin 30 000 entlassen worden.

Das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße wurde am 15. Januar 1990 besetzt, diese Besetzung versetzte dem Sicherheitsapparat den Todesstoß. Im Juni 1990 beschloß die Volkskammer die Bildung eines parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS. Diesem Gremium gelang es, die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS gesetzlich festzuschreiben. Die Akten des MfS wurden danach in Sonderarchive der neuen Bundesländer überführt, Betroffene erhielten ein Auskunftsrecht. Wenige Tage vor der deutschen Wiedervereinigung wurde

Joachim Gauck Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Verwahrung der Akten des ehemaligen MfS. Aus seiner Dienststelle ging wenig später die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hervor. Das nahezu einstimmig verabschiedete Volkskammergesetz vom 24. Juni 1990 verhinderte dann auch eine von der de-Maizière-Regierung und von der Bundesregierung favorisierte Sperrung und Vernichtung der Akten.

Das MfS verstand sich immer als Teil des Parteikörpers der SED. Die Krise der SED wurde daher zur Krise der Staatssicherheit. Spannungen zwischen der SED-Bezirksleitung und der Bezirksverwaltung des MfS führten jedoch dazu, daß das »Schild und Schwert der Partei« im Bezirk Dresden einen eher geringen politischen Einfluß hatte. Perestroika-Neigungen gab es in der Bezirksverwaltung offenbar keine. Tendenzen wie das Zurückdrängen von Sonderrechten für MfS-Mitarbeiter waren marginal. Ähnlich sind die im Verhältnis zu den beiden anderen sächsischen Bezirken unterdurchschnittliche Anzahl der im Vorbeugungskomplex Erfassten und die Ineffizienz der Bezirksverwaltung im Oktober 1989 zu interpretieren. Im ganzen ist vom Innenleben der Dresdner Bezirksverwaltung des MfS und den lokalen Besonderheiten der Beziehungen zur SED jedoch wenig bekannt.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR. Köln 1996; Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Berlin 1999; Vollnhals, Clemens: Das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1995; Sächsischer Landtag. 1. Sitzungsperiode. Drucksache 1/4773 zu DS 1/213. Schlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft. Dresden 1994; Zusammenwirken. Bausteine politischer Repression in der DDR. Eine Ausstellung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Ausstellungsführer. o.O., o.J. (Dresden, 1998).
- 2) Suckut, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. Berlin 1996, S. 428.
- 3) Vgl. Bürgerkomitee Bautzner Straße (Hrsg.): MfS-Bezirksverwaltung Dresden. Eine erste Analyse. Dresden 1992, S. 5.
- 4) Vgl. Bahr, Eckhard: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden. Leipzig 1990, S. 173.
- 5) Vgl. Deutsche Demokratische Republik. Nationaler Verteidigungsrat. Statut der Einsatzleitung der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. Oktober 1981 (mit Wirkung vom 1.1.1982), Kap. IV, 38, GVS Nr. A 473 500 (Archiv Bürgerbewegung Leipzig. Bestand Arnold. Dresden 6).
- 6) Vgl. Richter, Michael und Sobeslavsky, Erich: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90. Köln 1999, S. 25.
- 7) Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium für Staatssicherheit. Der Minister. Berlin, Juli 1967. Direktive Nr. 1/67. (Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Unterlagen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik [BStU]. MfS. Dokument Nr. 400032.)
- 8) Vgl. Sächsischer Landtag. 1. Wahlperiode. Zu Drucksache 1/4773. Minderheitenvotum zu DS 1/4773 des Abgeordneten Arnold und der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Thema: Schlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft. Dresden 1994, S. 87/88.

- ⁹⁾ Vgl. Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 323.
- ¹⁰⁾ Vgl. Koch, Peter-Ferdinand: Das Schalck-Imperium. Deutschland wird gekauft. München 1992, S. 97.
- ¹¹⁾ Sächsischer Landtag. 1. Wahlperiode. Zu Drucksache 1/4773. Minderheitsvotum des Vertreters der Fraktion Linke Liste/PDS im Sonderausschuß zum Schlußbericht des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge DDR-Herrschaft (Drucksache 1/4773 zu DS 17213), Anlage 2, Dokument A5.
- ¹²⁾ Vgl. Kuhn, Ekkehard: Der Tag der Entscheidung, Berlin 1992, S. 68f., Vgl. Süß, Walter, a.a.O., S. 293.
- ¹³⁾ Erich Honecker. Fernschreiben an alle 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen. Berlin 8.10.1989, 11 Uhr (BStU, ZA, SdM 664, S. 66), zitiert nach: Hollitzer, Tobias: Heute entscheidet es sich: entweder die oder wir« – zum 9. Oktober 1989 in Leipzig. In: Horch und Guck, Heft 23 (2/98), S. 23 (Fußnote 38).
- ¹⁴⁾ Fernschreiben Erich Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten des MfS vom 08.10.1989. VVS MfS o008-71789 (BStU, ZA, DSt 103625, Bl. 1–6), zitiert nach: Hollitzer, Tobias, a.a.O., S. 23 (Fußnote 31).
- ¹⁵⁾ Vgl. Sächsischer Landtag. 1. Wahlperiode. Zu Drucksache 1/4773. Anlagen zum Minderheitsvotum zu DS 1/4773 des Abgeordneten Arnold und der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Thema: Schlußbericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft. Dresden 1994, S.190–201.
- ¹⁶⁾ An diesem Abend wurde »Fidelio« in der Regie von Christine Mielitz gegeben.
- ¹⁷⁾ Vgl. SächsHStArch, Bestand SED-Bezirksleitung, 13218 [unpaginiert].
- ¹⁸⁾ Vgl. BStU, ASt Dresden, BV Dresden, Ltr. BV, 10003, Bl.11 u. Bl.18.
- ¹⁹⁾ Vgl. BStU, ASt Dresden, Abt. XX, AKG-7002, Bd.1.
- ²⁰⁾ BStU, MfS, ASt Dresden, Abt. XX, 9180.
- ²¹⁾ Vgl. Die Union vom 6. Dezember 1989.
- ²²⁾ Vgl. Privatarchiv Herbert Wagner.
- ²³⁾ Schreiben von Peter Schröter vom 23. Juni und 8. Juli und von Arnold Vaatz vom 12. Juli 1999 an den Autor.
- ²⁴⁾ Vgl. Privatarchiv Herbert Wagner.
- ²⁵⁾ Vgl. »1. Bericht der gemeinsamen Kommission aus Bürgervertretern und Beauftragten der Regierung der DDR im ehemaligen Amt für Nationale Sicherheit des Bezirkes Dresden« vom 3. Januar 1990 (Privatarchiv Dieter Reinfried).
- ²⁶⁾ Vgl. Die Union vom 7. Dezember 1989.
- ²⁷⁾ Vgl. BILD vom 21. Oktober 1998.
- ²⁸⁾ Vgl. Die Union vom 8. Dezember 1989.
- ²⁹⁾ Vgl. Zentraler Operativstab. Arbeitsmöglichkeiten der Bezirksämter des ANS. Berlin, 6.12.1989 (BStU, ZKG 128, Bl. 71f.).
- ³⁰⁾ Vgl. Die Union vom 13. Dezember 1989.

Die Bürgerbewegung ist tot, es lebe die Bürgerbewegung!

Gedanken zu Geschichte und Wirkung der IG Äußere Neustadt

Oft, seit ich den Auftrag für diesen Beitrag angenommen habe, habe ich mich gefragt, ob die Zustimmung dazu nicht voreilig gewesen ist. Und so kann ich nicht anders, als mich gleich am Beginn zu einem Zwiespalt zu bekennen, der, und das macht das ganze Unternehmen dann vielleicht doch sinnvoll, auch der oft empfundene Zwiespalt in der Arbeit unserer Bürgerinitiative war: hier die eigene Betroffenheit, da das wohl für eine objektive Beurteilung nötige Maß an Distanz. Ich werde im Wissen um mein Scheitern schreiben und doch mit dem Willen, an all dem als einem Modell festzuhalten. Ich werde keine Namen nennen, obwohl ich weiß, daß wir immer eine Gemeinschaft von Individualisten waren, jede und jeder mit eigenen Vorstellungen und eigenen Motivationen für das Handeln. So werde ich manchmal wir sagen und doch nur mich meinen können, werde ich sagen und glauben, auch andere können sich darin wiederfinden. Ich werde die Ergebnisse unserer Arbeit, die Erfolge wie die Mißerfolge, nur in Stichworten nennen, obwohl es immer die konkrete Arbeit, das konkrete Problem war, das uns bewegte, nur selten die Reflexion über dieses Tun. So gesehen ist dieser Beitrag vielleicht sogar ein Paradoxon, weil er etwas versucht, dessen wir uns, bewußt oder unbewußt, stets verweigert haben, allgemein zu sein, wo es um Konkretes geht. Doch wenn diese Überlegungen mehr sein sollen, als eine Spielwiese für Nostalgie und Verklärung der Monate um den Herbst '89, so müssen sie wohl zwangsläufig die Frage einbeziehen, inwieweit es im etablierten System der parlamentarischen Demokratie Elemente einer basisdemokratischen Beteiligung geben kann. Zugespitzt kann die Frage also nur lauten: Wieviel demokratia verträgt die realexistierende Demokratie?

Am 6. Mai 1989 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt, von denen damals wohl niemand ahnte, daß es die letzten des Staates DDR unter diesen Bedingungen sein würden. Wie fast überall, fand sich auch in der Äußeren Neustadt eine Gruppe vorwiegend junger Leute zusammen, die den Wahlverlauf im Hinblick auf Unregelmäßigkeiten kritisch begleiten wollte. Und natürlich geschah, was voraussehbar gewesen war: offen oder hinter vorgehaltener Hand wurde von Wahlbetrug gesprochen, doch was jeder zu wissen glaubte und manche bewiesen, es blieb ohne direkte Folgen. Was also tun? Sich der Ohnmacht hingeben und bis zur nächsten Wahl warten, um wieder nachzuweisen, was doch jeder wußte? Oder sich engagieren, sich engagieren mehr um der Selbstachtung willen als in der Hoffnung auf Erfolg? Aus dieser Ohnmacht heraus und aus dem Willen nach Veränderungen – die neuesten Abrißpläne für Teile der Äuße-

ren Neustadt wurden von vielen als persönliche Bedrohung empfunden und ließen die Alarmglocken schrillen – kam es am 27. Juli 1989, zunächst noch unter dem Dach des Kulturbundes, zur Gründung der »Interessengemeinschaft Äußere Neustadt«. In der Präambel des Statutes finden sich Worte, die heute, zehn Jahre nach dem Herbst '89, wohl vor allem aus der Euphorie jener Aufbruchzeit verstanden werden können: »Lehren ziehend aus den katastrophalen Folgen bisheriger bürokratischer Administration müßte zukünftige Kommunalpolitik auf dem Wege weitestgehender Selbstverwaltung durch die im Gebiet lebenden Menschen realisiert werden.«

Zwar kandidierten bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990, also genau ein Jahr nach dem ersten spontanen Zusammentreffen, zwei Mitglieder der IG auf der Liste der Alternativen Fraktion, aber es war sicher kein Zufall, daß weder die Gemeinschaft noch einzelne ihrer Mitglieder später in den neugegründeten politischen Bürgerbewegungen des Landes aufgingen oder Mitglied einer Partei wurden. So unterschiedlich die Motivationen der Mitglieder im Detail auch sein mochten, in einigen wichtigen Punkten gab es, offen ausgesprochen oder nicht, Konsens. Dies war zum einen die Wurzel des Erfolges der IG, zum anderen aber die Quelle für die Zerreißprobe, der man sich in den nächsten Monaten und Jahren immer wieder ausgesetzt sah: Politisch aktiv sein, ohne sich in die oft bürokratischen und taktisch geprägten Strukturen größerer politischer Organisationen einbinden zu lassen und frei von ideologischen Korsettstangen zu arbeiten. Die eigene Betroffenheit, das direkte Umfeld als Motor und als Legitimation zu sehen und sich mit diesem Ja zum Gefühl in ein von kühlen Berechnungen und Kalkulationen geprägtes Geschäft einzulassen. Eigenes Fachwissen für diese Arbeit zu nutzen und nur auf diesem Gebiet tätig zu werden, kein Kader zu sein, der, wie es die sogenannten großen Volksparteien vorexerzieren, heute für Finanzen zuständig ist, morgen für Umwelt und übermorgen für Verteidigung. Das alles mit dem Risiko, sich durch den dafür nötigen Zeitaufwand der Chancen für die eigene berufliche Karriere zu berauben. Diese Haltung führte in der IG zur Bildung von verschiedenen Arbeitsgruppen und machte es relativ schnell möglich, den Schritt von der Zeit, da es genügte, gegen etwas zu sein, zu tun in eine Zeit, da es nötig wurde, selbst Initiativen und Alternativen zu entwickeln. Mit bloßem Protest wollte sich keiner zufriedengeben. Nur so können wohl die Erfolge der ersten Monate erklärt werden, der grundsätzliche Abrißstop in der Äußeren Neustadt, die Festlegung der Äußeren Neustadt als Sanierungsgebiet und der Antonstadt als Milieuschutzgebiet, Spielplatzerneuerungen und die Legalisierung sogenannter Schwarzmieter. Es kam zur Einrich-



tung eines Büros und hauptamtlicher Stellen, rechtliche Grundlagen für alternative Wohnformen wurden geschaffen, eine soziologische Befragung wurde durchgeführt und eine Sanierungskommission eingesetzt. Für all das gab die IG entscheidende Anstöße und war maßgeblich an der inhaltlichen Ausgestaltung beteiligt. Natürlich hatte diese Herangehensweise auch ihren Preis. Probleme, die zwar für die Entwicklung des Gebietes als wichtig angesehen wurden, von denen sich aber keiner der Mitglieder wirklich persönlich betroffen fühlte, blieben von Anfang an auf der Strecke oder ihre Bearbeitung verlief mit der Zeit im Sande. So wurde von der IG beispielsweise ein Alten-Café betrieben, doch wie sollte dieses Engagement von Zwanzig- und Dreißigjährigen über längere Zeit aufrechterhalten werden, wenn sie sich selbst ganz akuten Problemen gegenübersehen?

Es kam Anfang 1990 zu mehreren Gesprächen mit dem damaligen Oberbürgermeister und anderen politischen Verantwortlichen, in denen die IG nicht nur als Bittsteller auftrat, sondern – das war natürlich auch der Unsicherheit und Erstarrung der politischen Verwaltung in dieser Zeit geschuldet – als kompetenter Partner, der bestens vorbereitet, dem Gegenüber nicht selten konzeptionell und an Engagement voraus war. Wie der Zusammenbruch des Staates ja auch durch den desolaten wirtschaftlichen Zustand und die politische Großwetterlage befördert wurde, waren genauso die Erfolge einer Bürgerbewegung nicht nur von der eigenen Stärke, sondern von der Schwäche der Verwaltung abhängig. Nur so konnten, auch dank fachlicher Hilfe engagierter Architekten aus der Partnerstadt Hamburg, die eigentlich zuständigen Stellen ein ums andere mal überrumpelt und Ideen durchgesetzt werden, die unter »normalen« Bedingungen wohl nicht oder nicht zu einem so frühen Zeitpunkt realisierbar gewesen wären. Wenn sich heute – wie im westlichen Teil Deutschlands seit Jahrzehnten – Bürgerinitiativen zusammenfinden, um z. B. für die Errichtung einer Fußgängerampel, die Pflege einer Grünanlage oder die Durchsetzung eines Tempolimits auf einer Anliegerstraße einzutreten, so hat dies nur wenig gemein mit der Arbeit der IG in diesen ersten Monaten und Jahren. Diese Feststellung hat nichts mit Verklärung der damaligen Situation zu tun. Denn hier ging es neben der Durchsetzung ganz pragmatischer, einen ganzen Stadtteil betreffender Ziele eben auch um einen neuen Politikansatz.

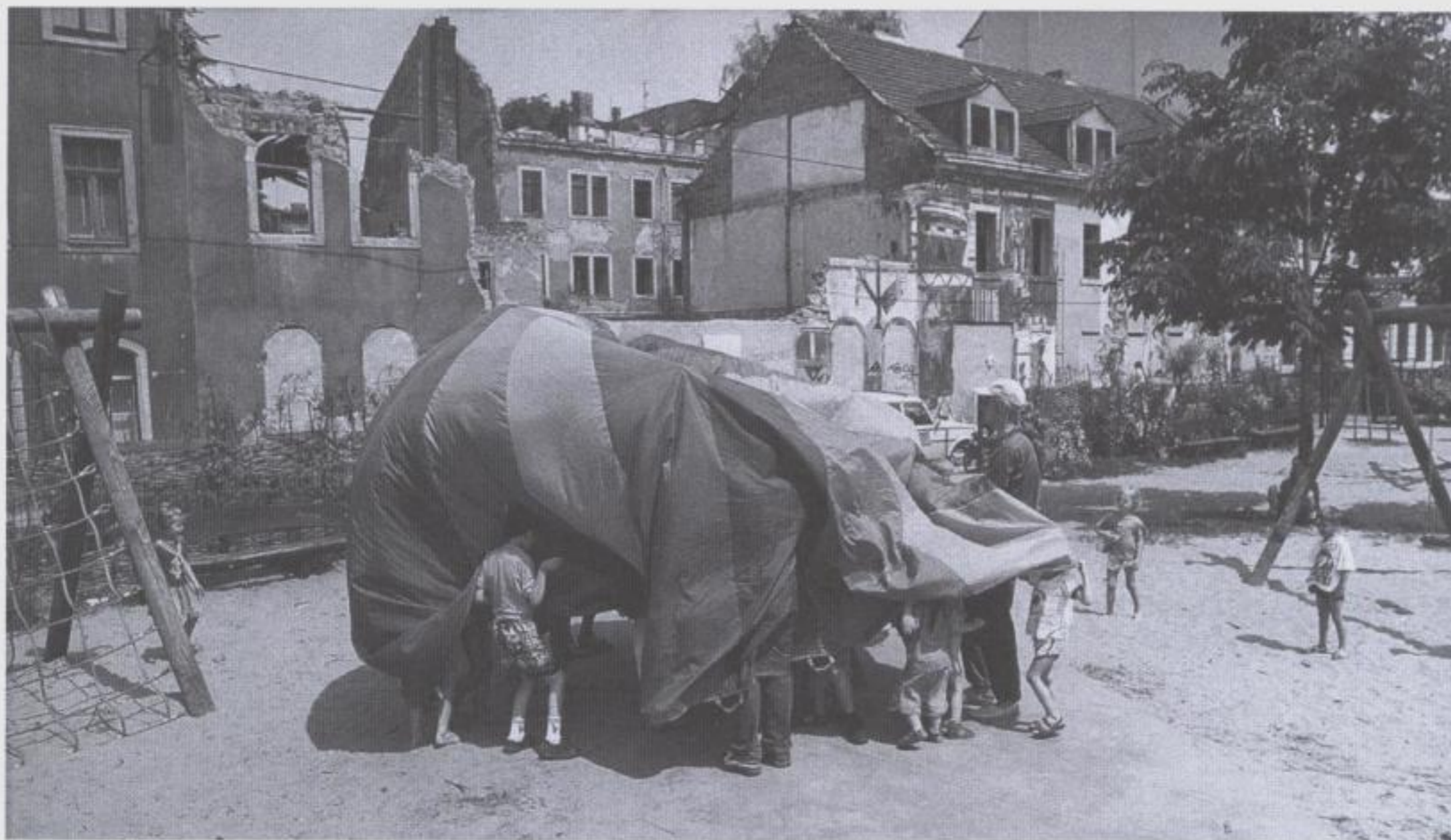
Manches wurde auch in späteren Jahren noch erreicht, wie der durch Fördermittel der Europäischen Union finanzierte Wiederaufbau des Nordbades, der ohne den entschiedenen Druck von seiten der IG wohl nicht zustande gekommen wäre; bei manchem, wie dem Abriss des Ballhauses »Aktiv«, sind wir gescheitert. Mitunter führten die Mißerfolge zu Resignation und Aufgabe, Mitglieder traten aus, nicht selten auch klopften sich andere für die von der Bürgerbewegung erreichten Erfolge auf die Schulter oder benutzten die IG als basisdemokratisches Feigenblatt. Manchmal haben wir mit unseren Befürchtungen recht behalten (Veränderungen der sozialen Struktur, Verkehrsprobleme), manchmal haben wir uns geirrt (z. B. in der anfänglich strikten Ablehnung einzelner Tiefgaragen). Einiges blieb umstritten, wie etwa die Frage, ob man die unter bestimmten Bedingungen gewachsene soziale Struktur der Bevölkerung in der Neustadt durch besondere Mechanismen schützen kann oder sollte, oder ob man ihre Veränderung bei entsprechender sozialer Abfederung als unausweichliche Konsequenz und ein in diesem Sinne ebensolches natürliches Wachsen ansehen sollte.

Kampf um das
Nordbad 1990
Foto G. Starke



Oft haben wir uns im Laufe der Zeit die Initiative aus der Hand nehmen lassen, weil der Druck des Geldes auf die angestrebte behutsame Erneuerung der Äußeren Neustadt übermächtig wurde, die politischen Strukturen sich festigten oder einfach die eigene Kraft und Kompetenz nicht ausreichten. Einerseits war die Euphorie der ersten Monate nicht durchzuhalten, andererseits traten die gewählten oder bestellten Vertreter der Verwaltung nun weitaus resoluter und selbstsicherer auf, so der neue Ortsamtsleiter am 6. März 1992 in der SZ: »Einen ganzen Stadtteil neu zu gestalten, ... das reizt mich.« Oder der Dezernent für Stadtentwicklung: »Ich bin der Auffassung, daß Demokratie nur einen begrenzten Rahmen hat und die Auflagen, die die IG fordert, auf mich den Eindruck machen, daß die Stadtverwaltung schikaniert werden soll ...« Oder Oberbürgermeister Wagner im Februar 1992 in der DNN/Union: »Nach den ersten freien Wahlen haben diese Bürgerbewegungen, die auf parlamentarische Demokratie abzielten, ihre Bedeutung verloren. Dauerhafte Träger der Politik sind Parteien.«

Ein wichtiges Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg der Bürgerbewegung ist sicher die Frage ihrer Legitimation und ihres Rückhalts in der Bevölkerung. Auch da hat es sicher manche Fehleinschätzung gegeben. Konnten wir uns anfangs in Fragen des Abrüststopps beispielsweise oder dem Erhalt einzelner für den Stadtteil wichtiger Gebäude einer breiten Zustimmung, der wir uns zum Teil auch in Befragungen versicherten, sicher sein, befanden wir uns in anderen Fragen (Stichwort Parkplätze oder das Eintreten z. B. für allgemein ungeliebte Jugendprojekte) im Widerspruch zum Willen der schweigenden Mehrheit. Wie damit umgehen, waren wir doch angetreten, eben nicht einen diffusen, schwer zu fassenden Mehrheitswillen, sondern den eigenen Anspruch durchzusetzen, von dem wir freilich oft fälschlicherweise glaubten, er decke sich mit dem Mehrheitswillen? Zu oft gelang es nicht, Betroffene für unsere Ideen zu begeistern oder sie für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zu mobilisieren. In vielen Fällen, berücksichtigt



Am Kinderladen in der Äußeren Neustadt, Foto G. Starke

man die damalige unsichere Situation und die rasanten Veränderungen, die sich im Leben vieler Menschen vollzogen, war das durchaus verständlich. Und doch, so scheint mir, führte dieses Gefühl des Alleingelassenseins auch dazu, dann ganz bewußt die eigenen Vorstellungen durchzusetzen und auf eine Legitimation durch die Mehrheit im Stadtteil zu verzichten. So ist das verstärkte Engagement der IG für alternative Wohnformen einerseits als Versuch zu werten, die soziale Struktur des Viertels zu erhalten, andererseits wohl vor allem dadurch zu erklären, daß viele ihrer Mitglieder selbst in solche Projekte involviert waren.

Ein weiteres Problem war die eigene Organisation. Hatten wir es in der Wendezeit auf der »anderen Seite« mit einem zutiefst verunsicherten, sich in Auflösung oder Neustrukturierung befindlichen Apparat zu tun, dem wir unsere Spontaneität und Entschlossenheit entgegenstellten, standen wir zunehmend vor der Frage, wie man sich festigenden Strukturen gegenüber verhält, ohne selbst in solche Strukturen geraten zu müssen. Das beginnt mit simplen Forderungen beispielsweise des Vereinsrechts und endet mit rechtlichen und bürokratischen Gepflogenheiten bei Eingaben, Beschlußvorlagen oder der Sitzungsdurchführung. Viel von der Spontanität ging dabei verloren, und die zunehmend nötige Fachkompetenz brachte es mit sich, daß einzelne, die sich für ein paar Wochen aus persönlichen oder beruflichen Gründen zurücknehmen mußten, schnell den Anschluß und bald auch die Lust verloren. Überhaupt ist die Freude an der Arbeit ein bei Bürgerbewegungen nicht zu unterschätzender Faktor. Traf man sich anfangs noch im wunderbaren Gefühl der Konspiration in privaten Wohnungen und bei einigen Flaschen Wein – sicher hat dieses Gemeinschaftsgefühl, der emotionale Zusammenhalt einer Gruppe manchen viel mehr angezogen als ein konkretes Problem – und zu spektakulären Aktionen wie der sym-

bolischen Besetzung der Baustelle von Elbe-Chemie (die FAZ fragte am 13. März 1990 ahnungs- und angstvoll, ob dies noch ein Ausläufer der Revolution, also legitim, oder schon Ausdruck einer dem Wandel zur parlamentarischen Demokratie im Wege stehenden Basisdemokratie sei) oder bereitete die lustvollen ersten Feste der Bunten Republik Neustadt mit vor, waren die Sitzungen später gekennzeichnet von langen Tagesordnungen und der eher trockenen Arbeit mit Beschlußvorlagen, Gesetzestexten und Stellungnahmen. Die Politik der kleinen Schritte hatte sich durchgesetzt, das mag manchen frustriert haben, ich schließe mich da nicht aus. Und natürlich, nicht jede private wie berufliche Lebensplanung ließ sich mit der zeit- und kräfteraubenden Arbeit in der Bürgerinitiative vereinbaren. Mit der Gründung gemeinschaftlicher Wohnprojekte hatte zudem für manchen, auch für mich, die Gestaltung des eigenen Umfeldes Vorrang vor dem des ganzen Stadtteils erhalten.

Nicht selten kam später von den Ämtern der Vorwurf, die Bürgerbewegung lasse sich zu sehr vom Gefühl, von der persönlichen Betroffenheit leiten und mißachte bürokratisch eingespielte Formen. Wie war mit so einem Vorwurf umzugehen? Sollte man sich auf diese Formen einlassen, sachlicher werden oder gerade die persönliche Betroffenheit, die Spontaneität, die ungewöhnliche Aktion als eigene Stärke annehmen, offensiv und emotional vertreten? Sollte man zur Erreichung eines bestimmten Zieles Maximalforderungen stellen oder die Argumente der Gegenseite, das Machbare schon im voraus in die eigenen Überlegungen einbeziehen? (Eine Frage übrigens, der sich beispielsweise die Grünen, zu Regierungsverantwortung gelangt, auf nahezu verheerende Weise ausgesetzt sehen.)

Über all diese Fragen wurde zuweilen heftig gestritten, aber man konnte und wollte sie nicht abschließend beantworten, zum einen, weil, wie bereits gesagt, die konkrete Arbeit an Einzelfragen immer den Vorrang vor strategischen und theoretischen Überlegungen hatte, zum anderen sicher auch, weil die lockeren Strukturen einer Bürgerbewegung jedem, der die eigene Vorstellung nicht durchsetzbar hielt, einen raschen Ausstieg ermöglichten. Es war eine Last, denn zum einen wurde durch die pragmatische Schwerpunktsetzung eine Weiterarbeit überhaupt erst ermöglicht, zum anderen blieb wohl dadurch vieles, was für eine langfristige und gezielte Arbeit nötig gewesen wäre, auf der Strecke. Zu einer wirklichen Programmdiskussion kam es eigentlich nie.

Weit weniger problematisch erwies sich dagegen die Tatsache, daß – auch dies ein Erfolg der Anfangszeit – die IG zeitweise zwei hauptamtliche Koordinatorinnen beschäftigte, eine über das Sozialamt angestellt, die andere über das Stadterneuerungsamt, das auch die Bürokosten trug. Konnte man sich in die Abhängigkeit eines Amtes begeben, dessen Arbeit man kritisch begleiten wollte und dem man gegebenenfalls energisch zu widersprechen hatte? Natürlich gab es im Laufe der Zeit versteckte Drohungen, gelegentliche Schüsse vor den Bug, aber zu einer Beeinflussung im Sinne von Anpassung oder einer Institutionalisierung der Bürgerbewegung ist es nie gekommen, was dem Durchsetzungsvermögen der Koordinatorinnen ebenso zu verdanken ist wie der Akzeptanz demokratischer Spielregeln von seiten des Amtes.

Wenn ich eingangs von meinem Scheitern geschrieben habe, so ist dies, bei aller gebotenen Skepsis, nicht zwangsläufig das Scheitern einer Idee. Die Äußere Neustadt wurde wesentlich durch die Arbeit der IG geprägt, viele Weichenstellungen für ihre Entwicklung wären – bei allen

negativen Erscheinungen und Ärgernissen – ohne die bewußte Gestaltung der Umwelt durch ihre Bewohner nicht denkbar gewesen. Die IG Äußere Neustadt arbeitet trotz aller Versuche ihrer Demontage weiter, ihr Engagement und ihre Kompetenz, beispielsweise bei der Mieterberatung, ist nach wie vor unersetzbar. Ihre Funktion als Ansprechpartner für die Bewohner der Neustadt und als Kontrollmechanismus gegenüber der Verwaltung ist nach wie vor wichtig, um so mehr, da sich der gegenwärtig zu beobachtende Wandel der Neustadt vom Wohn- zum Erlebnisviertel gerade für die Bewohner nicht ohne Probleme vollzieht. Um so unverständlicher ist es, daß die bisher vom Stadterneuerungsamt getragene Stelle immer wieder akut gefährdet ist, was natürlich eine langfristige Arbeit erschwert.

Man kann das Nachlassen des Engagements einzelner in den letzten Jahren durchaus im Kontext eines allgemein nachlassenden Gemeinnsinns sehen, doch es scheint, daß gerade in jüngster Zeit, vielleicht bedingt durch die Enttäuschung über die Politik der ja zu Teilen aus der Bürgerbewegung kommenden Vertreter der rot-grünen Koalition, sich vermehrt Bürger auf die Möglichkeit einer Eigenbewegung besinnen.

Wieviel demokratia also verträgt die realexistierende Demokratie? Wann hat eine Revolution ihre Kinder gefressen? Steht, wie die FAZ es formulierte, die Basisdemokratie der parlamentarischen Demokratie im Wege? Das sicher nicht, doch aus meiner persönlichen Erfahrung gibt es keine Antwort, die nicht neue Fragen aufwerfen würde. Fest steht aber wohl, daß die Demokratie, wenn sie diesen Namen verdient, auf das Engagement der Bürger angewiesen ist und sich nicht ohne dieses Engagement durchsetzt. Das mag ein Allgemeinplatz sein, eine Selbstverständlichkeit ist es deshalb noch lange nicht.

Quellen

Archiv der IG Äußere Neustadt

Matthias Flörke, BPS II – Arbeit am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der GUK Kassel, 1992

STEFFEN HEITMANN

Der Gohrischer Entwurf einer neuen sächsischen Verfassung¹⁾

*Nicht Scharfsinn oder Weisheit einzelner schafft eine Verfassung,
sie sind nur ihre Geburtshelfer, –
geschaffen wird sie von der allmächtigen Geschichte.*

Gustav Radbruch

Es ist wohl kein Zufall, daß die Bemühungen um eine neue sächsische Verfassung in Dresden ihr Zentrum hatten. Auch die sächsischen Verfassungen von 1831, 1920 und 1947 sind im wesentlichen in der Landeshauptstadt Dresden entstanden, wobei letztere auf zentralen Vorgaben beruhte.

Ganz gewiß war es im Herbst 1989 nicht unser erster Gedanke, Sachsen neu zu verfassen. Aber es ist doch erstaunlich, wie rasch die revolutionäre Entwicklung auch in diese Richtung führte. Es war eben eine Revolution in der Spur des Rechts.²⁾ Daß Dresden hierbei eine maßgebliche Rolle gespielt hat, mag einerseits mit seiner traditionellen Rolle als Landeshauptstadt zusammenhängen, die übrigens auch während der gesamten Verfassungsdiskussion niemals in Frage stand. Andererseits mag von Vorteil gewesen sein, daß es in der Stadt Dresden nie einen sogenannten Runden Tisch gegeben hat. Die »Runden Tische« – in Polen seinerzeit eine große Errungenschaft der Revolution – wurden ja im Herbst 1989 von der SED als eine Art Domestizierungsinstrument für die Revolution benutzt. In Dresden gab es die Gruppe der 20³⁾, und die hat sich immer gewehrt gegen das Ansinnen, auch auf der Ebene der Stadt einen »Runden Tisch« zu bilden. In ihr, die in ihrem ersten Positionspapier vom 15. Oktober 1989 situationsbedingt noch den Begriff der Opposition für sich abgelehnt hatte, war Schritt für Schritt ein oppositionelles Selbstbewußtsein gewachsen und Sachverstand außerhalb der etablierten Eliten konzentriert worden. Die Wurzeln des »Gohrischer Entwurfs« für eine sächsische Verfassung liegen in der Gruppe der 20.

Die Gruppe der 20 und das Recht

Die ersten Forderungen der Gruppe der 20 waren rechtsstaatliche Forderungen, die sich in den Dialogthemen für die Gespräche mit dem Rat der Stadt niederschlugen. Die Gruppe der 20 hatte ihr heikles zweites Rathausgespräch, in dem die Dialogthemen ausgehandelt werden sollten, am 16. Oktober 1989. Als wir mit dem Rat der Stadt unter dem damaligen Oberbürgermeister Berghofer verhandelten, mitten in den schwierigsten Gesprächen, wurde plötzlich ein

Zettel hereingereicht und dem Oberbürgermeister vorgelegt. Er las ihn und sagte dann beiläufig: er lehne nunmehr das weitere Gespräch ab, denn vor dem Rathaus stünden etwa 10 000 Leute; das sei eine Erpressung, und das ließe er sich nicht gefallen. Wir hätten unfair gehandelt. Freilich hatte das niemand vorbereitet, sondern die Menschen waren spontan zusammengekommen, um zu wissen, was denn erreicht worden sei.

Es ist dann nicht zum Abbruch der Gespräche gekommen. Berghofer hat sich der Auseinandersetzung mit der Masse von Menschen vor dem Rathaus weitgehend entzogen und dies den Mitgliedern und Begleitern der Gruppe der 20 überlassen.

Einer der ausgehandelten Themenbereiche für den Dialog hieß: Recht und Sicherheit. Wir hatten folgende Schwerpunkte aufgeführt:

- Stellung des Rechts in der Gesellschaft der DDR
- willkürliche Auslegbarkeit bestimmter Straftatbestände (bes. 2. u. 8. Kapitel des StGB, z. B. § 217) und anderer Rechtsvorschriften (z. B. § 4 OWVO, VAVO)
- Kontrolle der Sicherheitsorgane (bes. der Staatssicherheit)
- Durchführung der Rechtsmittel in Ordnungsstrafverfahren
- Recht auf Verteidigung bei polizeilichen Maßnahmen in Ermittlungs- und Strafverfahren
- fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit bzw. unzureichende Anfänge
- Entzug der Beweismittel des Bürgers für Übergriffe der Sicherheitsorgane (Behindern des Fotografierens und Wegnahme von Filmen)
- Kontrolle der Untersuchungshaftanstalten und der Strafvollzugsanstalten
- Datenschutz des Bürgers
- Öffentlichkeit der Rechtsprechung in politischen Verfahren.⁴⁾

Es war vereinbart worden, daß sogenannte zeitweilige Arbeitsgruppen am Rande der Stadtverordnetenversammlung gebildet werden sollten. Ziel dieser Gruppenbildung war aus staatlicher Sicht die Kanalisierung des Dialogs in die von der SED dominierten Gremien. In der Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung vom 26. Oktober 1989 war deshalb aus unserem Dialogthema »Recht und Sicherheit« folgendes geworden: »7. Zeitweilige Arbeitsgruppe ›Entwicklung des sozialistischen Rechts«. Die Arbeitsgruppe erhält den Auftrag, Vorschläge zu unterbreiten zur Erhöhung der Rechtssicherheit der Bürger, zur öffentlichen Kontrolle der Durchsetzung bestehender Gesetze und Rechtsvorschriften sowie zur Vervollkommnung des sozialistischen Rechts um den Grundsatz, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und ihre Sicherheit und Geborgenheit uneingeschränkt zu wahren.«⁵⁾ (sic!)

Erst im dritten Rathausgespräch am 30. Oktober konnten die Forderungen der Gruppe der 20 durchgesetzt werden: paritätische Besetzung der Arbeitsgruppen, selbständige Entscheidung der Arbeitsgruppen über ihre Bezeichnung und Aufgabenstellung. Die Arbeitsgruppe erhielt – nach schwieriger Debatte – die Bezeichnung »Recht in der DDR«.⁶⁾

Diese Arbeitsgruppe hat einen umfangreichen Bericht erarbeitet, der fast alle Rechtsgebiete der damaligen DDR berührte. Er wurde bereits am 23. November 1989 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Das war für damalige Verhältnisse ein erstaunlicher Erfolg. Damit war der weite Rahmen rechtsstaatlicher Probleme – noch unter der Annahme des Fortbestehens der



Verfassungs- und Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages anlässlich seiner 2. Klausurtagung vom 31. Januar bis zum 2. Februar 1991 im Gohrischer Hof im Kurort Gohrisch;

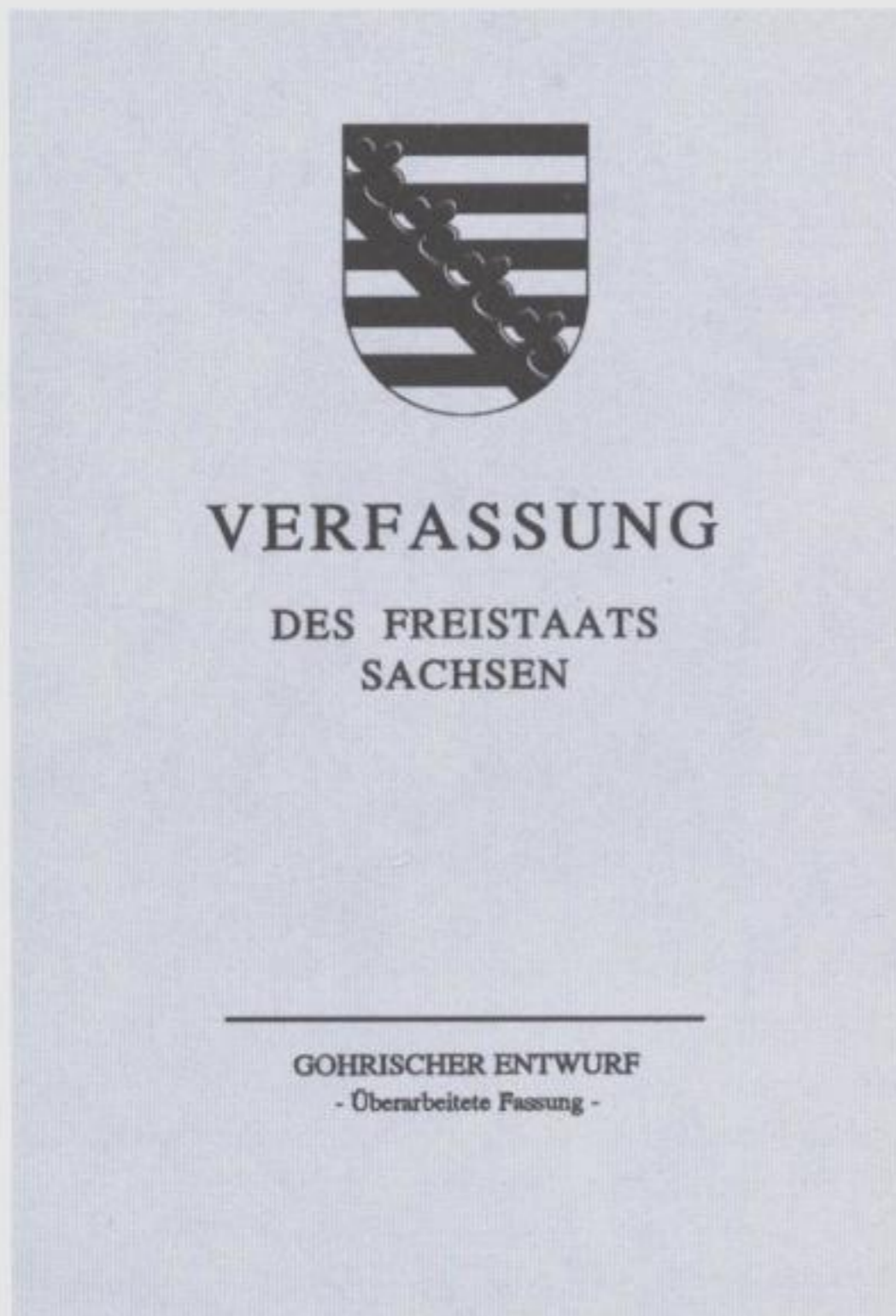
v.l.n.r.: Benedikt Dyrlich (SPD), Wolf-Dieter Eckardt (Mitarbeiter des Staatsministers), Dietmar Franke (CDU), Dr. Ralf Donner (Bündnis 90/Grüne), Wolf-Dieter Beyer (CDU), Hans Heinz Lehner (CDU), Steffen Heitmann (Staatsminister der Justiz), Prof. Dr. Hans-Peter Schneider (Berater), Volker Bandmann (CDU), Dr. Jürgen Rühmann (Mitarbeiter des Staatsministers), Prof. Dr. Hans von Mangoldt (Berater), Volker Schimpff (CDU, Vorsitzender des Ausschusses), Klaus Bartl (Linke Liste/PDS), Klaus-Dieter Kühnrich (CDU), Marko Schiemann (CDU), Dr. Bernd Kunzmann (SPD), Dr. Günter Krone (CDU), Prof. Dr. Wolfgang Marcus (SPD)

DDR – bereits abgesteckt. In einem Passus aber wurde bereits auch die Wiederaufnahme föderaler Strukturen in der DDR gefordert. Später traten auch Überlegungen zu einer erneuerten DDR-Verfassung in den Vordergrund.

Die besondere Bedeutung dieser zeitweiligen Arbeitsgruppen lag darin, daß sie durch Sektionen (später auch Arbeitsgruppen genannt) der Gruppe der 20, also reine Oppositionsgruppen flankiert wurden. So entstand eine breit angelegte Arbeitsstruktur, an der viele Bürger beteiligt waren und die auch in den langsam sich öffnenden Printmedien ihren Niederschlag fand. In den ersten Monaten des Jahres 1990 verlagerte sich die Arbeit bereits auf andere Ebenen, aber es war ein Grund gelegt für die Akzeptanz juristisch qualifizierter Arbeit an den rechtlichen Grundlagen in unserem Land.

Frühe Verbindungen nach Baden-Württemberg

Die sächsische Verfassung von 1831 hatte ihre Vorbilder in der badischen Verfassung von 1818 und der württembergischen Verfassung von 1819. Ist es ein Zufall, daß die sächsische Verfassung von 1992 sich an der baden-württembergischen Verfassung von 1953 orientierte?



Titelblatt (Fassung vom 23. Oktober 1990)

Ministerpräsident Lothar Späth war bereits einige Tage vor dem legendären Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember 1989 in Dresden gewesen⁷⁾, um die Chance der Öffnung der DDR für sein Land zu nutzen. Späth hatte den Wunsch geäußert, auch mit der sich formierenden Opposition zu sprechen, und so war es zu einem Gespräch auch mit Vertretern der Gruppe der 20 gekommen. Ein Ergebnis war eine Einladung an die Gruppe der 20. Unser besonderer Wunsch war, in bezug auf Rechtsfragen Kontakte zu knüpfen und Beratung zu erfahren. Der Sprecher der Gruppe der 20, Herbert Wagner, beauftragte den Verfasser als den Leiter der Sektion Recht der Gruppe der 20 mit der Organisation eines Besuches in Stuttgart.

Bereits Mitte Januar 1990 fuhr eine Gruppe von acht Personen für fünf Tage nach Baden-Württemberg.⁸⁾ An ein ausführliches Gespräch mit Ministerpräsident Späth schloß sich ein facettenreiches Programm an, das Begegnungen vermittelte, die zum Teil weitreichende Folgen auch für die Entstehung des

sächsischen Verfassungsentwurfs hatten. So lernten wir an der Universität Tübingen Prof. Dr. Hans von Mangoldt kennen, der im April 1990 Berater bei der Erarbeitung des Gohrischer Entwurfs wurde und später zum Berater des Verfassungs- und Rechtsausschusses des Sächsischen Landtages berufen wurde. Im Justizministerium begegneten wir Dr. Wolf-Dieter Eckardt, der ebenfalls unsere Verfassungsberatungen von Anfang bis Ende beratend begleitete. Wir führten Gespräche im Landtag, in der Landespolizeidirektion, im Verwaltungsgericht.

Auch mit der kommunalen Selbstverwaltung sollten wir vertraut gemacht werden. Zu diesem Zweck fuhren wir in Lothar Späths Wahlkreis nach Bietigheim-Bissingen. Oberbürgermeister Manfred List empfing uns an der Rathaustrasse wie eine offizielle Delegation. Da hing die deutsche Fahne, da hing die baden-württembergische, und daneben – wir dachten, wir sehen nicht recht – die DDR-Flagge. Das war das erste Mal in unserem Leben, daß uns zu Ehren die DDR-Flagge aufgezogen wurde. Es war auch das letzte Mal. Wir haben uns das dann freundlich verboten und zu erkennen gegeben, daß es uns lieber gewesen wäre, sie hätten die weiß-grüne sächsische Fahne aufgezogen.

Überrascht waren unsere westdeutschen Gesprächspartner über das nicht erlahmende Interesse der ostdeutschen Revolutionäre an den rechtlichen Strukturen. »Gesetzestreue Umstürzler« betitelte das Schwäbische Tagblatt einen Bericht über unseren Besuch.⁹⁾

Die Verbindungen nach Baden-Württemberg sind für den Neuanfang in Sachsen und besonders für die Verfassungsentstehung sehr fruchtbar geworden. Maßgeblichen Anteil daran hatte auch Hans-Peter Mengele, Abteilungsleiter für Internationale Angelegenheiten und innerdeutsche Beziehungen im Staatsministerium in Stuttgart. Er hat nicht nur diese erste Besuchsreise organisiert, sondern einfühlend und zielstrebig die staatliche Wiedergeburt Sachsens gefördert.¹⁰⁾

Bemühungen um die Länderbildung

Um die Jahreswende 1989/90 belebte sich zunehmend der Gedanke der Wiederbegründung der Länder. Auch auf den Demonstrationen tauchte die Forderung nach der Wiedererrichtung Sachsens auf, und man konnte ein erstaunliches Bewußtsein für sächsische Identität beobachten, das wir gar nicht mehr für möglich gehalten hatten. Bis ins letzte Dorf konnte man die weiß-grünen Fahnen aus den Fenstern hängen sehen. Auf den Demonstrationen wurden zunehmend die sächsischen Farben vorangetragen.

Das spürten natürlich auch die Funktionärskräfte auf der Ebene der drei sächsischen Bezirke und sahen darin eine Chance, ihre Macht, die ja in Berlin zunehmend zu bröckeln begann, auf sächsischer Ebene zu festigen und zu sichern. Deshalb gab es ein sehr intensives Bemühen im Dresdener Rat des Bezirkes, Entwürfe für sächsische Rechtsvorschriften auf den Weg zu bringen.

Diese Bemühungen fanden ihren Niederschlag in einer von den Vorsitzenden der Räte der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt herausgegebenen Broschüre mit wenig ausgereiften Entwürfen für eine sächsische Verfassung¹¹⁾, eine Gemeinde- und Landkreisordnung und ein Kommunalwahlgesetz. Sie sollte anlässlich der »Konstituierung des Kuratoriums Land Sachsen« am 18. April 1990 auf der Albrechtsburg zu Meißen der Öffentlichkeit übergeben werden.

Dazu ist es freilich nicht gekommen. Wir hatten angekündigt, daß wir uns an dem geplanten Festakt nicht beteiligen würden. Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 war unsere Stellung inzwischen so gefestigt, daß dadurch das ganze Unternehmen scheiterte. Die schwarze Broschüre, die in großen Mengen gedruckt worden war, wurde der Altpapierverwertung zugeführt, die alten Kräfte waren als Konkurrenten bei der Länderbildung ausgeschaltet.¹²⁾

Einer der politisch führenden Köpfe, Arnold Vaatz, hat damals erkannt: Die Opposition muß jetzt rasch das Thema der Länderbildung besetzen. Und er hat sich hingesetzt und in ein oder zwei Nächten einen Verfassungsentwurf vorgelegt, weithin abgeschrieben von Baden-Württemberg und ein bißchen von Nordrhein-Westfalen, dazu ein paar eigene Ideen beigemischt – für den Juristen gelegentlich etwas fragwürdig. Dieser Verfassungsentwurf, der bewußt als ein rechtsstaatlicher Gegenentwurf konzipiert war, ist von der Gruppe der 20 übernommen, bereits am 23. März unterzeichnet und am 29. und 30. März 1990 in der Dresdner Tageszeitung »Die Union« abgedruckt worden. Die Verbindung zu dieser Zeitung war damals für die Gruppe der 20 außerordentlich wichtig. Ich möchte in diesem Zusammenhang an Uta Dittmann erinnern, die als Beraterin der Gruppe der 20 und als Kulturredakteurin bei der »Union« in der Revolutionszeit eine herausragende Rolle gespielt hat.

Mit der Veröffentlichung des – juristisch noch unzureichenden – Verfassungsentwurfs der Gruppe der 20 war klar geworden: Jetzt muß das Thema Landesverfassung politisch und juri-

stisch qualifiziert besetzt werden. Es mußte versucht werden, einen möglichst breit getragenen, möglichst fachlich unangreifbaren Verfassungsentwurf zu erarbeiten.

Die Fachgruppe 11 der Gemischten Kommission Baden-Württemberg/Sachsen

Der erwähnte Besuch Lothar Späths in Dresden führte – mit Absegnung durch den inzwischen zum DDR-Ministerpräsidenten avancierten früheren Dresdner SED-Chef Hans Modrow – zur Bildung der Gemischten Kommission Baden-Württemberg/Sachsen. Schon Ende Januar 1990 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Vorsitzenden der drei sächsischen Bezirke abgeschlossen; erstmals nach der Auflösung des Landes Sachsen im Jahre 1952 trat der Raum Sachsen wieder als eine politische Einheit auf. Für die Zusammenarbeit wurden zehn Fachgruppen gebildet.¹³⁾ Die Opposition mußte beteiligt werden.

Eine elfte Fachgruppe ist erst relativ spät anlässlich der dritten Tagung der Gemischten Kommission Anfang April 1990 begründet worden. Sie erhielt die Bezeichnung »Verfassung, Verwaltungsreform«. Zu ihrem sächsischen Vorsitzenden wurde der Verfasser gewählt, den Vorsitz auf baden-württembergischer Seite führte Hans-Peter Mengele. Wir haben fünf Untergruppen gebildet; die erste der Untergruppen war die »Unterarbeitsgruppe Landesbildung/Landesverfassung«, später kurz »Arbeitsgruppe Landesverfassung« genannt, die unter Vorsitz des Verfassers den Gohrischer Entwurf für eine sächsische Verfassung erarbeitet hat.¹⁴⁾

Die späte Begründung der Fachgruppe brachte den Vorteil mit sich, daß die Zusammensetzung deutlicher von den neuen politischen Kräften bestimmt werden konnte. Wir haben uns bemüht, diese Fachgruppe auf eine andere Legitimitätsbasis zu stellen als die anderen Gruppen. Wir haben die »Runden Tische« der drei Bezirke gebeten, die von uns vorgeschlagenen Teilnehmer zu bestätigen. Das ist auch geschehen. Dabei lag uns daran, ein möglichst breites politisches Spektrum einzubinden. Das ist auch gelungen.¹⁵⁾

Es war uns von vornherein bewußt, daß der Sachverstand, den wir zu qualifizierter Arbeit brauchten, bei uns nicht in genügendem Maße vorhanden war. Woher sollte er auch kommen? Deshalb lag uns daran, neben den Beratern aus Sachsen¹⁶⁾ fachkundige Berater aus Baden-Württemberg¹⁷⁾ einzubeziehen. Wir haben angestrebt, alle Bemühungen um eine neue sächsische Verfassung, die uns bekannt wurden – man hat sich ja auch anderswo Gedanken gemacht –, in diese Gruppe einzubinden. Am schwierigsten war das mit einem erst spät zu unserer Kenntnis gelangten Entwurf der Leipziger CDU unter Federführung von Volker Schimpff. Dennoch ist es gelungen, ihn noch in unsere Arbeit einzubeziehen.¹⁸⁾

Einer der ostdeutschen Berater, Prof. Dr. Karl Bönninger aus Leipzig, ein Mann von persönlicher Integrität, war von einer schwärmerisch-kommunistischen Auffassung geprägt. Er hat der Entwicklung unserer Arbeit später innerlich nicht mehr folgen können und hat sich zunehmend aus der Arbeitsgruppe zurückgezogen. Er hat an der Sektion Rechtswissenschaft der Leipziger Universität aus den dortigen Mitarbeitern eine eigene Arbeitsgruppe gebildet. Daraus ist der Leipziger Hochschullehrer-Entwurf für eine sächsische Verfassung erwachsen, der später von der Fraktion Linke Liste/PDS in den Landtag eingebracht worden ist¹⁹⁾ und mit ganz wenigen Modifikationen auch von der Fraktion Bündnis 90/Grüne übernommen wurde.²⁰⁾

Ich möchte aus dieser »Arbeitsgruppe Landesverfassung« und ihrem Umfeld vier Personen hervorheben, deren Mitarbeit von besonderer Bedeutung war. Das ist einmal Dr. Bernd Kunzmann, der ein unermüdlicher, sorgfältiger Arbeiter war und die Aufgabe der Verfassungsgebung auch als Abgeordneter bis zur Beschlußfassung im Landtag mit bewundernswerter Energie und beeindruckender Sachkenntnis betrieben hat.²¹⁾ Das ist zum zweiten Dr. Martin Böttger. Er hat über eine Arbeitsgruppe in Chemnitz »grünes« und liberales Gedankengut eingebracht, das in der Gohrischen Arbeitsgruppe sonst nicht vertreten gewesen wäre.²²⁾ Das ist weiterhin Arnold Vaatz, der auch insofern besonders wichtig war, weil er die Legitimitätslinie zum Koordinierungsausschuß herstellte.²³⁾ Und das ist schließlich Dr. Ralf Donner. Er war nicht Mitglied der Arbeitsgruppe, hat aber die Beratungen intensiv begleitet und durch Arbeitspapiere, die er immer wieder eingespeist hat, in ihr mitgewirkt. Insbesondere hat er sich um die Gestaltung des Volksgesetzgebungsverfahrens verdient gemacht.²⁴⁾

Einbindung in den Koordinierungsausschuß

Nach der Kommunalwahl vom 6. Mai 1990 war von den »Runden Tischen« der drei sächsischen Bezirke und ihren Regierungsbeauftragten der »Koordinierungsausschuß für die Bildung des Landes Sachsen« mit Arnold Vaatz an der Spitze gegründet worden. Der Verfasser ist in ihm zum Leiter des »Arbeitsstabs Verfassung, Recht, Gerichtswesen« berufen worden. Als einziger Mitarbeiter stand dort für ein Vierteljahr Dr. Jürgen Rühmann, der als Praktikant abgeordnet war von der Führungsakademie Baden-Württemberg, zur Verfügung. Er hat sich besonders verdient gemacht bei der Überarbeitung des Gohrischer Entwurfs.²⁵⁾

Wir haben durch die Einbindung unserer Arbeit am Verfassungsentwurf in die Arbeit des Koordinierungsausschusses eine neue Legitimitätsbasis unserer Arbeit geschaffen. Dazu trug das Sächsische Forum bei, die Nachfolgeeinrichtung der »Runden Tische« der sächsischen Bezirke unter Leitung von Erich Iltgen.²⁶⁾ Es gab keine Veranstaltung des Sächsischen Forums, auf der nicht über den Stand der Verfassungsberatungen berichtet worden wäre. Wir haben im Rahmen des Sächsischen Forums auch öffentliche Diskussionen zur Verfassung angeboten, zwei in Dresden, eine in Leipzig, eine in Chemnitz.

In diesem Zusammenhang muß über eine Art Schlüsselerlebnis berichtet werden. Wir haben damals noch nicht vom »Freistaat« Sachsen gesprochen, sondern vom »Land« Sachsen. So auch der erste Gohrischer Entwurf. Wir haben zwar über diese Bezeichnung beraten, kamen aber zu der überwiegenden Meinung, daß die Bezeichnung »Freistaat« ein wenig antiquiert klinge und möglicherweise etwas aufgesetzt wirke. Auf einer der Versammlungen des Sächsischen Forums in Dresden trat – es konnte ja jeder das Wort ergreifen, der anwesend war – ein alter Stempelmachermeister aus der Lausitz ans Rednerpult und hielt einen flammenden Beitrag. Mit Emphase sagte er dort den Satz: »Ich bin im Freistaat Sachsen geboren, ich bitte um die Gnade, im Freistaat Sachsen auch sterben zu dürfen.«²⁷⁾ Für mich brachte das die Erkenntnis, daß der Freistaatsbegriff wieder aufgenommen werden müsse.

Wir haben unseren Verfassungsentwurf »Gohrischer Entwurf« genannt, denn wir haben die wesentlichen Sessionen im Kurort Gohrisch in der Sächsischen Schweiz abgehalten. Die Orga-

nisation der Gemischten Kommission lief über den Rat des Bezirkes, der vom März 1990 an die Bezeichnung Bezirksverwaltungsbehörde erhielt. Das führte uns in das Ferien- und Gästehaus der DDR-Regierung nach Gohrisch, das sich rasch in ein »Hotel Gohrischer Hof« verwandelt hatte. Ich kannte es von außen, bin ich doch oft in der Sächsischen Schweiz gewandert. Es waren merkwürdige Gefühle, die wir hatten, als wir dort tagten. Denn es waren noch dieselben Angestellten und es waren noch dieselben Gäste, denen wir dort begegneten. Das Ambiente war ein merkwürdig verschrobenes, gehobenes DDR-Niveau. Aber die Küche war hervorragend und die Bedienung äußerst zuvorkommend. Der Arbeit hat es gedient.

Unter dem 5. August 1990 wurde in einer kleinen grünen Broschüre der Öffentlichkeit der Gohrischer Entwurf für eine Verfassung des Landes Sachsen vorgelegt. Tageszeitungen veröffentlichten den Text, etwa 220 Stellungnahmen gingen ein. In einer abschließenden Sitzung im Oktober 1990 in Gohrisch wurde die überarbeitete Fassung des Gohrischer Entwurfs verabschiedet, in einer Broschüre unter dem 23. Oktober 1990 veröffentlicht und dem Landtag in seiner konstituierenden Sitzung am 27. Oktober 1990 vorgelegt.²⁸⁾

Besonderheiten der Verfassungsentstehung

Vier Besonderheiten sind hervorzuheben.

Erstens: Es ist erstaunlich, daß es gelungen ist, in dieser hektischen Zeit eine Kontinuität der Verfassungsberatungen durchzuhalten. Es stürmten ständig neue Situationen und Vorstellungen auf uns ein. Die Überlegungen wurden ständig überlagert durch neue Rechtslagen. Die Volkammer produzierte pausenlos Gesetze. Und der Weg zur deutschen Einheit änderte sich von Woche zu Woche. Die Kontinuität in der Hektik ist erstaunlich und nachträglich bewundernswert. Sie hat sich in die Zeit der demokratisch legitimierten Verfassungsberatungen im Landtag fortgesetzt. Die personelle und lokale Kontinuität²⁹⁾ hat einer soliden Verfassungsentwicklung in Sachsen ganz sicher gut getan.

Zweitens: Bewundernswert ist auch die Verantwortung, die die einzelnen Teilnehmer im Bewußtsein des Risikos übernommen haben. Denn worum wir rangen, konnte ein Kompromiß für den Papierkorb sein. Die Legitimität war eine zumindest fragwürdige. Das entscheidende Wort – das war uns stets klar – hatte der neu zu wählende Landtag zu sprechen, und der konnte völlig andere Wege gehen.

Drittens: Der Einfluß des Grundgesetzes auf unsere Verfassungsdiskussion war ambivalent. Auf der einen Seite gab er der Diskussion zunehmend Richtung, drängte auch bestimmte illusionäre Vorstellungen beiseite. Auf der anderen Seite aber bedeutete er eine deutliche Eingrenzung eigener Kreativität.

Viertens: Das Verhältnis von Konsensus- und Mehrheitsprinzip war ausgewogen. Wir haben in der Anfangsphase versucht, weitgehend im Konsensusprinzip zu arbeiten, das heißt, die strittigen Fragen so lange zu beraten, bis wir eine einvernehmliche Lösung gefunden hatten. Wenn man die zur Verfügung stehende Zeit bedenkt, wird deutlich, daß das an Grenzen stoßen mußte. Hinzu kam, daß die fortschreitende Formierung der Parteien im Vorfeld der Landtagswahl, die für den 14. Oktober festgesetzt war, nicht ohne gelegentlich verhärtende Wirkung auf

die Mitglieder der Arbeitsgruppe blieb. Zunehmend mußten wir zum Mehrheitsprinzip übergehen, also abstimmen. Dabei war es unser Grundsatz, daß nur die sächsischen Mitglieder abstimmen. Die westdeutschen Berater haben immer nur beraten, nie Entscheidungen getroffen.

Auf diese Weise ist es dennoch eine Verfassung geworden, die von einem breiten Konsens getragen wird: 151 Abgeordnete waren am 26. Mai 1992 im Landtag anwesend, nur 15 Gegenstimmen hat es gegeben und vier Enthaltungen.³⁰⁾ Am 6. Juni 1992 ist die Verfassung des Freistaates Sachsen als erste in den wiederbegründeten Ländern Ostdeutschlands in Kraft getreten.³¹⁾ Es ist eine Verfassung, die – auch das ist einmalig im Osten Deutschlands – eine direkte Linie von der Revolution bis zur Beschlußfassung im Landtag aufweisen kann. In allen anderen ostdeutschen Ländern hat es Brüche und Neuanfänge gegeben. Und es ist eine Verfassung, die wie keine andere in Deutschland wirklich aus dem Volk und mit dem Volk erarbeitet worden ist. Keine Verfassung, die wir je in Sachsen hatten, ist so stark vom Volke legitimiert wie diese. Sie ist – wie es ihre Präambel betont – ein Kind der friedlichen Revolution des Oktober 1989.

Anmerkungen

- 1) Es handelt sich um die überarbeitete Fassung einer Rede, die der Verfasser anlässlich einer Veranstaltung zum 4. Jahrestag der Gründung des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen am 6. Mai 1994 gehalten hat und die unter dem Titel »Zur Entstehung des ›Gohrischer Entwurfs‹ der Sächsischen Verfassung« abgedruckt ist in: Steffen Heitmann, *Die Revolution in der Spur des Rechts*, Hamburg 1996, S. 33–52.
- 2) Vgl. Steffen Heitmann, *Die Revolution in der Spur des Rechts*, Hamburg 1996, S. 11–31.
- 3) Die »Gruppe der Zwanzig« ist am 8. Oktober 1989 aus der ersten gewaltfrei beendeten Demonstration auf der Prager Straße entstanden. Vom 9. Oktober an fungierte der Verfasser als ihr juristischer Berater.
- 4) Original-Typoskript »Zum Gespräch am 16. Oktober 1989« im Besitz des Verfassers.
- 5) Beschlußentwurf für die 3. Tagung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dresden am 26. Oktober 1989.
- 6) Der Arbeitsgruppe haben angehört: Dr. Peter Rühling (Stadtverordneter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe), Steffen Heitmann (Stellvertretender Vorsitzender), von der »Gruppe der Zwanzig«: Stefan Kehrer, Hannelore Leuthold, Hans-Jürgen Magerstädt, Christoph Pöttsch, Dr. Walter Siegemund, Arnold Vaatz; von der Stadtverordnetenversammlung benannt: Christine Schütt (Stadtverordnete), Dietmar Oehring, Dr. Klaus Reinhold, Prof. Dr. Rudi Rödszus, Rainer Ruchatz, Dr. Willi Vock; als Gutachter wirkten mit: Annemarie Steyer, Prof. Dr. Lutz Zimmermann.
- 7) Lothar Späth traf am 10. Dezember mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden zusammen. Bundeskanzler Helmut Kohl traf am 19. Dezember in Dresden ein und hatte hier anlässlich der berühmten, improvisierten Veranstaltung vor der Ruine der Frauenkirche – wie der Verfasser aus persönlichem Gespräch weiß – sein Schlüssel Erlebnis in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung.
- 8) Die Reise fand vom 12.–17. Januar statt. An ihr nahmen teil: Jürgen Bönninger (Demokratischer Aufbruch), Steffen Heitmann, Dr. Bernd Kunzmann (Mitglied der AG Grundsatzfragen des Neuen Forums), Hannelore Leuthold (Mitglied der AG Recht), Hans-Jürgen Magerstädt (Mitglied der AG Recht), Dr. Walter Siegemund (Mitglied der AG Recht), Arnold Vaatz (Sprecher des Neuen Forums, Mitglied der AG Recht), Dr. Herbert Wagner (Sprecher der Gruppe der 20).
- 9) Schwäbisches Tagblatt vom 15.1.1990, gleichlautend in der Südwestpresse vom gleichen Tag.
- 10) Vgl. Hans-Peter Mengele, *Wer zu Späth kommt ...*, Tübingen und Stuttgart 1995, besonders S. 174–223.

- ¹¹⁾ Der Text orientiert sich an der Sächsischen Verfassung von 1947, bleibt in gewissem Umfang dem Geist marxistisch-leninistischer Staatstheorie verhaftet und ermangelt juristischer Klarheit.
- ¹²⁾ Vgl. Bernd Kunzmann, Die Entstehung der Sächsischen Verfassung, Vortrag anlässlich des fünften Jahrestages der Sächsischen Verfassung vom 27. 5. 1997, Broschüre des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, S. 9.
- ¹³⁾ Die Fachgruppen hatten folgende Bezeichnungen: 1. Wirtschaft, Technologie, Handwerk und Management; 2. Soziales und Gesundheit; 3. Umwelt; 4. Finanzen und Kreditwesen; 5. Tourismus/Gastronomie; 6. Kommunale Partnerschaften; 7. Kultur; 8. Wissenschaft und Bildung; 9. Bauwesen und Städtebau; 10. Ländlicher Raum und Landwirtschaft. Die Bezeichnungen wurden in der Folgezeit teilweise verändert.
- ¹⁴⁾ Die anderen Unterarbeitsgruppen hatten folgende Bezeichnungen: 2. Kommunalverfassung/Kommunale Selbstverwaltung; 3. Ausbildung/Fortbildung
4. Verwaltungsstruktur; 5. Polizeirecht und -organisation
- ¹⁵⁾ Der Arbeitsgruppe gehörten an: Dr. Martin Böttger (Neues Forum Zwickau), Steffen Heitmann (Vorsitzender), Dr. Bernd Kunzmann (SPD Dresden), Dr. Michael Lersow (SPD Chemnitz), Volker Schimpff (CDU Leipzig), Arnold Vaatz (CDU Dresden).
- ¹⁶⁾ Prof. Dr. Karl Bönninger (Sektion Rechtswissenschaft der Universität Leipzig), Oberarchivrat Dr. Reiner Groß (Staatsarchiv Dresden), Prof. Dr. Lutz Zimmermann (Institut Recht in Wissenschaft und Technik der Technischen Universität Dresden).
- ¹⁷⁾ Ministerialrat Dr. Wolf-Dieter Eckardt (Justizministerium Baden-Württemberg), Prof. Dr. Hans von Mangoldt (Juristische Fakultät der Universität Tübingen), Leitender Ministerialrat Konrad Freiherr von Rotberg (Innenministerium Baden-Württemberg).
- ¹⁸⁾ Volker Schimpff ist Mitglied des Landtages seit 1990 und hat als Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses an der Verfassungsentstehung mitgewirkt.
- ¹⁹⁾ Drucksache 1/26.
- ²⁰⁾ Drucksache 1/29.
- ²¹⁾ Dr. Bernd Kunzmann war Mitglied des Landtages von 1990–1994 und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.
- ²²⁾ Dr. Martin Böttger war Mitglied des Landtages von 1990–1994 für Bündnis 90/Grüne.
- ²³⁾ Arnold Vaatz war Mitglied des Landtages von 1990–1998, 1990–1991 Staatsminister in der Staatskanzlei, 1991–1998 Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages.
- ²⁴⁾ Dr. Ralf Donner war Mitglied des Landtages von 1990–1994 und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne.
- ²⁵⁾ Der Verwaltungsrichter Dr. Jürgen Rühmann hat 1990/91 als Verfassungs- und Landtagsreferent des Verfassers an den Verfassungsberatungen mitgewirkt. Im Dezember 1991 wurde er in dieser Funktion von der Hamburger Verwaltungsrichterin Andrea Franke abgelöst, die die Verfassungsdiskussion bis zur Beschlußfassung begleitete.
- ²⁶⁾ Erich Iltgen ist Landtagspräsident seit 1990.
- ²⁷⁾ Vgl. Artikel »Dereinst im Freistaat Sachsen sterben dürfen« von Bernhard Heimrich, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 8. 1990, S. 12.
- ²⁸⁾ Der Gohrischer Entwurf wurde von den Fraktionen der CDU und der F.D.P. in den Landtag eingebracht: Drucksache 1/25. Auch die SPD-Fraktion sah ihn als geeignete Diskussionsgrundlage an.
- ²⁹⁾ Neben den schon genannten personellen Kontinuitäten ist auch zu erwähnen, daß der Verfasser als Staatsminister der Justiz – anders als üblicherweise in Deutschland – nach der Geschäftsordnung der Staatsregierung die Zuständigkeit für Verfassungsfragen erhielt.
- ³⁰⁾ Immerhin war bereits der Entwurf durch die Einbringung durch die CDU- und die F.D.P.-Fraktionen und die Annahme als Verhandlungsgrundlage durch die SPD-Fraktion zusammen durch fast 79 Prozent der Wählerstimmen legitimiert. Vgl. Hans von Mangoldt, Entstehung und Grundgedanken der Verfassung des Freistaates Sachsen, Leipziger Juristische Vorträge, Heft 20, Leipzig 1996, S. 14, Anmerkung 18.
- ³¹⁾ Sächs GVBl. vom 5. Juni 1992 (Nr. 20), S. 243.

 ERICH ILTGEN

Der Weg zum Freistaat Sachsen

Gern habe ich der Bitte entsprochen, für die »Dresdner Hefte« über meine Tätigkeit und Eindrücke als einer von zwei Moderatoren des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, nun schon im Abstand von zehn Jahren, zu berichten. Ich möchte das in Form einer Chronologie versuchen und die für mich markanten Ereignisse an verschiedenen Daten festmachen. Vorausschicken möchte ich eine Erinnerung an die Ökumenische Versammlung, die für mich bis heute eine wesentliche Legitimation meiner damaligen Arbeit, aber auch meiner jetzigen Tätigkeit darstellt.

Ausgehend von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver, bat der Stadtökumenekreis Dresden am 13. Februar 1986 – nicht zufällig an einem Jahrestag der Zerstörung der Stadt – die Kirchen, eine DDR-weite ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzuberufen. Ein Jahr später nahm die Mitgliederkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR diesen Vorschlag auf und lud zu einer ökumenischen Versammlung ein. Erstmals seit der Reformation arbeiteten damit alle christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften dieses Landes gemeinsam an den selbst gestellten Themen.

Nach zwei Versammlungen trat schließlich vom 26. bis 30. April 1989 in Dresden die dritte – und letzte – Vollversammlung zusammen, die einen rund einhundertseitigen Text zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung mit überwältigender Mehrheit annahm. Dieser Text wurde sodann in die Europäische Ökumenische Versammlung »Frieden in Gerechtigkeit« in Basel im Mai 1989 und in die Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Seoul im März 1990 eingebracht. In diesem Papier ging es um »Leben in Solidarität – eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit«, um »Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartung«, um den »Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung«, um »Aspekte der Friedenserziehung«, um »Ökologie und Ökonomie«, um »Energie für die Zukunft« und vieles andere mehr.

Bei all diesen Aussagen handelt es sich um weitblickende Erwägungen, wie sie sich später vielfältig auch in unserer Sächsischen Verfassung wiederfinden. Ich möchte das an wenigen Kernsätzen aus dem – für die weitere Entwicklung in Sachsen zentralen – Kapitel »Mehr Gerechtigkeit in der DDR« belegen. So heißt es dort beispielsweise: »Wir brauchen eine Atmosphäre, die den Mut zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten fördert. Diese wird beeinträchtigt durch geheime Überwachung und noch immer ungenügenden Datenschutz. Sie würde aber gefördert durch mehr Rechtssicherheit.«

»Damit Verantwortung in unserer Gesellschaft sachgerecht wahrgenommen werden kann, brauchen wir klar abgegrenzte Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen des Staates sowie eine klare Trennung der Kompetenzen von Staats- und Parteifunktionen.«

»Wahlen, in denen die Urteilsfähigkeit der Bürger wirklich gefordert wird, geben den Gewählten ein tragfähiges Mandat. Das Wahlrecht sollte so reformiert werden, daß die Wähler auf die Aufstellung der Kandidaten wirksam Einfluß nehmen und geheim unter mehreren auswählen können.«

»Im Bildungs- und Erziehungswesen müssen gleiche Chancen für alle, unabhängig von ideologischen Überzeugungen und Mitgliedschaften in Organisationen oder der Art und Dauer des Wehrdienstes, gegeben sein.«

Mit ihrem Reformpapier erwies sich die Ökumenische Versammlung als der Beginn des Mutes in der DDR. Es ging darum, sich – auch in Gemeinschaft mit anderen – ungefragt zu Wort zu melden, aus der Anonymität herauszutreten und durch Übernahme von Verantwortung vom Objekt zum Subjekt der Geschichte zu werden.

Wer aufmerksam, kritisch und unvoreingenommen die Dokumente dieser Zeit studiert, wird feststellen, wie begrenzt doch der Einfluß des Runden Tisches auf die mit großer Geschwindigkeit ablaufenden Prozesse schon aus objektiven Gründen gewesen ist. Der Runde Tisch war eine »Feierabend-Versammlung«, die in der Regel einmal in der Woche oder alle 14 Tage getagt hat, und es bleibt festzustellen, daß trotz allen Engagements eben doch vieles nicht geleistet werden konnte, was aus heutiger Sicht hätte geleistet werden müssen. Und es darf nicht verkannt werden, daß die Schalthebel der Macht gerade in den Bezirken bis zuletzt, d.h. bis zur Aufnahme der Tätigkeit der neuen Landesregierung, mehr oder weniger in den Händen der Vertreter alter Strukturen geblieben sind.

Bürgerbewegungen, neue politische Gruppierungen und Parteien erzwangen im Konsens mit dem alten politischen Apparat am Runden Tisch viele Wendepunkte; auch wurden vereinzelte Versuche, durch Gewalt provokativ den friedlichen Prozeß zu unterminieren, vom Runden Tisch im Keim erstickt. Doch ihr eigentlicher Wert bestand, so meine ich, in dem Willen zur Stabilisierung der politischen Lage, in der Überbrückung eines Machtvakuumms. Diese Konstellation stellte ganz zwangsläufig die Frage nach der Legitimation der Runden Tische im Sinne westlicher Demokratien. Die Runden Tische waren die basisdemokratische Versammlung – vom Volk erzwungen, aber nicht demokratisch legitimiert, zuerst gewollt und mit fortschreitender Zeit noch geduldet von den politisch Verantwortlichen, weil notwendig für ihren Machterhalt. Sie wurden vom Vertrauen der Menschen getragen, da sie ein Maß an Sicherheit in einer unübersichtlichen Zeit boten.

Unbestritten hatten die Runden Tische eine hohe Akzeptanz quer durch die Bevölkerung und waren eine moralische Institution, die die Kontrolle über ein aus allen Bindungen sich lösendes politisches System übernahmen. So war es aus politischer Sicht verständlich, daß sofort nach der Volkskammerwahl im März 1990 der damalige Ministerpräsident und der Innenminister die Auflösung der Runden Tische und der Bürgerkomitees anmahnten. Ich meine, dies geschah schon damals in Verkennung – oder auch nicht – der Tatsache, daß auf der Ebene der Kommunen und der Bezirke die alten Machtstrukturen noch intakt waren, die erst später, im Mai bzw.

Die ökumenische
Versammlung im
Kirchgemeindesaal
der Christuskirche
Strehlen im
Februar 1988



Oktober 1990, durch die Kommunalwahlen bzw. Landtagswahlen aufgelöst wurden. Der Runde Tisch des Bezirkes Dresden widersetzte sich der Entscheidung der Regierung de Maizière und entschied, seine Arbeit fortzusetzen.

Im Wissen um die Schwierigkeit der Arbeit des Zentralen Runden Tisches in Berlin beschränkte sich der Runde Tisch in Dresden von Anfang an auf drei Schwerpunkte. Der erste war die Kontrolle der Administration, des Rates des Bezirkes Dresden, soweit das überhaupt möglich war. Der zweite waren die begleitende Kontrolle bei der Auflösung der ehemaligen Bezirksdienststelle des MfS bzw. der »NASI« und die Unterstützung der dafür gebildeten Arbeitsgruppen. Der dritte Schwerpunkt war: Bildung des Landes Sachsen. Darüber möchte ich stichwortartig berichten. Ich möchte das in Form von Protokollauszügen tun und glaube, damit eindrucksvoll belegen zu können, daß gerade das Thema Bildung des Landes Sachsen sehr intensiv am Runden Tisch des Bezirkes Dresden beraten und vorangetrieben wurde.

Beginnen möchte ich mit der Wiedergabe einer Beratung, die am 30. November 1989 um 16 Uhr in einem Gästehaus auf der August-Bebel-Straße stattfand. Dazu eingeladen hatte Professor Hahn, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, der Nachfolger von Hans Modrow, der zu dieser Zeit schon Willi Stoph im Amt des Ministerpräsidenten abgelöst hatte. Eingeladen waren die Vertreter aller etablierten Parteien, Vertreter der beiden großen Kirchen sowie Vertreter neuer Parteien und Bürgerbewegungen. Drei Fragen stellte Professor Hahn an die Anwesenden: Sind Gespräche an einem Runden Tisch sinnvoll? Wer sollte die Leitung übernehmen? Und: Könnten die Anwesenden den für die nächsten Tage zu erwartenden Aufruf »Für unser Land« mittragen? Während zu den ersten beiden Fragen durchaus Konsens bestand, ergab die Abfrage der Anwesenden zur dritten Frage kein einmütiges Ergebnis, so daß eine für den nächsten Tag geplante gemeinsame Erklärung nicht zustande kam.

Ein weiterer markanter Termin war der 8. Dezember 1989, 15 Uhr, Rat des Bezirkes Dresden; eingeladen hatte der stellvertretende Ratsvorsitzende, Herr Richter. Er berichtete von einem Flugblatt im Schaukasten der SED an der Technischen Universität. Danach, so führte er aus, sei

zu befürchten, daß Gewalt und Gewaltanwendung gegen Gebäude der Stadt unmittelbar bevorstünden und daß es zu unkontrollierten Reaktionen der Bevölkerung kommen könnte. Herr Richter bat die Anwesenden, an der nachfolgenden Veranstaltung um 18 Uhr zwecks Gründung eines Runden Tisches teilzunehmen und mit zur Verfügung zu stehen. Alle Sprecher dieser Runde bekannten sich zum Prinzip der Gewaltlosigkeit. Anlaß zur Sorge hatte neben dem besagten Flugblatt im Schaukasten der SED an der TU auch ein Bericht einer großen Tageszeitung in Dresden gegeben, der zu einer Demonstration vor dem Rat des Bezirkes aufrief. Ich habe es als wohltuend empfunden, daß sich Vertreter dieser Zeitung dann am Abend von diesem Bericht distanzieren und sich entschuldigten.

In dieser Sitzung konstituierte sich der paritätisch zusammengesetzte Runde Tisch des Bezirkes Dresden, an dem 14 Mitglieder von Parteien Platz nahmen; sieben Mitglieder von alten, etablierten Parteien und sieben Mitglieder von neuen Parteien. Zu Beginn stellten das Neue Forum fünf Vertreter, der Demokratische Aufbruch und die SDP (später SPD) je einen Vertreter. Hinzugewählt wurden noch zwei Kirchenvertreter. Herr Lerchner als Vertreter der Evangelischen Kirche und ich haben danach gemeinsam alle Beratungen moderiert. Ende Januar waren die Plätze des Runden Tisches von nachfolgenden Parteien und politischen Gruppierungen besetzt: NF, DA, SDP, Forumspartei, DSU, AKC, Grüne Partei, SED/PDS, CDU, LDPD, NDPD, DBP, Vertreter der Industrie, der Handwerkskammer, Vereinigte Kirche, Domowina, Sächsische Landeskirche, Bischöfliches Ordinariat.

Ein anderes wichtiges Datum war der 21. Dezember 1989, die 2. Sitzung des Runden Tisches. In dieser Sitzung wurde beschlossen: »Zur Unterstützung bei der Auflösung der ehemaligen Dienststelle des MfS benennt der Runde Tisch je zwei Vertreter zur Mitarbeit in den vorgesehenen sechs Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen nehmen am 4. Januar ihre Tätigkeit auf und unterbreiten dem Runde Tisch bis Mitte Februar 1990 Entscheidungsvorschläge.«

Am 4. Januar 1990, in der 3. Sitzung des Runden Tisches, beschloß dieser: »Der Runde Tisch stellt den Antrag auf Integration der basisdemokratischen Gruppen in den Bezirkstag Dresden mit Diskussions- und Antragsrecht.« Am 18. Januar 1990 ergingen durch den Präsidenten des Bezirkstages zur Teilnahme an der Beratung des Bezirkstages am 1. Februar 1990 dann auch die entsprechenden Einladungen.

Am 18. Januar 1990, in der 5. Sitzung des Runden Tisches, kam es zu dem Beschluß: »Der Runde Tisch beauftragt den Rat des Bezirkes, am 25. Januar 1990 dem Runde Tisch (in Berlin) einen Vorschlag für einen gemeinsamen Antrag an die Volkskammer der DDR zur föderalistischen Landesstruktur vorzulegen.« Hier tauchte meines Erachtens zum allerersten Mal die Idee auf, das Land Sachsen zu gründen.

Am 8. Februar, in der 8. Sitzung des Runden Tisches, wird im Protokoll festgehalten: »Vom Präsidenten des Bezirkstages wird angeboten, einen Vertreter des Runden Tisches in das Präsidium des Bezirkstages zu delegieren.« Mit dem einstimmigen Votum des Runden Tisches nahm der Moderator der katholischen Kirche ab sofort diese Aufgabe wahr.

15. Februar, 9. Sitzung: Der Runde Tisch vermerkt: »Die Teilnehmer des Runden Tisches nehmen das Angebot des Präsidenten des Bezirkstages zur Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen des Bezirkstages sowie in der Parlamentarischen Gruppe zur Bildung des Landes

Sachsen zur Kenntnis. Die Parteien und politischen Vereinigungen benennen dem Präsidenten Vertreter.« – Hier war meines Erachtens der Versuch unternommen worden, die neuen Kräfte in die Arbeit einzubinden, ähnlich wie es Hans Modrow mit den Vertretern des Zentralen Runden Tisches in Berlin getan hat. Das Echo auf diesen Versuch war allerdings nicht besonders gut.

Am 1. März, in der 11. Beratung des Runden Tisches, wird bestätigt: »Der Runde Tisch stimmt dem Vorschlag der Tagungsleitung zur Bildung einer Initiativgruppe für die Koordinierung der Aktivitäten der Runden Tische und der Räte der Bezirke zur Bildung des Landes Sachsen zu.« Diesem Beschluß ist zu entnehmen, daß neben dem Bezirk Dresden auch die anderen Bezirksstädte in gewisser Weise schon an der Erarbeitung von Unterlagen zur Bildung des Landes Sachsen beteiligt waren. Weiter ist festgehalten: »Die Tagungsleitung (die Moderatoren) übernimmt die Koordinierung der Kontaktaufnahme zu den Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt.« Das Abstimmungsergebnis ist sicher interessant, es lautete: 10:0:4, also ohne Gegenstimme bei vier Enthaltungen. In dieser Beratung gab es auf Antrag des Demokratischen Aufbruchs auch einen Beschluß zur Diskussion von Vorschlägen zum Entwurf des Kommunalwahlgesetzes zur nächsten Beratung des Runden Tisches am 8. März 1990 und zur Neubesetzung des Arbeitsstabes zur Auflösung der ehemaligen Dienststelle des MfS.

Am 22. März 1990, in der 14. Beratung des Runden Tisches, zeigte sich, daß die erste freie, geheime und demokratische Wahl der Volkskammer sichtbare Auswirkungen auf den Runden Tisch nahm. Es wurden in dieser Beratung wichtige Beschlüsse gefaßt. Erster Beschluß: »Ab 29. März tagt der Runde Tisch in einer anderen Zusammensetzung.« Bisher war nur immer ein Vertreter einer politischen Partei Mitglied des Runden Tisches gewesen. Durch die Volkskammerwahl hatten sich andere politische Kräfteverhältnisse ergeben. Der Beschluß vom 29. März trug in gewisser Weise diesen neuen Verhältnissen Rechnung. Alle nachfolgenden Entscheidungen waren wesentlich von neuen Machtverhältnissen geprägt. Zweiter Beschluß: »Der Runde Tisch beschäftigt sich zukünftig schwerpunktmäßig mit der Herausbildung des Landes Sachsen.« Erneut wurde der Wille deutlich, die Ländergründung zu befördern. Dritter Beschluß: »Zukünftige Entscheidungen des Bezirkstages sollen vorher am Runden Tisch beraten werden.« An diesem Tage wurde auch über die Ankündigung einer Auftaktveranstaltung auf der Albrechtsburg in Meißen durch den Rat des Bezirkes informiert, ohne nähere Angaben zum Inhalt zu machen. Daraus sollte noch ein schwerwiegendes Problem erwachsen.

Am 29. März in der 15. Beratung des Runden Tisches kam es zum Eklat, als bekannt wurde, daß in einer gemeinsamen Veranstaltung der Räte der Bezirke und geladenen Gästen auf der Meißner Albrechtsburg unter weitestgehender Ausschaltung der neuen politischen Kräfte das zukünftige Land Sachsen beschlossen werden sollte. Obwohl sich das Präsidium des Bezirkstages am 3. April gegen die Konstituierung des Kuratoriums zur Bildung des Landes Sachsen am 18. April ausgesprochen und einen Beschluß dazu gefaßt hatte, liefen seitens der Räte der Bezirke die Vorbereitungen weiter auf Hochtouren. Das Ergebnis ist allseits bekannt. Auf Grund scharfer Proteste von Vertretern neuer Parteien, Bürgerbewegungen und Persönlichkeiten fiel die Veranstaltung auf der Albrechtsburg aus.

Am 19. April 1990, einen Tag nach der geplanten Veranstaltung, wurde vom DSU-Landesverband ein Aufruf veröffentlicht, der argumentativ treffend zum Ausdruck brachte, wie man

sich die Bildung des Landes Sachsen vorstellte. Der entscheidende Satz lautete: »Die Gestaltung des Landes Sachsen und die demokratische Meinungsbildung müssen offen und bürgernah erlebt werden.« Am selben Tag, also am 19. April, beschloß der Runde Tisch in seiner 17. Beratung, eine »Arbeitsgruppe Land Sachsen«, die den Auftrag bekam, geeignete Lösungsvorschläge zur weiteren Vorbereitung der Bildung des Landes Sachsen zu erarbeiten. Sicher auch als Reaktion gemeint, beschloß der Runde Tisch bei drei Ablehnungen die Auflösung des Bezirkstages Dresden. In der folgenden Sitzung des Bezirkstages Dresden am 26. April brachte der Vertreter des Runden Tisches im Präsidium den Antrag über die weitere koordinierte Zusammenarbeit aller drei Runden Tische der Bezirke, Parteien und Räte der Bezirke ein.

Am 3. Mai, in der 18. Beratung des Runden Tisches, wird ein Papier der Arbeitsgruppe zur Bildung eines vorparlamentarischen Ausschusses vorgelegt und beschlossen. In dieser Beratung wird Herr Vaatz einstimmig als amtierender geschäftsführender Leiter des Koordinierungsausschusses gewählt mit dem Auftrag, das Arbeitspapier mit den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Leipzig abzustimmen. Aus Leipzig war in dieser Zeit eine ähnliche Aktivität bekannt geworden. Unter der Firmierung »Runder Tisch Land Sachsen« – »Klare und einheitliche Regelung eines zukünftigen Landes Sachsen als Voraussetzung zur Behauptung in einer zukünftig föderalen Struktur im vereinten Deutschland«, so ein Kernsatz aus dem Papier, das dem Moderator damals zugeschickt worden ist, – wurde nun ebenfalls die schnelle Bildung eines Forums für das Land Sachsen gefordert. Viele weitere Entwürfe von unterschiedlichen politischen Gruppierungen sind dem Moderator in diesen Tagen bekannt geworden, die ich aber jetzt im einzelnen nicht aufzählen möchte. In der letzten Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden im Juli 1990 schlug der Moderator vor, den weiteren Prozeß der Länderbildung und der Verfassungsdiskussion öffentlich zu machen durch die Gründung eines Sächsischen Forums.

Was dieses Sächsische Forum zukünftig praktisch leisten könnte, hatte der Moderator und Leiter des Sächsischen Forums in einem Zeitungsinterview vom August 1990 so formuliert: »Das politische Credo im revolutionären Prozeß gegründeter Parteien und basisdemokratischer Gruppen gerät schon bald in Gefahr, vergessen oder aber mit Fortdauer der Entwicklung als politische Nörgelei abgetan zu werden. Ihnen und allen demokratischen Kräften und Parteien eine Plattform, ein Forum zu bieten, ist Anliegen des Sächsischen Forums. In seinem Selbstverständnis will das Sächsische Forum vorhandene Demokratiedefizite von unten nach oben auffüllen und befördern. Es will offen sein für demokratische Parteien, Basisgruppen, Bewegungen und Verbände. Durch seine Überparteilichkeit will es Brücke von der Öffentlichkeit zum Parlament sein. Es will keine Macht, sondern strebt nach Kompetenz. Es will keine Vermischung der Verantwortlichkeit, sondern klarstellen. Es will nicht mit dem Parlament konkurrieren, sondern es ergänzen. Aus den Erfahrungen der jüngsten Geschichte und aus den Erfahrungen föderalistischer Strukturen der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Länder wird die Subsidiarität der politischen Entscheidungsfindung ein unverzichtbares Element künftiger demokratischer Strukturen auch des Landes Sachsen werden müssen.« Wenn man so will, ist das Sächsische Forum der Versuch, Basisdemokratie – beginnend mit dem Neuen Forum des Herbstes '89 – in die Zukunft des Landes Sachsen einzubringen. In diesem Sinne beschloß der Runde Tisch des Bezirkes, ein Sächsisches Forum zu gründen.

Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß kein anderer Runder Tisch so ausdauernd und konsequent das Ziel der Länderbildung verfolgt hatte wie der des Bezirkes Dresden. In den Monaten August und September 1990 tagte das Sächsische Forum insgesamt fünfmal in den Städten Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig. Viele Bürger beteiligten sich an den Diskussionen der zukünftigen Strukturen des Landes und seiner Verfassung. Und es war sicher ein großer Erfolg für den Koordinierungsausschuß, daß noch vor der Wahl zum Sächsischen Landtag am 14. Oktober 1990 die öffentlichen Ausschreibungen zukünftig zu besetzender Ministerien und Ämtern erfolgten. Der Sorge, daß alte Funktionsträger und Amtsinhaber automatisch in adäquate Funktionen der zukünftigen Landesregierung schlüpfen konnten, war damit weitestgehend die Grundlage genommen.

Die Gründung und die Arbeitsweise des Koordinierungsausschusses, abgekoppelt von der bestehenden Administration des Rates des Bezirkes, stellte ohne Zweifel ein Novum in der Herausbildung eines neuen Bundeslandes dar. Mit dem Beschluß des Bezirkstages vom 26. April 1990 zur Bildung des Koordinierungsausschusses und dem Beschluß des Runden Tisches, ein Mitglied mit der Leitung zu beauftragen, übernahmen die neuen politischen Vertreter erstmalig im Verlauf der friedlichen Revolution des Jahres 1990 selbständige politische Verantwortung, ein politisch hochinteressanter Knickpunkt.

Der Runde Tisch des Bezirkes Dresden war ein politisches Instrument, das in einer Zeit des Machtvakuum die politische Landschaft deutlich machte und die Forderungen neuer gesellschaftlicher Kräfte auffing und transportierte. Er war von der herrschenden politischen Administration gewollt und teilweise auch initiiert, jedoch nur so lange, bis sich neue, tragfähige und legitimierte Strukturen herausgebildet hatten. Durch den Beschluß des Runden Tisches, nach der Volkskammerwahl im März 1990 sich nicht aufzulösen, kam es zur ersten ernsthaften Konfrontation zwischen der alten Administration und den neuen Kräften. Mit dem Beschluß des Runden Tisches im Mai 1990, einen Vertreter der neuen Kräfte als Leiter des Koordinierungsausschusses einzusetzen, kam es zur ersten eigenständigen, weitestgehend dem Zugriff der alten Administration entzogenen Verwaltungseinheit, die in der Vorbereitung des zukünftigen Landes Sachsen ihre Aufgabe hatte.

Die Bildung des Koordinierungsausschusses war für mich rückblickend das einzig Selbständige des revolutionären Prozesses durch die neuen politischen Kräfte seit dem Herbst '89.

Dieser zweifellos einmalige Sonderweg in der Vorbereitung der Bildung eines Landes kulminierte in der innerparteilichen Auseinandersetzung der stärksten politischen Kraft in dieser Zeit. Die vom Koordinierungsausschuß erarbeiteten Strukturen konnten personell noch vor der Landtagswahl durch öffentliche Ausschreibungen – zumindest in den leitenden Funktionen – ausgefüllt werden. Dies hat den nachfolgenden Aufbau des Landes maßgeblich positiv beeinflusst und zu stabilen politischen Verhältnissen geführt. Die Vorbereitung zur Bildung des Landes Sachsen war natürlich Aufgabe von Behörden und Parteien, aber auch der Öffentlichkeit und damit die Angelegenheit aller Sachsen. Das Sächsische Forum hatte es in Anbindung an den Koordinierungsausschuß zur Länderbildung übernommen, diese Arbeit ohne weiteren Zeitverzug zu befördern und öffentlich zu machen.

Gesamtverzeichnis Dresdner Hefte

- 1 (1983)* Dresden im 19. Jahrhundert
- 2 (1983)* Ehrenfried Walther von Tschirnhaus 1651–1708
- 3 (1984)* Absolutismus in Sachsen
- 4 (1984)* Langfristige Orientierung – kulturelles Erbe und revolutionäre Traditionen im Bezirk Dresden
- 5 (1985)* Das kulturhistorische Dresden von 1830 bis 1871
- 6 (1985)* Sozialentwicklung in Dresden nach 1830
- 7 (1985)* Heinrich Schütz
- 8 (1985)* Vom kulturellen Anfang im Raum Dresden nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus
- 9 (1986)* Von Gottes gnaden Augustus – Herzog zu Sachsen, Churf.
- 10 (1986)* Wirken und Wirkung – zur Kunstentwicklung im Dresden der 50er Jahre (20. Jh.)
- 11 (1987)* Zur Kunstentwicklung in Dresden im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts
- 12 (1987)* Beiträge zur sächsischen Schulgeschichte
- 13 (1987)* Johann Gottlob von Quandt und die kulturelle Emanzipation des Dresdner Bürgertums
- 14 (1988)* Expressionismus in Dresden im ersten Viertel unseres Jahrhunderts
- 15 (1988)* Sachsen und die Wettiner (historischer Abriss)
- 16 (1988)* Dresdner Kultur im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts (Teil I)
- 17 (1988)* Dresdner Kultur im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts (Teil II)
- 18 (1989)* Carl Gustav Carus 1789–1869
- 19 (1989)* 1789 – Zeichen der Zeit (Die Wirkung der Französischen Revolution auf Sachsen)
- 20 (1989)* Von der Residenz zur Großstadt – Aspekte kultureller Entwicklung von 1871 bis 1918
- 21 (1990)* Zur Festkultur des Dresdner Hofes
- 22 (1990)* Rudolf Mauersberger 1889–1971 Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zum 100. Geburtstag
- 23 (1990)* Auf der Suche nach Zukunft – Das Beispiel Pieschen
- 24 (1990)* Die Residenz des sächsischen Königreiches in der bürgerlichen Umwälzung von 1830 bis 1871
- 25 (1991)* Die zwanziger Jahre – Stadtkultur in Dresden
- 26 (1991) »Dem Mute aller Sachsen anvertraut« – Landesverfassung und Reformen in Sachsen nach 1831
- 27 (1991)* Repräsentation und Historismus – Dresden am Ende des 19. Jahrhunderts
- 28 (1991)* Wiederaufbau und Dogma – Dresden in den fünfziger Jahren (erw. Nachdruck 1995)
- 29 (1992)* Um die Vormacht im Reich – Christian I., Sächsischer Kurfürst 1586–1591
- 30 (1992)* Schola crucis, schola lucis? – Tradition und Neubestimmung von Kreuzschule und Kreuzchor
- 31 (1992)* Die knisternde Idylle – Dresden in den sechziger Jahren
- 32 (1992)* Die Dresdner Frauenkirche. Geschichte – Zerstörung – Rekonstruktion
- 33 (1993)* Johann Georg II. und sein Hof – Sachsen nach dem Dreißigjährigen Krieg
- 34 (1993)* Die Loschwitz-Pillnitzer Kulturlandschaft
- 35 (1993)* Dresden 1933–1945 Zwischen Verblendung und Angst
- 36 (1993)* Reformdruck und Reformgesinnung – Dresden vor dem Ersten Weltkrieg
- 37 (1994)* Dresden in der Napoleonzeit
- 38 (1994)* Das Dresdner Schloss – Geschichte und Wiederaufbau
- 39 (1994)* Dresden in der Weltwirtschaftskrise
- 40 (1994)* Dresden und Italien – Kulturelle Verbindungen über vier Jahrhunderte
- 41 (1995) Dresden – Das Jahr 1945
- 42 (1995) Die Moritzburger Kulturlandschaft
- 43 (1995)* Der Dresdner Maiaufstand von 1849
- 44 (1995)* Der Dresdner Neumarkt – Auf dem Weg zu einer städtischen Mitte
- 45 (1996) Zwischen Integration und Vernichtung – Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert
- 46 (1996)* Der stille König – August III. zwischen Kunst und Politik
- 47 (1996) Großes Ostragehege / Friedrichstadt – Geschichte und Entwicklungschancen

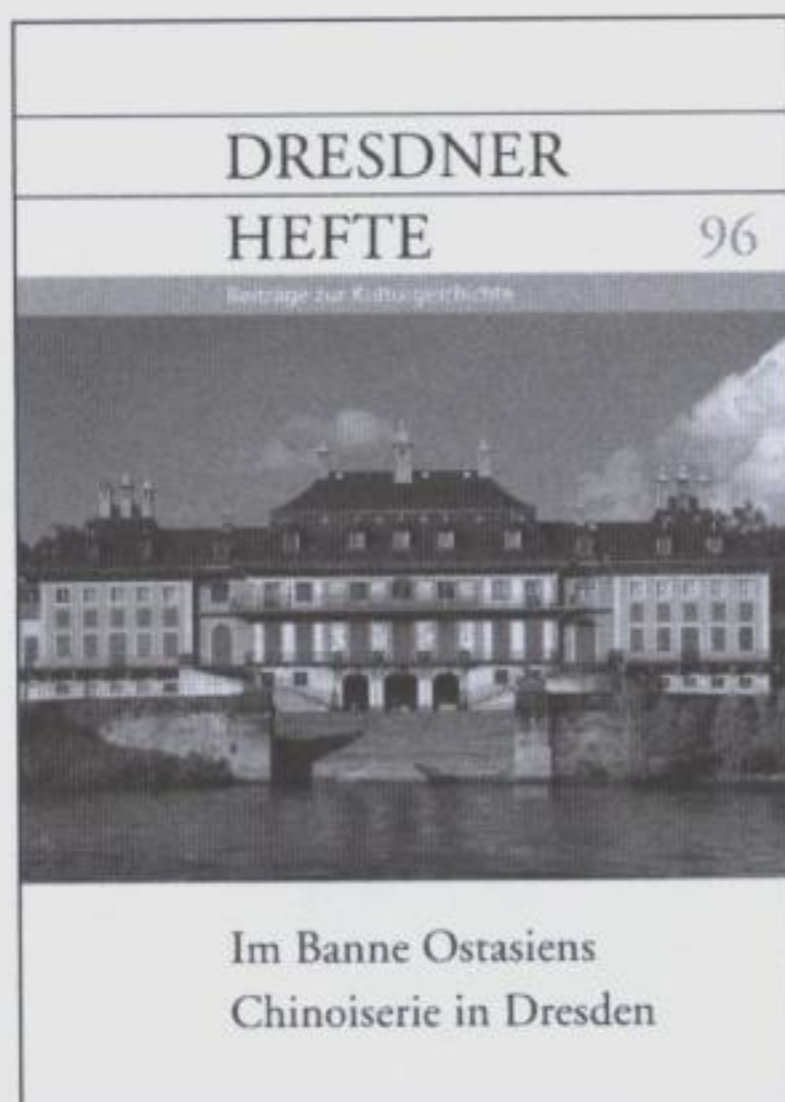
- 48 (1996)* Böhmen und Sachsen – Momente einer Nachbarschaft
- 49 (1997) Sammler und Mäzene in Dresden
- 50 (1997)* Polen und Sachsen – Zwischen Nähe und Distanz
- 51 (1997) Gartenstadt Hellerau – Der Alltag einer Utopie
- 52 (1997) Kurfürst Moritz und die Renaissance
- 53 (1998)* Dresden als Garnisonstadt
- 54 (1998) Kulturlandschaft Lößnitz–Radebeul
- 55 (1998) Geschichten vom Sport in Dresden
- 56 (1998) Sachsen im Dreißigjährigen Krieg
- 57 (1999) Zwischen Nationalismus und »singender Revolution« – Visionen des 20. Jahrhunderts in Dresden
- 58 (1999) Dresden und die Anfänge der Romantik
- 59 (1999)* »Wir treten aus unseren Rollen heraus« – Die Bürgerbewegung 1989/90 in Dresden
- 60 (1999) Streifzüge durch die Dresdner Justiz
- 61 (2000) Industriestadt Dresden? Wirtschaftswachstum im Kaiserreich
- 62 (2000) Caroline, Berta, Gret und die anderen – Frauen und Frauenbewegung in Dresden
- 63 (2000) Große Ausstellungen um 1900 und in den zwanziger Jahren
- 64 (2000) Die Verschwörung zum Guten – Freimaurerei in Sachsen
- 65 (2001) Dresden im Mittelalter
- 66 (2001) Johann Gottlieb Naumann – Komponist in vorromantischer Zeit
- 67 (2001) Von der Natur der Stadt – Lebensraum Dresden
- 68 (2001) Sachsen und Dresden im Siebenjährigen Krieg
- 69 (2002) Refugium Schloss – Kulturelle Zirkel im Dresdner Umland um 1800
- 70 (2002) Großbritannien und Sachsen – Erfahrungen gemeinsamer Kultur
- 71 (2002) Die Dresdner Frauenkirche – Geschichte ihres Wiederaufbaus
- 72 (2002) Unruhe über der Stadt – Dresden und der Expressionismus
- 73 (2003) Das albertinische Sachsen und die Reformation
- 74 (2003) Russland und Sachsen in der Geschichte
- 75 (2003) Der Architekt und die Stadt – Gottfried Semper zum 200. Geburtstag
- 76 (2003) Verlage in Dresden
- 77 (2004) Die Ausstellung »Entartete Kunst« und der Beginn der NS-Kulturbarbarei in Dresden
- 78 (2004) Die Schweiz und Sachsen in der Geschichte
- 79 (2004) Theater in Dresden
- 80 (2004) Das »Rote Königreich« und sein Monarch
- 81 (2005) Großstadt des Sozialismus? – Dresden in den siebziger Jahren
- 82 (2005) Kinos, Kameras und Filmemacher – Filmkultur in Dresden
- 83 (2005) Österreich und Sachsen in der Geschichte
- 84 (2005) Mythos Dresden
- 85 (2006) Deutung und Ideologie – Wandlungen städtischer Geschichtsbilder
- 86 (2006) Dresden – Stadt der Wissenschaften
- 87 (2006) Rückkehr der Kunst
- 88 (2006) Dresden – der Blick von außen
- 89 (2007) Armut in der reichen Stadt
- 90 (2007) In Wanderkluft und Uniform – Jugendbewegung in Sachsen
- 91 (2007) Im Selbsthilfeprinzip Genossenschaftswesen in Dresden
- 92 (2007) Stadtvisionen für Dresden vom Barock bis zur Gegenwart
- 93 (2008) Bürgertum und Bürgerlichkeit in Dresden
- 94 (2008) Dresdner Elbbrücken in acht Jahrhunderten
- 95 (2008) Sprache des Körpers – Tanz in Dresden
- 96 (2008) Im Banne Ostasiens – Chinoiserie in Dresden
- 97 (2009) Zwischen Reform und Restriktion – Sächsische Schulgeschichte im 20. Jh.

Sonderausgaben

1990*	Sachsen und die Wettiner – Chancen und Realitäten
1992*	Dresden und seine berühmten Besucher · Aus Schriften des »Vereins für Geschichte Dresdens«
1995*	Victor Klemperer – Zwispältiger denn je – Dresdner Tagebuch 1945, Juni bis Dezember
1996	Curt Querner, Tag der starken Farben – Aus den Tagebüchern 1937–1976
1997	Gesamtverzeichnis 1 bis 50
1999*	Fritz Löffler, »Gemütlichkeit und Dämonie« – Dresdner Malerei in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
2004	Die Dresdner Kunstsammlungen in fünf Jahrhunderten

* vergriffen. Die Hefte 1 bis 25 sind als Kopie über die Redaktion erhältlich. Preis 5 Euro.

Zuletzt sind erschienen:



Autorenverzeichnis

Wolfgang R. Berghofer

(1986–1990 Oberbürgermeister in Dresden)
Charlottenstraße 18, 10117 Berlin

Manfred Artur Fellisch

(bis 1992 Buchhändler und Antiquar),
bis 2008 Leiter des Büros des Bürgermeisters
für Kultur
Winzerstr. 82b, 01445 Radebeul

Steffen Heitmann

(1989/90 juristischer Berater der Gruppe der 20)
Sächsischer Staatsminister für Justiz bis 2000
Tolkewitzer Str. 73, 01277 Dresden

Erich Iltgen

(1989/90 Moderator des Rundes Tisches des Bezirkes
Dresden), Präsident des Sächsischen Landtages
Sächsischer Landtag,
Holländische Straße 2, 01067 Dresden

Maria Jacobi

(1989/90 Leiterin des ökologischen Arbeits-
kreises des Dresdner Kirchenbezirkes und des
ökumenischen Informationszentrums),
Tanztherapeutin
Bernhardstraße 99, 01187 Dresden

Andreas Richter

(1990 Chefredakteur UNION, gemeinsam mit
Andreas Helgenberger)
Sächsische Landesmedienanstalt
Ferdinand-Lasalle-Str. 21, 04109 Leipzig

Johannes Richter

Dramaturg
Oskar-Pletsch-Str. 11, 01324 Dresden

Dr. Michael Richter

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung
an der TU Dresden
Mommsenstraße 13, 01062 Dresden

Dr. Erich Sobeslavsky

(1990 Mitglied der basisdemokratischen Fraktion
der Stadtverordnetenversammlung)
Neue Str. 32, 01259 Dresden

Dr. Herbert Wagner

(1989/90 Sprecher der Gruppe der 20)
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden
1990 bis 2001

Jens Wonneberger

(1989 Gründungsmitglied der IG Äußere Neustadt)
Sebnitzer Straße 28, 01099 Dresden

Fotonachweis

Archiv »Initiative ein Jahr danach« 14
Archiv »Ökologischer Arbeitskreis« 5, 7, 91
Archiv St. Giersch 12, 13, 17, Titelfoto

Bezugsbedingungen:

Die DRESDNER HEFTE erscheinen quartalsweise. Abonnements sind bei der Redaktion anzumelden.

Redaktionsschluß: August 1999 | Juni 2009

Herausgeber: Dresdner Geschichtsverein e.V.
Wilsdruffer Straße 2 a, 01067 Dresden,
Telefon und Fax (03 51) 495 60 74

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. phil. habil. Günter Jäckel, Prof. Dr. phil. habil. Hans John,
(Stand 1999) Prof. Dr. sc. phil. Harald Marx, Dr. phil. Joachim Menzhausen, Hans Jürgen Sarfert,
Prof. Dr. phil. Jürgen Paul, Prof. Dr. phil. habil. Heinz Quinger, Dr. Mike Schmeitzner

Redaktion: Hans-Peter Lühr, Red. Mitarbeit: Helga Wehner

Herstellung: Michel Sandstein, Grafischer Betrieb und Verlagsgesellschaft mbH Dresden

Wir sind im Internet erreichbar unter: www.dresden.de/dresdner-hefte.

Die DRESDNER HEFTE werden unterstützt vom Dezernat Kultur und Jugend der Stadtverwaltung Dresden und dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus.



Demonstration am 19.11.1989 in der Ernst-Thälmann-Straße (heute Wilsdruffer Straße), Foto Zadniček

Werden Sie Mitglied im Dresdner Geschichtsverein!

Mit etwa 15 Veranstaltungen im Jahr (Führungen, Kolloquien, Exkursionen usw.) bietet er seinen Mitgliedern eine breite Palette kulturgeschichtlicher Informationen zur Region; Arbeitsgruppen ermöglichen zusätzliche Spezialangebote.

Alle Mitglieder erhalten unentgeltlich die Dresdner Hefte. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 40 € pro Jahr, ermäßigt 25 €.

Nähere Informationen und Unterlagen erhalten Sie über unsere Geschäftsstelle im Stadtmuseum.

www.dresdner-geschichtsverein.de

DRESDNER HEFTE im Jahresabonnement

Die DRESDNER HEFTE – Beiträge zur Kulturgeschichte der Region – werden herausgegeben vom Dresdner Geschichtsverein e.V. Sie erscheinen vierteljährlich mit einem Umfang von 80 bis 104 Seiten, sw-illustriert und klebegebunden.

Das Einzelheft kostet 4 €, das Jahresabonnement 15 €.

Die Zahlung erfolgt jährlich im 2. Quartal. Kündigung ist vierteljährlich möglich.

Ein Bestellformular schicken wir Ihnen gern zu.

www.dresdner-hefte.de

4 €

DRESDNER HEFTE ISBN 3-9100-51-6 ISSN 0863-2138



Postvertriebsnummer: F 11378